

Da eine Rücküberweisung des Gesetzes nach der zweiten Lesung nicht erfolgt ist und somit auch keine weitere Beratung des Fachausschusses stattgefunden hat, sind die Beschlussempfehlung und der Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung zur zweiten Lesung Drucksache 13/3291 unsere heutige Beschlussgrundlage.

Wir stimmen daher über die **Beschlussempfehlung Drucksache 13/3291** ab, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen** worden. Damit ist der Gesetzentwurf Drucksache 13/2947 in dritter Lesung verabschiedet worden.

Ich lasse jetzt über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/3392** abstimmen. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und eines Teils der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und des anderen Teils der FDP-Fraktion **abgelehnt** worden.

Ich rufe auf:

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BV0)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/2800

Erste Ergänzung  
der Landesregierung  
Drucksache 13/3150

Zweite Ergänzung  
der Landesregierung  
Drucksache 13/3250

Beschlussempfehlungen und Berichte  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
zur zweiten Lesung  
Drucksachen 13/3300 bis 3305, 13/3308,  
13/3310 bis 13/3315 und 13/3320

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
zur dritten Lesung  
Drucksache 13/3400

In Verbindung damit:

**Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2002 bis 2006**

Unterrichtung  
durch die Landesregierung  
- zur Beratung -  
Drucksache 13/2801

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 13/3401

Und:

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit 2003**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/2802

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
zur zweiten Lesung  
Drucksache 13/3317

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
zur dritten Lesung  
Drucksache 13/3402

Zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2003 liegt ein **Änderungsantrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der **Drucksache 13/3395** vor.

Zum Haushaltsgesetz 2003 liegt ein **Änderungsantrag** aller vier Fraktionen in der **Drucksache 13/3389** vor und ein **Änderungsantrag** von der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der **Drucksache 13/3396**.

Außerdem liegen sechs Entschließungsanträge vor, und zwar drei **Entschließungsanträge** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksachen 13/3383, 13/3386 und 13/3388**,

zwei Entschließungsanträge der Fraktion der CDU **Drucksachen 13/3391** und **13/3394 - Neudruck** - und ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP **Drucksache 13/3387**. Über diese Entschließungsanträge wird nach Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 2003 abzustimmen sein.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Dr. Rüttgers das Wort.

**Dr. Jürgen Rüttgers** (CDU): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag diskutiert heute den Haushalt 2003. Es ist der Haushalt des Finanzministers Peer Steinbrück, der jetzt Ministerpräsident ist. Ich vermute, Herr Steinbrück, Sie hätten den Beginn Ihrer Amtszeit gerne mit einem Neuanfang verbunden. Aber, meine Damen und Herren, Peer Steinbrück steht aber nicht für einen Neuanfang; sonst hätte er diesen Haushaltsplanentwurf zurückziehen müssen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Worauf müssen wir uns einstellen? Was sind die großen Zukunftsaufgaben? Wie sieht unsere Gesellschaft in 20, 30 und 40 Jahren aus? - Das sind die Fragen, auf die Sie, Herr Ministerpräsident, eine Antwort hätten geben müssen.

Man muss dazu kein Prophet sein. Unser Land steht vor zwei zentralen Herausforderungen. Zum einen handelt es sich um den Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft. Zum anderen geht es um die demographische Entwicklung in unserem Volk.

Nur noch 22,8 % der Arbeitsplätze sind mit weiter fallender Tendenz im Industriesektor. Das heißt ganz praktisch für unser Land: Die Kinder der Bergleute werden nicht mehr unter Tage arbeiten. Und neue Arbeitsplätze entstehen nicht da, wo die alten verloren gehen, z. B. nicht in der Großindustrie.

Konkret bedeutet diese Entwicklung für unser Land, für unsere Gesellschaft: Wir alle werden immer älter, wir werden weniger. Wir werden besser sein müssen.

Meine Damen und Herren, wir werden älter sein, jeder von uns. Die Lebenserwartung steigt. In 30 Jahren wird mehr als die Hälfte der Bevölkerung 60 Jahre oder älter sein.

Wir werden weniger sein: Heute hat Nordrhein-Westfalen 18 Millionen Einwohner. In 50 Jahren werden es nur noch 14 Millionen sein. Weil das so ist, meine Damen und Herren, müssen wir besser werden. Das Wissen in unserer Welt nimmt explosionsartig zu. Während wir hier heute Morgen

diskutieren, arbeiten auf diesem Globus genauso viele Forscher wie in den vergangenen 2.000 Jahren Menschheitsgeschichte zusammengenommen. Jeden Tag, d. h. auch heute, erscheinen 20.000 wissenschaftliche Aufsätze. Alle fünf bis sieben Jahre gibt es eine Verdoppelung des Wissens.

Meine Damen und Herren, in dieser Situation der Wissensexpllosion müssen weltbekannte Forscher Nordrhein-Westfalen verlassen, weil wir ihnen verbieten, hier zu arbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Ich kenne einen Forscher, der eine nordrhein-westfälische Universität verlassen musste, weil er 65 Jahre alt war. Er arbeitet übrigens heute in Harvard. Das müssen wir ändern, wenn wir mit der Wissensgesellschaft richtig umgehen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Um mit weniger und älteren Menschen unseren Wohlstand zu erhalten, müssen wir unser Bildungssystem erneuern. Dabei müssen wir nicht nur zum bundesdeutschen Durchschnitt aufschließen, sondern wir müssen Spitze sein. Im Klartext heißt das: Wir brauchen hier in Nordrhein-Westfalen das beste Bildungssystem der Welt.

(Beifall bei der CDU)

Wer heute mit Menschen in seiner Nachbarschaft, in seiner Familie, am Arbeitsplatz - wo auch immer - spricht, der stellt Folgendes fest: Jeder, wirklich jeder im Land weiß, dass sich etwas ändern muss. Jeder spürt den riesigen Problemdruck, den riesigen Reformdruck.

(Zuruf von Brigitte Speth [SPD])

Die Menschen erwarten von der Politik, sie erwarten von uns Lösungen. Sie wollen klare Antworten und sie wollen Orientierung. Meine Damen und Herren, diese Orientierung sind sowohl die Regierungserklärung als auch der Haushalt 2003 schuldig geblieben.

(Beifall bei der CDU und bei einzelnen Abgeordneten der FDP)

Wer das Land fit machen will für die Zukunft, der darf nicht die Strukturen der Vergangenheit konservieren. Das ist Ihr Fehler, Herr Steinbrück. Das ist das, was wir an diesem Haushalt kritisieren.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben zu einer nüchternen Analyse der Lage angesetzt. Aber ich finde, Sie sind schon im Ansatz stecken geblieben. Herausgekommen sind

dann inkompatible Vorschläge, die erkennbar nicht von einem übergreifenden Konzept getragen werden.

Dafür gibt es meiner Meinung nach einen Grund: Der Landesregierung fehlt die Vision von einer modernen und solidarischen Gesellschaft. Sie ist nicht nur handlungsunfähig, sondern sie ist auch zukunftsunfähig.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb muss an die Stelle einer solchen konzeptionslosen Politik eine andere, eine neue Politik treten, die auch den Mut zu Strukturveränderungen hat. Die CDU legt heute ein Zukunftsprogramm vor, das Strukturen in unserem Land verändert. Wir sagen, wie wir uns eine moderne, eine solidarische Politik vorstellen. Wir sagen, wie die Alternative zur alten Politik der Landesregierung aussieht.

Das, meine Damen und Herren, heißt erstens: Wir brauchen eine Politik für Wachstum und Beschäftigung.

(Brigitte Speth [SPD]: Das ist ganz neu!)

- Das ist wohl wahr. Ihr Bemerkung, Frau Speth, zeigt, dass Sie es immer noch nicht verstanden haben - borniert und ausgerechnet an alten Strukturen festhalten!

(Beifall bei der CDU)

Wie wollen Sie mit den Problemen dieses Landes fertig werden, wenn wir nicht endlich Wachstum bekommen? Sonst geht das Gewürge weiter, das wir in den letzten Tagen hier erlebt haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich jedenfalls wünsche mir ein Land, in dem jeder, der arbeiten will, auch Arbeit findet. Ich wünsche mir ein Land, in dem jeder, der Arbeitgeber werden will, auch anderen Arbeit geben kann.

Meine Damen und Herren, eine solche Politik setzt eben nicht auf Förderprogramme, sondern sie setzt auf moderne Technologien und auf einen wettbewerbsfähigen Zukunftsstandort. Sie setzt auf die Erschließung neuer Beschäftigungspotenziale.

Noch so viele Job-Floater, Job-AQTIV-Gesetze oder Job-Center schaffen keine neue Beschäftigung, sondern allenfalls bessere Arbeitsämter!

(Beifall bei der CDU)

Ich wiederhole: Wir brauchen mehr Wachstum, denn nur Wachstum schafft neue Arbeit.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Eben nicht!)

Herr Schartau, ich möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich das Ergebnis des Vermittlungsausschusses gestern begrüßen. Es ist gut, dass es da zu einer Einigung gekommen ist. Ich sage mit Stolz: Bei den Mini-Jobs ist es im Kern genau das, was die CDU-Fraktion vor einem Jahr hier im Landtag beantragt hat.

(Beifall bei der CDU)

Sie werden verstehen, dass ich mir nicht verkneifen kann, darauf hinzuweisen, dass es die Koalitionsfraktionen waren, die diese Vorschläge zuerst einmal im Landtag abgelehnt haben. Dann haben sie herumgeeiert. Am Schluss wollten Sie nur etwas für die Haushalte tun. Ich bin froh, dass jetzt ein vernünftiges Gesetz herausgekommen ist: Besser zu spät als gar nicht. Das hätten wir aber alles schon vor einem Jahr haben können. Damit hätten wir mehr Arbeitsplätze schaffen können.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Wer Zukunft will, der muss für eine Politik der Investitionen statt für eine Politik der Verschuldung eintreten. Meine Damen und Herren, ich wünsche mir ein Land, in dem die Wirtschaft und nicht die Schattenwirtschaft blüht. Deshalb wollen wir die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen um 250 Millionen € jährlich erhöhen. Wenn wir das machen, dann können unsere Bürgermeister dem Mittelstand, den Handwerkern wieder Aufträge geben, und sie können die Infrastruktur in diesem Land verbessern und in sie investieren.

Deshalb wollen wir ein Baukonjunkturprogramm für junge Familien mit Kindern. Das gibt jungen Familien in den Ballungsräumen neue Perspektiven. Gelsenkirchen verliert jedes Jahr 2000 Einwohner, und wir wollen, dass in diesem Land nicht mehr Steine gefördert werden, sondern Menschen gefördert werden, und deshalb muss das in der Wohnungsbaupolitik geändert werden.

(Beifall bei der CDU)

Ein solches Programm schafft Beschäftigung im Not leidenden Bausektor. Ein Baukonjunkturprogramm von 1 Milliarde € in den nächsten fünf Jahren ist aus dem Landeswohnungsbauvermögen finanzierbar.

Drittens. Eine weitere Alternative zur Politik der Landesregierung heißt: Wir wollen eine Politik der Zukunftssicherung durch Schuldenabbau, durch Subventionsabbau und durch eine verantwortliche Personalpolitik. Meine Damen und Herren, ich wünsche mir ein Land, das in die Zukunft investiert und nicht in die Vergangenheit. Die Steinkohlesubventionen werden nach unserem Vorschlag

bis 2010 auf die Hälfte des heutigen Betrages reduziert. Das entlastet das Land um 750 Millionen €. Die SPD und auch Sie persönlich, Herr Ministerpräsident, haben diesen Vorschlag am vergangenen Freitag abgelehnt. Mir soll es ja egal sein, ob Sie damit ein eventuelles Image als Modernisierer verspielt haben oder nicht. Eins ist jedenfalls politisch klar: Sie haben die SPD in eine politische Sackgasse geführt. Sie stehen mit der SPD in der Frage der Kohlepolitik hier im Landtag völlig isoliert da.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sage ich Ihnen: Die Wirklichkeit wird über Sie in dieser Frage hinweggehen. Es wäre besser, dass Sie genau wie bei Hartz schneller zu vernünftigen Erkenntnissen kommen als später.

Die überfällige Verwaltungsstrukturreform wird nach unseren Vorstellungen endlich in Angriff genommen. Es werden drei Regionalverwaltungen für das Rheinland, für das Ruhrgebiet und für Westfalen-Lippe gebildet. Mittel- bis langfristig werden dadurch bis zu 700 Millionen € eingespart.

Die Zusammenlegung bzw. Auflösung von Landesgesellschaften bringt weitere 50 Millionen € jährlich. Meine Damen und Herren, wenn eines in Nordrhein-Westfalen überflüssig ist, dann die Projekt Ruhr und die Medien GmbH. Die können schneller weg, als man sich das überhaupt vorstellen kann.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Unfug!)

10.000 kw-Stellen in der Landesverwaltung müssen beschleunigt erwirtschaftet werden. Das entlastet den Haushalt bis 2010 um insgesamt 2,25 Milliarden €. Meine Damen und Herren von der Regierung, wenn Sie nicht endlich mit dem Personalabbau beherzt anfangen, sage ich Ihnen voraus, dass Sie über kurz oder lang nicht an betriebsbedingten Kündigungen beim Land vorbeikommen. Und ich sage auch dazu: Wenn sich die Gewerkschaft Ver.di mit ihren unrealistischen Tarifvorstellungen durchsetzt,

(Oho! bei der SPD)

dann führt auch das über kurz oder lang zu betriebsbedingten Kündigungen im öffentlichen Bereich, und zwar auf Landesebene genauso wie auf kommunaler Ebene.

(Beifall bei der CDU)

Und ich sage auch, dass die von Herrn Bsirske zur Rettung der eigenen Position heute hier in Nordrhein-Westfalen veranstalteten Streiks in

Wahrheit nichts anderes sind als eine Unverschämtheit den Menschen im Land gegenüber, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Zur Abmilderung der wachsenden Pensionsverpflichtungen des Landes wird ein ergänzender Kapitalstock aufgebaut. Diesem werden jährlich 36 Millionen € zugeführt. Ich kann mich noch gut an die erste Regierungserklärung in dieser Legislaturperiode erinnern. Damals war das ein großes Projekt: Die Landesregierung stellt sich der Frage der Pensionslasten. Es sollte ein Pensionsfonds aufgebaut werden, 36 Millionen € sollten eingezahlt werden. Was ist seitdem, seit dem Jahr 2000 passiert? Jeder weiß, dass das die größte Herausforderung für den Landeshaushalt in den nächsten Jahren ist. Nichts ist passiert! Man hat eine Konferenz, ein Stadttor-Gespräch gemacht, und herausgekommen ist ein Strichansatz. So gestaltet man keine Zukunft, Herr Steinbrück!

(Beifall bei der CDU)

Viertens. Eine weitere Alternative zur Politik der Landesregierung ist eine Politik der Chancengerechtigkeit. Meine Damen und Herren, ich wünsche mir ein Land, in dem Kinder alle Chancen haben und nicht die Geldbeutel der Eltern über Bildungschancen entscheiden. Das ist, wie PISA gezeigt hat, das schlimmste Ergebnis von 30 Jahren sozialdemokratischer Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Gegen den Unterrichtsausfall und für kleinere Klassen werden nach unseren Vorstellungen 8.600 Lehrer in den nächsten fünf Jahren neu eingestellt. Die Stellen werden durch einen gleichzeitigen 1,5%igen Abbau des Landespersonals erwirtschaftet.

In den nächsten zehn Jahren wollen wir massive Anstrengungen zum Aufbau eines flächendeckenden Ganztags-Schulsystems unternehmen. Dazu schlagen wir vor: Das Land stellt die zusätzlichen Lehrkräfte, die Kommunen erhalten die Bundesmittel, um die notwendigen Investitionen in den Schulgebäuden bezahlen zu können.

Die Hochschulen können nach unseren Vorstellungen ab 2004 Studiengebühren erheben. Die Gebühren können an Universitäten bis zu 250 € pro Semester und an den Fachhochschulen bis zu 150 € pro Semester betragen. Die Gebühren werden in der Regel bis zum Beginn einer Berufstätigkeit gestundet. Die Zahlung erfolgt dann unter den Bedingungen der BAFöG-Rückzahlung. Das Gebührenaufkommen verbleibt vollständig in den

Hochschulen und wird eben nicht verrechnet. Da wird nicht gekürzt. Das ist kein Abkassiermodell wie Ihr Modell, sondern das Geld bleibt bei den Hochschulen zur Verbesserung ihrer Qualität.

(Beifall bei der CDU)

Fünftens ist die Alternative zur Politik der Landesregierung eine Politik für mehr Sicherheit. Meine Damen und Herren, ich wünsche mir ein Land, in dem jeder sicher leben kann. Jeder weiß: Die Belastung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten steigt seit Jahren kontinuierlich. Aber auch die Kriminalität steigt.

Herr Behrens, jetzt wende ich mich einmal persönlich an Sie. Glauben Sie wirklich, dass Sie die Kriminalität im Land besser bekämpfen können, indem Sie die Reiterstaffeln auflösen?

(Zurufe von der SPD – Lachen bei der CDU)

Niemand kann Ihre Zahlen, die auf uralten Gutachten zu beruhen scheinen, wirklich nachvollziehen. Und wenn der Liegenschaftsbetrieb von Herrn Vesper jetzt für einen Stall eine Monatsmiete von 15.000 € in Rechnung stellt, dann sollten Sie in der Landesregierung sparen und nicht bei den Polizeipferden.

(Beifall bei der CDU)

Aber bei jemandem, der aus der Atomenergie aussteigt und dann gleichzeitig Atomstrom kauft, kann man sich vor gar nichts in Schutz nehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

- Ich komme noch einmal zur Staffel zurück. Keine Angst!

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

- Herr Sagel, ganz ruhig! Ich wollte Ihnen gerade einen Gefallen tun.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Vielen Dank!)

Ich wollte Ihnen die Frage stellen, ob man sich eine Loveparade oder - wenn Sie das lieber haben - einen Karnevalsumzug oder ein Fußballspiel vorstellen können, bei dem es keine Polizeipferde gibt. Ich kann mir das nicht vorstellen.

(Minister Dr. Fritz Behrens: Natürlich! - Peter Budschun [SPD]: Sie haben keine Ahnung!)

Wer auf die Idee kommt, die Pferdestaffel aufzulösen, der hat nach meinem Empfinden einfach keinen Stil. Wenn wir schon so weit sind, meine Damen und Herren, dann sind wir verdammt weit heruntergekommen. Das ist das, was ich zu diesem Vorschlag sage.

(Beifall bei der CDU)

Übrigens, Herr Behrens: Ich kenne ganz konkret einen Polizeibeamten, der schon mehrfach das Leben und die Gesundheit von Kollegen gerettet hat, weil er bei gewalttätigen Demonstrationen mit dem Pferd dazwischengegangen ist. Deswegen sage ich Ihnen: Nehmen Sie diesen Vorschlag zurück. Der passt nun wirklich nicht in die Landschaft, hat nichts mit innerer Sicherheit zu tun, sondern ist ein erbärmliches Zeugnis für die Politik, die Sie im Innenministerium machen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion wird in den nächsten fünf Jahren 1.000 zusätzliche Polizistenstellen schaffen sowie 250 Stellen für den Strafvollzug. Das Programm wird finanziert aus dem 1,5%igen Stellenabbau beim Landespersonal.

Sechstens. Die Alternative zur Politik der Landesregierung ist eine Politik der Solidarität und des sozialen Ausgleichs. Meine Damen und Herren, ich wünsche mir ein Land, das die Schwachen stärkt. Deshalb wollen wir ein Sonderprogramm in Höhe von 20 Millionen € jährlich für die Weiterführung der von der Landesregierung gekürzten oder beseitigten Programme zur Förderung von behinderten Menschen. Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen steigt in Zukunft an. Seit dem Jahr 2000 beteiligt sich das Land trotz der demographischen Veränderungen nicht mehr an der Sanierung und an den Neubauten stationärer Pflegeeinrichtungen. Unser Land wird älter, und Jahr für Jahr fehlen immer mehr Altenpflegerinnen und Altenpfleger.

Mir hat ein Journalist vor einigen Tagen erzählt ---

(Peter Budschun [SPD]: Wen Sie alles kennen!)

- Ich rede mit Leuten; und das ist genau das, was uns unterscheidet.

(Beifall bei der CDU - Edgar Moron [SPD]: Das glaube ich nicht!)

Sie sind bei Hofe angekommen, jenseits der Probleme von Menschen, und wissen nicht mehr, was die Menschen denken. Sie hätten besser den Mund gehalten, Herr Kollege. Das sage ich Ihnen einmal zu dieser Zwischenbemerkung,

(Beifall bei der CDU - Minister Dr. Axel Horstmann: Ist das billig!)

die Sie besser nicht gemacht hätten.

(Zurufe von der SPD)

Dieser Journalist sucht einen Pflegeplatz für seine Tante - ganz plötzlich. Das kommt nicht nur bei diesem vor. Man hat ihm gesagt, dass die Wartezeit inzwischen zwei Jahre beträgt.

(Donata Reinecke [SPD]: Unsinn!)

Das darf nicht sein. Deshalb wollen wir 2003 mit 50 Millionen € anfangen, um diesen Missstand zu beseitigen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Das sind unsere Vorschläge, die Vorschläge der CDU-Landtagsfraktion.

(Minister Dr. Axel Horstmann: Mehr aber auch nicht!)

- „Mehr aber nicht!“ - Das waren Sie, Herr Horstmann. Welch eine Arroganz der Macht!

(Beifall bei der CDU)

Es gehört zur Demokratie, dass es Alternativen gibt.

(Minister Dr. Axel Horstmann: Wo leben Sie eigentlich?!)

Sie mit Ihrer Klappe, gescheitert im bisherigen politischen Leben, reißen jetzt die Klappe auf und haben selber noch nicht einmal irgendeinen Vorschlag! Schämen Sie sich! Und Sie, Herr Steinbrück, sollten sich ebenfalls schämen, dass Sie einen solchen Mann zum Minister gemacht haben.

(Beifall bei der CDU – Minister Dr. Axel Horstmann: So etwas Billiges!)

Mit diesen Vorschlägen können Sie rund 9 Milliarden € umschichten.

(Unruhe bei SPD und GRÜNEN)

Es ist eine Umschichtung von der Vergangenheit in die Zukunft, und Sie können damit etwa 5 Milliarden € Schulden abbauen, jährlich rund 685 Millionen €.

Meine Damen und Herren, bei der Erarbeitung dieses Zukunftsprogramms haben wir nicht nur viel Arbeit investiert, sondern vielen von uns in der CDU ist das auch schwer gefallen. Wir mussten Positionen verändern, die wir aus guten Gründen in vielen Veranstaltungen und auch hier im Landtag vorgetragen hatten, weil wir davon überzeugt waren, dass das der richtige Weg ist.

(Minister Dr. Axel Horstmann: Der Erneuerung!)

Aber die Lage ist so - das zeigt dieser Haushalt 2003 - dass sich niemand hier einfach nur hinstel-

len und das wiederholen kann, was er in den letzten Jahren gesagt hat. Die Lage des Landes nicht nur in finanzieller, sondern auch in politischer Hinsicht ist dramatisch schlecht. Dann muss die Politik die Kraft haben, die Positionen zu überprüfen und auch neue Antworten zu geben. Wir haben das versucht, weil wir überzeugt sind, dass dieses Land Zukunft braucht; denn es ist furchtbar – das sage ich gerade in diesen Tagen vor Weihnachten –, dass, wo man auch hinkommt, Menschen in Depressionen verfallen und sagen: Wie soll es eigentlich weitergehen, und gibt es niemanden, der eine Antwort hat?

Wir haben versucht, diese Alternativen aufzuzeigen, und wir sind stolz darauf, dass wir dies geschafft haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, wie es jetzt in der Debatte weitergeht. Das haben wir gerade an den Bemerkungen von Herrn Horstmann gehört. Gleich kommt dann die Koalition wieder nach vorne und wird erklären, warum das alles nicht geht.

(Minister Dr. Axel Horstmann: Das sagen Ihnen doch Ihre eigenen Leute!)

Sie müssen uns dann auch schon sagen, warum der Personalabbau in diesem Land seit Jahren nicht richtig vorankommt. Sie müssen uns sagen, warum bei der Verwaltungsreform nichts geht. Sie müssen uns sagen, warum bei der Kohle angeblich nichts geht, und Sie müssen uns sagen, warum es bei den Hochschulen und den Schulen - vor allen Dingen bei den Ganztagschulen - nicht so vorangeht, wie es notwendig wäre, um die Zukunft zu gestalten.

Herr Steinbrück, denken Sie daran: Jedes Mal, wenn Sie Nein sagen, müssen Sie erklären, was Sie stattdessen tun wollen. Ich sage Ihnen hier und heute, dass wir zur Zusammenarbeit bereit sind. Die Lage im Land ist nicht so, dass sich irgendjemand verweigern darf.

Wir sind, wie wir das auch in der Vergangenheit schon gezeigt haben, zur Zusammenarbeit bereit, sei es bei der Verkleinerung des Parlaments, beim Informationsfreiheitsgesetz, bei der Frage der Regelung der Volksbegehren oder der Integration. Ich könnte noch andere Beispiele nennen, bis hin zur Verankerung des Tierschutzes in der Landesverfassung. Wir sind auch in Zukunft dazu bereit, etwa beim KVR und beim Strukturwandel im Ruhrgebiet. Auch beim Zuwanderungsgesetz sind wir dazu bereit.

Meine Damen und Herren, ein Hinweis: Es liegt ein Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zu einem In-

tegrationsgesetz in den Ausschüssen. Das gibt mir Gelegenheit, ein Wort zu dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu sagen, das gerade heute verkündet worden ist. Sie alle wissen, dass das Bundesverfassungsgericht das Zuwanderungsgesetz, das im Bundesrat in einer Art und Weise zustande gekommen ist, die wir schon damals kritisiert haben, für verfassungswidrig erklärt hat. Ich vermute - wahrscheinlich wird das so sein -, dass es jetzt natürlich noch einmal ein Stück weit eine rückwirkende Betrachtung gibt und auch geben muss.

Dieses Urteil sorgt für rechtliche Klarheit, übrigens auch im Umgang der Koalitionäre miteinander. Es kann nicht einer dem anderen vorschreiben, wie seine Stimme zu verstehen ist. Das ist gut so.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb begrüße ich das Urteil. Es spiegelt die alte Erfahrung wider: Hochmut kommt vor dem Fall. Wer meint, er könne das von oben anordnen, wird irgendwann einmal auf der Nase landen. In dem Fall gilt das ganz speziell für Herrn Wowereit, und das ist auch gut so.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich verstehe das Urteil als eine Chance auf eine Neubesinnung, übrigens auch in inhaltlicher Hinsicht. Es besteht natürlich die Gefahr - jeder, der das nicht sieht, ist blauäugig -, dass das Thema in den nächsten Wochen zum Wahlkampfthema wird.

Uns bietet sich hier in Nordrhein-Westfalen eine besondere Chance. Wir haben eine Basis, auf der alle Fraktionen in diesem Landtag gemeinsam am Thema Integration arbeiten, und zwar ist das unser gemeinsamer Beschluss zur Integration der hier lebenden ausländischen Mitbürger.

(Minister Dr. Michael Vesper: Das ist doch schon bearbeitet!)

- Das alles ist nicht bearbeitet, oder sind Sie gerade mit Ihren Akten beschäftigt, Herr Vesper? Es ist interessant, wenn ein Minister bei solch einem aktuellen Thema erklärt, das alles sei schon bearbeitet. Gehen Sie doch in Ihr Ministerium. Es fällt hier überhaupt nicht auf, wenn Sie nicht da sind. Das fällt absolut nicht auf.

(Beifall bei CDU und FDP - Minister Dr. Axel Horstmann [SPD]: Ihre Fraktion ist auch meistens draußen! Wo ist denn Ihre Fraktion?)

- Die SPD-Fraktion ist ebenfalls draußen. Wenn die weg sind, fehlt intellektuell überhaupt nichts.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

- Herr Moron, ich habe es Ihnen schon einmal gesagt: Ihre Fraktion leistet sich seit Monaten eine parlamentarische Stilllosigkeit. Sie haben keinen Stil. Das ist genau der Punkt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ob die Abgeordneten der SPD-Fraktion eine gute Kinderstube haben, interessiert mich nicht. Mich interessieren die Menschen draußen, nicht aber Ihre Befindlichkeiten.

(Edgar Moron [SPD]: Arrogant!)

- Wieso das denn? Ja, wer ist denn nicht da? Wo sind denn Ihre Leute?

(Edgar Moron [SPD]: Sie sind wohl im seidenen Bett geboren? Sie sind arrogant!)

Am besten sollte man denen die Diäten für den heutigen Tag streichen, dann würden sie auch hereinkommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Mir ist die Frage wichtiger, wie es in diesem Land und mit seinen Menschen weitergeht. Deshalb sage ich: Da wir im letzten Jahr gut weitergekommen sind, haben wir in Nordrhein-Westfalen eigentlich eine Chance, auf der Basis der gemeinsamen Vorstellungen über die Integration der rechtmäßig und dauerhaft hier lebenden ausländischen Mitbürger Fortschritte zu machen.

Es liegt ein Gesetzentwurf der CDU-Fraktion, ein Integrationsgesetz, in dem zuständigen Ausschuss. Ich möchte uns empfehlen - vielleicht gerade als ein Zeichen -, in den Wochen unmittelbar nach den Weihnachtsferien die Beratungen über diesen Gesetzentwurf aufzunehmen, um zu zeigen, dass es in diesem Land ein Bewusstsein dafür gibt, dass es eine der ganz großen Zukunftsherausforderungen ist, die Integration besser zu organisieren, als das uns allen in den letzten Jahren und Jahrzehnten gelungen ist.

(Beifall bei der CDU)

Aus alter Erfahrung gehe ich davon aus - das ist leider so -, dass wir hier gleich erleben, wie unsere Alternativvorschläge abgelehnt werden.

(Zuruf von der SPD: Weil es keine Alternativen sind!)

Herr Steinbrück, das hat dann auch Auswirkungen auf Sie und Ihre Amtszeit bis zum Jahr 2005. Da das so ist, werden Sie - und wird auch Herr

Steinbrück - in diesem Land nicht für Zukunft stehen, sondern für "weiter so".

Herr Steinbrück, als Finanzminister haben Sie in den letzten zwei Jahren 10 Milliarden € neue Schulden gemacht. Sie sind der größte Schuldenminister in der Geschichte dieses Landes!

(Beifall bei der CDU)

Im Jahr 2003 kommen 4 Milliarden € neue Schulden hinzu. Das ist wiederum "weiter so".

Als Finanzminister haben Sie die kommunalen Haushalte ausgeblutet. Die Mehrzahl der Kommunen kann heute ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen. Im kommenden Jahr bekommen die Kommunen rund 1,5 Milliarden € weniger. Das heißt, Sie plündern die kommunalen Kassen weiter aus. Das ist kein Neuanfang. Auch das ist "weiter so".

**(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)**

Statt in Zukunftsprojekte zu investieren, senken Sie mit dem Haushalt 2003 die Investitionsquote auf 9,3 %. Der Investitionsstau wächst. Bei den Schulen fehlen 5 Milliarden €.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Kommunale Aufgaben!)

bei den Pflegeheimen 4,8 Milliarden €, bei den Hochschulen 2,5 Milliarden €. All das sind Zahlen der Landesregierung.

(Zuruf von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

- Das ist wahr, Herr Steinbrück. Die habe ich schon mehrfach vorgetragen, und ich werde sie hier so lange vortragen, wie der unwürdige Zustand nicht beendet ist, dass Kinder in Schulen sitzen, die vom Gewerbeaufsichtsamt geschlossen würden, wenn es einmal dorthin käme.

(Beifall bei CDU und FDP - Ministerpräsident Peer Steinbrück: Das ist eine Zumutung, was Sie da sagen!)

Das ist überhaupt keine Empörung, sondern das ist eine ---

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Das ist so aufgesetzt!)

- Was ist denn hier aufgesetzt?

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Ja, es ist doch aufgesetzt!)

- Ist es denn wahr, dass Ihre Regierung bei den Schulen --- Ja, was denn nun?

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Ganz ruhig bleiben! Das ist alles so echauffiert!)

- Hier ist überhaupt nichts echauffiert. Wissen Sie, lieber Herr Steinbrück: Mir sind Politiker, die sich auch noch aufregen können, lieber als solche, die sich ganz cool hier hinstellen und alles abrotzen, was andere sagen. Sie werden sich an Ihrer Coolheit irgendwann noch einmal die eigenen Füße verkühlen.

(Beifall bei der CDU - Frank Baranowski [SPD]: Haben Sie schlecht geschlafen?)

Das stimmt mit der eigenen Coolheit; das haben Sie in der letzten Debatte, Herr Steinbrück, in einer unnachahmlichen Art und Weise ---

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Das kann ich!)

- Ja, das können Sie! Das ist wirklich wahr! Kühl über die Sachen und die Menschen hergehen, das können Sie. Das bestätige ich Ihnen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

- Das hat jetzt nichts mit Tremolo zu tun. Ich beweise es Ihnen an Ihren eigenen Aussagen. Sie waren es doch, der sich in der letzten Debatte hier hingestellt und dem Landtag gesagt hat, die Ursache für den Verkehrsstau sei nicht die Landesregierung, sondern das seien die Menschen, die nicht einsehen würden, dass sie umsteigen müssten, sondern weiterhin Auto fahren würden. Wissen Sie, was das für ein Zynismus den Menschen gegenüber ist, die in diesem Land, im Ruhrgebiet und anderswo, jeden Tag anderthalb Stunden zur Arbeit brauchen, weil sie im Stau stehen, und anderthalb Stunden zurück brauchen? Das ist nicht Coolheit, das ist Zynismus und in Wahrheit Menschenverachtung, Herr Steinbrück. Das ist genau das, was Sie hier gemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Dann kommen wie immer von der Landesregierung die großen Plakate: Metrorapid! Wir bauen den Metrorapid, und sofort sind alle Probleme mit dem Stau beseitigt! - Das hat Herr Clement uns verkündet. Sie versuchen jetzt so langsam, davon wegzukommen. Ich finde es interessant, wie es in den letzten Tagen gelaufen ist. In Hintergrundgesprächen wird erklärt: Eigentlich ist die Sache tot. Der Einzige, der das noch nicht gemerkt hat, ist Herr Horstmann. Der reißt in seinen Interviews weiterhin die Klappe auf.

Der Kernpunkt der ganzen Geschichte ist in Wahrheit, dass es in Sachen Metrorapid nieman-

den gibt, der ins Risiko gehen will: weder die Industrie noch die Bundesregierung noch die Bundesbahn. Selbst die Landesregierung will nicht ins Risiko gehen. Warum? Weil inzwischen kein Mensch mehr an dieses Projekt glaubt. Das Schlimme ist: Die Menschen stehen weiter im Stau. Statt den S-Bahn-Verkehr etwa im Ruhrgebiet mit einer Schleife auszubauen, wird weiter diskutiert, und alle warten darauf, wann Sie endlich zugeben, dass das Projekt Metrorapid schon längst gescheitert ist und uns nicht mehr weiterhilft.

(Beifall bei der CDU)

Herr Steinbrück, nicht die Menschen im Land sind schuld am Stau. Die können nichts dafür, dass die Straßen nicht in Ordnung sind. Der Grund ist vielmehr, dass Sie nicht mehr genügend Geld in den Ausbau der Infrastruktur und in den Erhalt der Infrastruktur investieren können, weil die SPD das Land inzwischen in die Pleite geführt hat. Deshalb trägt die SPD, deshalb trägt auch die Landesregierung die Verantwortung dafür, dass es keinen Spielraum mehr gibt.

Deshalb - das ist Ihre Antwort auf die Herausforderung der politischen Handlungsunfähigkeit, vor der das Land steht - machen Sie die einfachen Nummern: Sie erhöhen die Schulden, Sie veranschlagen globale Minderausgaben, und Sie kürzen im Haushalt ohne Sinn und Verstand quer durch alle Haushaltstitel.

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Ja! Wir sparen!)

Bei den Haushaltsplanberatungen vor jetzt einem Jahr gab es 770.000 Arbeitslose. Heute sind es 820.000 Arbeitslose; darunter sind 90.000 Jugendliche. Die Arbeitslosigkeit steigt, und jeder weiß, sie wird auch in den kommenden Monaten weitersteigen. Genau in dieser Situation - das nennen Sie dann sparen - kürzen Sie die Mittel für die Arbeitsmarktprogramme im Haushalt 2003 um rund 30 %. Das ist nicht sparen, das ist unsozial, Herr Steinbrück, was Sie da machen.

(Beifall bei der CDU)

Der Mittelstand, das Handwerk, der Handel, das Gewerbe haben große Probleme. Die eigenen Leute sagen: Der Mittelstand liegt am Boden. - Die Landesregierung kürzt genau in dieser Zeit die Technologie- und Mittelstandsprogramme im Durchschnitt um 30 %. Das ist kein sinnvolles Sparen. Das, was Sie da machen, ist unfair, Herr Steinbrück.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die sozialen Probleme in unserem Land werden immer größer. Die Landesregierung aber kürzt bei allen Programmen für die sozial Schwachen: bei Alten, Kranken, Pflegebedürftigen, bei Familien, Kindern und Jugendlichen. Das ist kein sinnvolles Sparen, sondern das ist ungerecht.

Herr Steinbrück, das aufzuzählen hat überhaupt nichts mit Populismus zu tun, wie Sie gerade belieben dazwischenzurufen, sondern Ihr Tun ist schlimm; denn Sie scheuen sich noch nicht einmal, bei behinderten Kindern zu kürzen. Ich war in der vorigen Woche in einer Körperbehindertenschule.

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Das ist Sache der Kommunen! Das ist kommunale Aufgabe!)

- Das ist kommunale Aufgabe! Wissen Sie, dass es die Betroffenen überhaupt nicht interessiert, wenn Sie sich hier darauf berufen, das wäre eine kommunale Aufgabe? Sie müssen einmal nicht nur mit Ihren Ministerialbeamten reden. Reden Sie auch einmal mit den Menschen vor Ort, z. B. mit den Pädagogen.

(Zuruf von Minister Wolfram Kuschke)

- Guten Morgen, Herr Kuschke! Sind Sie auch wach geworden? Schön, dass Sie auch einmal etwas zu sagen haben!

(Heiterkeit bei CDU und FDP)

Wahrscheinlich erreichen wir jetzt zum ersten Mal, dass irgendjemand in Nordrhein-Westfalen zur Kenntnis nimmt, dass Sie auch da sitzen. Wahrscheinlich hören die Menschen das jetzt zum ersten Mal.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich habe mich schon um Körperbehindertenschulen gekümmert, da haben Sie noch hier gesessen und große Reden gehalten. Hören Sie doch auf!

(Widerspruch bei der SPD)

Ja, regen Sie sich ruhig auf! - Mich interessiert etwas ganz anderes. Gehen Sie einmal in eine Körperbehindertenschule, und reden Sie einmal mit den Pädagogen und den Therapeuten. Mich hat das unglaublich mitgenommen. Wenn man da ist, wird einem noch einmal sehr deutlich, dass diese Kinder nur lernen können, wenn man sie ganzheitlich fördert. Dafür braucht man Pädagogen, dafür braucht man Pflegekräfte, dafür braucht man aber auch Therapeuten. Deshalb kann ganzheitliche Pflege, ganzheitliche Förde-

rung von zum Teil mehrfach behinderten Kindern nicht auf Therapeuten verzichten.

(Ministerin Birgit Fischer: Das behauptet auch niemand!)

Die Kinder können nur lernen, wenn ihnen Therapeuten dabei helfen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, wissen Sie eigentlich, wie schön es ist, wenn Kinder, die im Rollstuhl in eine solche Schule geschoben wurden, vielleicht nach wenigen Monaten oder aber auch Jahren plötzlich in der Lage sind, mit einer Gehhilfe über den Schulhof zu flitzen? Ich verstehe nicht, wie man auf die Idee kommen kann, solchen Kindern die Therapeuten wegzunehmen!

(Beifall bei der CDU)

Es regt mich auf, dass es eine Landesregierung gibt, die auf solche Ideen kommt, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Mir ist es völlig egal, wer für diesen Vorschlag die Verantwortung trägt. Nehmen Sie diesen Vorschlag zurück!

Wir als CDU-Fraktion haben im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beantragt, diese unfairen und unsozialen Kürzungen zurückzunehmen. Sie haben auch diesen Antrag abgelehnt. Ich sage Ihnen: So etwas bedrückt mich. Diese Beispiele zeigen, wie weit sich die SPD von der Wirklichkeit im Lande entfernt hat.

Wer die Debattenbeiträge in der zweiten Lesung in der vergangenen Woche hier im Landtag gehört oder gelesen hat, der weiß übrigens, dass es im Kern immer nur zwei Argumente gibt. Es sind zwei einfache Sätze, mit denen die SPD versucht, den Zustand im Land zu beschreiben. Entweder wird vorgetragen: Dem Land geht es gut; oder es wird vorgetragen: Das Land ist auf einem guten Weg. Das ist inzwischen wie bei Hofe. Wer so redet, blendet die Wirklichkeit aus. Wir sind nicht auf einem guten Weg, wenn das Land in diesem Jahr in einer tiefen Rezession steckt und die Arbeitslosigkeit immer weiter steigt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir sind nicht auf einem guten Weg, wenn 2002 jeder vierte deutsche Firmenzusammenbruch in NRW geschehen ist. Wir sind nicht auf einem gu-

ten Weg, wenn rund 10.600 junge Leute weniger eine Lehrstelle bekommen. Wir sind auf keinem guten Weg, wenn auch 2003 wieder kein einziger neuer Lehrer zur Beseitigung des Unterrichtsausfalls eingestellt wird. Wir sind auf keinem guten Weg, wenn der Wissenschaftsetat um 30 Millionen € gekürzt wird. Ich könnte diese Liste noch fortsetzen. Die Antwort auf diese Fragen heißt: Die Landesregierung ist auf keinem guten Weg, sie ist ratlos, hilflos, ideenlos und zu einem Neuanfang nicht mehr in der Lage, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich will ausdrücklich zugestehen, Herr Steinbrück, dass Sie in Ihrer Regierungserklärung zumindest teilweise den Versuch gemacht haben, diesen höfischen Etiketten zu entkommen, die die Debatten der SPD in den letzten Jahren geprägt haben. Sie haben wahrscheinlich gespürt, dass höfische Etiketten gefährlich werden können. Sie erstarren nämlich, wenn Sprachregelungen zur Lüge werden. Dann wird die Wirklichkeit bei Hofe nicht mehr zugelassen. Deshalb war es richtig, dass Sie in Ihrer Regierungserklärung zugegeben haben, dass die wirtschaftliche Lage in unserem Land schlecht und das Bildungssystem nicht mehr zukunftsfähig ist.

Sie haben Recht, wenn Sie sagen, dass dieses Land 20 Jahre über seine Verhältnisse gelebt hat. Ich will jetzt nicht fragen, Herr Steinbrück, wer die letzten 20 Jahre in diesem Land regiert hat. Aber ich frage Sie: Wenn Sie schon diese Erkenntnis besitzen, warum haben Sie dann daraus im Haushalt 2003 nicht die Konsequenzen gezogen?

(Beifall bei der CDU)

Sie sind jetzt seit sechs Wochen im Amt. Während dieser Zeit haben Sie sich darauf konzentriert, die schlechte Einnahmesituation zu beklagen. Ich frage mich: Warum greift die SPD bei einer schwierigen finanziellen Situation eigentlich immer sofort als Erstes zum Mittel der Steuererhöhung? Sie wissen doch ganz genau, dass Steuererhöhungen in einer Rezession, in einer solch schlechten konjunkturellen Phase, nichts anderes als Gift für die Konjunktur sind. Ich glaube, der Grund ist: Sie haben nicht mehr die Kraft zum Umsteuern und zum wirklichen Sparen.

Beim letzten Mal haben Sie uns erklärt: Jetzt machen wir die Vermögensteuer. Sagen Sie uns als Oppositionsführer doch, was Sie dagegen haben, wenn es dadurch mehr Geld für die Bildung und die Kommunen gibt? - Herr Steinbrück, was ist denn inzwischen aus Ihrer Initiative geworden?

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Immerhin!)

- Ja, immerhin hat der Kanzler Sie im Regen stehen lassen, und Ihr Vorgänger hat Sie blamiert. Das ist seitdem passiert.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich sage Ihnen: Gäbe es eine Steuer für politisches Unvermögen, wären Sie jetzt steuerpflichtig, und zwar mit dem Höchstsatz. Das können Sie mir glauben.

(Beifall bei der CDU)

Ich frage Sie: Wie wollen Sie denn jetzt den Aufbau der Ganztagschulen bezahlen? Sie sind in Berlin vorgeführt worden wie ein Schulanfänger. Jetzt sagen Sie nur nicht gleich: Wir haben nun statt der Vermögensteuer die Abgeltungssteuer. Sie als ehemaliger Finanzminister wissen doch ganz genau, dass diese Abgeltungssteuer kein Geld mehr in die Landeskasse bringen wird. Glauben Sie denn wirklich, irgendjemand, der sein Geld - z. B. in einem Umfang von 100 Milliarden € - illegal ins Ausland transportiert hat, käme auf die Idee, dieses Geld zurück ins Land zu bringen und als Dankeschön dafür 25 Milliarden € zu bezahlen? Wenn Sie das so konstruieren, wird das nichts. Es kommt kein Geld herein. Die Menschen leiden aber darunter, weil Sie Ankündigungen machen, die letztlich keine reale Substanz haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wer heute politisch führen will, der muss den Mut zur Veränderung aufbringen, der muss über eine klare Vorstellung verfügen, was der Staat zukünftig noch leisten soll, der muss ein Bild davon haben, was der Staat und was der Bürger tun soll, der muss vor allen Dingen den Menschen erklären können, wozu gespart, konsolidiert und zurückgebaut wird, und der muss eine Vorstellung von der Wirklichkeit des Landes haben, auch von den Grenzen staatlicher Tätigkeit. Fehlt ihm dieser Kompass, dann segelt er ohne Ziel und Kurs.

Sie, Herr Steinbrück, sind uns bisher Antworten schuldig geblieben. Der Haushalt 2003 ist insofern ein Dokument der Ratlosigkeit. Ich fordere Sie auf: Stimmen Sie unserem Zukunftsprogramm zu, damit das Land wieder Zukunft bekommt und die Politik in Nordrhein-Westfalen wieder handlungsfähig wird.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Dr. Rüttgers. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Kollege Moron das Wort.

**Edgar Moron (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Rüttgers, Sie haben hier heute eine Rede gehalten

(Beifall bei der CDU)

- sehr anspruchsvoll war Ihr Applaus eben gerade nicht -, die über weite Passagen - ebenso wie Ihr so genannter Entschließungsantrag zum Zukunftsprogramm der CDU - eine pure Zumutung für dieses Parlament gewesen ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich weiß nicht, warum Sie in bestimmten Situationen, in denen man auch einmal intelligent auf einen Zwischenruf reagieren kann, so reagieren, wie Sie es tun.

(Zuruf von der SPD: Das kann er nicht!)

Sie greifen nicht zum Florett, sondern Sie beleidigen, Sie treten in den Unterleib. Sie beleidigen meinen Fraktionskollegen Axel Horstmann zutiefst. Ich weiß nicht, warum Sie nicht anders können. Vielleicht ist das Ihre Natur, so zu reagieren, wenn Sie gestört werden.

Herr Dr. Rüttgers, so etwas qualifiziert Sie aber nicht für ein Führungsamt in der Regierung.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Dr. Rüttgers, ich hatte immer angenommen, Sie wollten im Vergleich zu dem, was Ihr Parteifreund Friedrich Merz betreibt, hier in Nordrhein-Westfalen eine Alternative anbieten.

(Minister Dr. Axel Horstmann [SPD]: Der sitzt ihm im Nacken!)

- Ja, das ist wohl so: Der sitzt ihm im Nacken. Das merkt man bei manchen seiner Passagen.

An einer Stelle aber hat man es nicht gemerkt: Sie haben die Wahrnehmung des Streikrechts durch die Gewerkschaften, das im Grundgesetz verankert ist, als Unverschämtheit bezeichnet. Damit begeben Sie sich auf das Niveau von Friedrich Merz. Herr Dr. Rüttgers, eine solche Einlassung weisen wir mit Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben einen Entschließungsantrag eingebracht, den ich auch für das Parlament als Zumutung bezeichnet habe.

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Warum? - Wir haben seit Monaten intensiv über den Haushalt beraten: wir unter uns sogar bereits seit Anfang des Jahres.

(Zuruf: Drei Wochen!)

- Lieber Schreihals da hinten, halten Sie besser einmal den Mund, sonst müssen Sie sich nachher für Ihre Zwischenrufe wieder entschuldigen.

(Johannes Remmel [GRÜNE] hebt die Hand und weist fragend auf sich.)

- Nein, da hinten war er. Der schlimmste Schreihals in diesem Haus ist Herr Palmén. Dabei handelt es sich aber um ein persönliches Problem, das ich mit ihm habe. Das tragen wir gelassener aus.

Meine Damen und Herren, wir haben - wie gesagt - seit Monaten intensiv über den Haushalt beraten. Und jetzt kommen Sie knapp drei Stunden vor Ende der Beratungen mit einem Antrag, den Sie "Zukunftsprogramm" nennen, und machen eine Reihe von Vorschlägen, von denen bisher kein einziger in das parlamentarische Diskussionsverfahren eingebracht worden ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Herbert Reul [CDU]: Falsch!)

Was für ein Parlamentsverständnis haben Sie? - Meine Damen und Herren, für Ihr Verhalten gibt es nur eine einzige Erklärung: Sie scheuen eine sachliche Diskussion über Ihre Vorschläge im Rahmen eines ordentlichen Beratungsverfahrens. Sie wollen so etwas gar nicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie bringen Ihr Papier ein und wollen direkt darüber abstimmen lassen, in der sicheren Erwartung, dass es sowieso abgelehnt wird. Das trifft im Übrigen zu.

Aber reden wollen Sie darüber nicht, weil Sie nämlich Angst vor einer sachlichen Diskussion haben und genau wissen, dass Sie Showanträge stellen, die nicht den Zukunftsentwurf zum Inhalt haben, den Sie hier so schön ausmalen. Ihren Showanträgen fehlt das sachliche Fundament in weiten Bereichen und manchmal sogar völlig.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Dr. Rüttgers, Sie wollen im Landeshaushalt 9 Milliarden € umschichten. Dieses Versprechen ist nichts weiter als eine Seifenblase.

(Beifall von Edith Müller [GRÜNE])

Zwar sieht das schön aus; aber diese Seifenblase wird schon nach wenigen Sekunden zerplatzen,

wie das mit Seifenblasen eben ist. Deshalb wird auch aus dem, was Sie hier vorgetragen haben, nichts werden. Mit seriöser und sachlicher Politik hat das überhaupt nichts zu tun.

Natürlich haben Sie einige interessante Gedanken geäußert, die Sie offenbar aus dem Buch von Meinhard Miegel abgeschrieben haben. Mit diesem Gedankengut sollten wir uns intensiv beschäftigen.

Zu dem, was Sie danach alles an Vorschlägen gebracht haben, muss ich Ihnen sagen, Herr Dr. Rüttgers: Sie kamen mir streckenweise wie ein Illusionist in einem Variété vor.

(Regina van Dinther [CDU]: Hören Sie doch auf!)

Sie lassen eine Person im Raum frei schweben. Die Zuschauer staunen, aber alle wissen - Sie sowieso -, dass alles pure Illusion ist und mit Realität nichts zu tun hat. Da trickst einer und versucht, einem etwas vorzumachen. Genau das haben Sie hier mit Ihrer Rede versucht: Sie wollen den Leuten etwas vormachen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auf den Punkt gebracht: Sie wollen den Menschen vormachen, Sie hätten ein Zukunftsprogramm. Ich sage Ihnen: Das haben Sie nicht! Das, was Sie vorgeschlagen haben, trägt nicht. Lassen Sie mich das Ihnen im Einzelnen erläutern:

Sie schlagen vor, die Steinkohlenförderung bis zum Jahre 2010 um die Hälfte zu verringern. Damit glauben Sie 750 Millionen € bis zum Jahre 2010 einsparen zu können. So steht es in Ihrem Papier.

Herr Dr. Rüttgers, Sie hätten hellhörig werden müssen, als bereits Ihre Parteifreunde Kollorz und Schauerte und die CDU-Oberbürgermeister Wittke und Reiniger Ihrem Vorschlag entschieden widersprochen haben. Das alles lässt sich in den Zeitungen unseres Landes nachlesen.

Sie ignorieren im Übrigen die Warnungen Ihrer Parteifreunde, wie Sie auch das einschlägige Prognos-Gutachten, das aus sehr neutraler Sicht den Ausstieg aus der Steinkohle untersucht hat, schlichtweg ignorieren.

Zusätzlich zu den jetzt zu zahlenden Stilllegungs- und Absatzsubventionen müssten wir bei einem Ausstieg aus der Steinkohle weitere 2,5 Milliarden € jährlich aufbringen, um die damit verbundenen Kosten für die Gesellschaft abzufangen. Herr Dr. Rüttgers, das heisst doch ganz schlicht

ausgedrückt: Ihr Vorschlag, über den wir bereits am vergangenen Freitag diskutiert haben, führt nicht zu einem Mehr an Mitteln für den Haushalt, sondern wir werden weniger Mittel zur Verfügung haben und höhere gesellschaftliche Kosten,

(Beifall bei der SPD)

abgesehen davon, dass Zehntausende von Bergleuten in die Arbeitslosigkeit entlassen würden. Das hätte wiederum Auswirkungen im örtlichen Bereich. Darüber könnten Sie sich doch einmal mit Herrn Wittke, Ihrem Kollegen aus Gelsenkirchen, intensiv unterhalten. Sie würden etwas dazulernen.

Deshalb: Ihr Vorschlag ist ohne Substanz und nicht umsetzbar, führt nicht zu Einsparungen, sondern zu Mehrkosten.

Ich appelliere deshalb immer noch an diejenigen, die sich in Ihren Reihen ein Mindestmaß an Vernunft bewahrt haben, mit Ihnen in dieser Frage noch einmal ernsthaft zu diskutieren und Sie von Ihrem falschem Weg abzubringen, den Sie ganz offenbar zu gehen bereit sind.

Ihre Politik ist energie- und strukturpolitisch falsch. Das haben wir Ihnen vorgerechnet.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiteres Beispiel: Sie wollen mit Ihrem Entschließungsantrag die Situation der Gemeindefinanzen verbessern. Das wollen wir doch alle. Dabei haben wir es mit einem riesigen Problem zu tun.

Vor wenigen Tagen haben Sie vorgeschlagen, dass die Gewerbesteuer abgeschafft werden solle. Stattdessen fordern Sie vom Bund einen höheren Anteil an der Umsatz-, Einkommen- und Körperschaftsteuer. Fordern kann man das sicherlich. Aber glauben Sie im Ernst, dass es auch nur einen Einzigen im Deutschen Bundestag gibt - eingeschlossen die CDU/CSU-Bundestagsfraktion -, der Ihren Vorschlag aufgreift und sagt: Jawohl, hier habt ihr die Milliarden! Es wird keinen Einzigen geben. Niemand wird es machen.

Das ist wirklich eine primitive Politik. Alle Ebenen haben Schwierigkeiten, ihre Haushalte auszugleichen: der Bund, die Länder und die Kommunen. Und dann zu sagen: "Ich löse finanzielle Probleme bei mir, weil ich anderen etwas abnehme", Herr Dr. Rüttgers, das ist keine Politik, bei der Sie in Ihren eigenen Reihen mehrheitsfähig sind. Das ist Illusion, und Sie sind wiederum ein Illusionist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Gewerbesteuer hat auch etwas mit Wirtschaft und Staat zu tun.

(Edith Müller [GRÜNE]: Das ist das Wichtigste!)

Deshalb haben Ihnen einige Bürgermeister - nein, es war einer, der dieses harte Wort gebraucht hat, aber die anderen denken genauso - gesagt, Ihr Vorschlag sei purer Schwachsinn. Und so ist es auch.

(Beifall bei der SPD)

Dann schlagen Sie, Herr Dr. Rüttgers, vor, jedes Jahr aus dem Landeshaushalt 250 Millionen € zusätzlich den Kommunen zur Verfügung zu stellen. Sie haben bei den ganzen Beratungen - auch in der zweiten Lesung hat das keine Rolle gespielt - nur vergessen, einen Antrag einzubringen, das so zu tun, um das dann wo zu finanzieren. Sie bauen Luftnummern. Sie stehen hier wie jemand, der die Kinder amüsieren will, und machen Luftblasen.

(Beifall bei der SPD)

Das sieht alles schön aus, aber wenn man nachher fragt: "Was will er wirklich, wie will er das realisieren?", dann ist bei Ihnen Fehlanzeige.

(Beifall bei der SPD und von Edith Müller [GRÜNE])

Herr Dr. Rüttgers, was Sie dort gemacht haben, ist kein Zukunftsentwurf.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Nein, ein Luftballon!)

Das hat einen ganz anderen Grund; darauf komme ich nachher noch einmal zurück.

Aber erstaunlich, beinahe atemberaubend, eine Volte, ein Flic-Flac, eine Wende ist das, was Sie in der Frage der Studiengebühren gemacht haben. Vor wenigen Monaten hatten wir hier Demonstrationen. Das Wetter war wunderschön, es war heiß, und viele Studenten waren hier. Da haben Sie sich in der Ihnen eigenen Art von Polemik gegen alle Überlegungen, die wir damals angestellt haben, ausgesprochen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Helmut Stahl [CDU]: Warum?)

Einige Monate später, wo keine Studenten mehr da sind, schlagen Sie vor: 250 € zahlt jeder Student pro Semester, und zwar von Anfang an. Nur die BAföG-Empfänger wollen Sie, glaube ich, herausnehmen.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Lächerlich!)

Alle, mit Ausnahme der BAföG-Empfänger, zahlen vom ersten Semester an 250 €. Das zahlen sie wie die BAföG-Empfänger nachher ab, wenn sie das erste Gehalt auf dem Konto haben.

Liebe Leute, das, was Sie da erheben wollen, ist eine schlichte Gebühr, die die Leute bezahlen müssen, vielleicht ein bisschen später kreditiert, aber sie müssen sie bezahlen.

Warum, Herr Dr. Rüttgers, haben Sie diesen tollen Vorschlag nicht vor einigen Monaten gemacht, als sie hier draußen gestanden haben?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Marc-Jan Eumann [SPD]: Genau so ist das!)

Wie ist das denn mit Ihrer Glaubwürdigkeit?

(Zuruf von Herbert Reul [CDU])

- Herr Reul, beruhigen Sie sich, Sie sind doch bald in Europa, dort können Sie sich dann austoben! Seien Sie doch ganz friedlich!

Ich muss ernsthaft die Frage an Sie stellen dürfen, und Sie müssen sie auch beantworten können: Warum kommen Sie mit diesem Vorschlag fünf Minuten vor Ende der Haushaltsplanberatungen, wenn keine sachkundige Beratung mehr möglich ist? Warum haben Sie diesen Vorschlag nicht im Sommer eingebracht, als wir intensiv darüber diskutiert haben? Erklären Sie es uns!

(Zuruf von der SPD: Das war vor der Wahl!)

Warum? Dazu fällt Ihnen nichts ein.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will ein weiteres Beispiel nennen. Ich bedaure, dass ich mich bis jetzt noch nicht mit dem Haushalt beschäftigen konnte, aber ich denke, dass es auch wichtig ist, sich mit den Vorschlägen der CDU auseinander zu setzen.

Sie machen Vorschläge zum Wohnungsbau. Dabei haben Sie eine erschreckende Unkenntnis der Lebensumstände, unter denen die Menschen in unserem Land leben. Gut, ich gebe zu: Das hatten Sie früher schon, denn im Landtagswahlkampf 2000 platierte Herr Reul "Der Mensch Rüttgers!", damit man diesen überhaupt als Menschen kennen lernt, weil Sie, Herr Rüttgers, so nah an den Menschen dran sind, wie Sie behaupten. Das Gegenteil ist der Fall.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Es gibt kaum einen Politiker, der so viel Distanz zu den Leuten hat wie Sie. Deswegen hat man eine auf Sie extra zugeschnittene Kampagne ge-

macht, damit die Leute überhaupt ein Verhältnis zu Ihnen bekommen. Das zu Ihrer Lebensnähe.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Da muss man sagen, das ist ein Mensch!)

Sie behaupten in Ihrem Papier - das hat mich erst überrascht, aber bei näherem Nachdenken ein bisschen entsetzt -: "Massenmietwohnungsbau hat keine Zukunft!" Ich frage Sie, Herr Dr. Rüttgers: Was ist eigentlich unanständig daran, zur Miete zu wohnen?

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Regina van Dinther [CDU])

Ist es beispielsweise unanständig oder muss man sich aus Ihrer Sicht dafür entschuldigen, wenn man in einer Großsiedlung wohnt? Sind das Bürger zweiter oder dritter Klasse?

(Widerspruch bei der CDU - Zuruf von Regina van Dinther [CDU])

Ist das die Sicht eines Mannes aus seinem Bungalow in Pulheim in einer gewissen Distanz zu den Bürgerinnen und Bürgern, die in Köln-Chorweiler leben? Ist das Ihre Sicht der Dinge?

(Beifall bei der SPD)

Nein, liebe Freunde. Denken Sie noch einmal genau darüber nach.

Der Deutsche Mieterbund hat gestern in einer Pressemitteilung zu Recht darauf hingewiesen, dass für Normalverdiener, für Leute mit geringem Einkommen, für Familien mit Kindern preiswerter Wohnungsbau gerade in den Ballungszentren fehlt und es Illusion ist zu behaupten, wir könnten da Geld wegnehmen und es stattdessen in Eigenheime hineinstecken, damit wir in unseren schönen Wohnsiedlungen, die wir im Umfeld der Großstädte haben, sehr bequem leben.

(Beifall bei der SPD - Marc Jan Eumann [SPD]: Genau so ist das!)

Aber wir hätten Riesenprobleme für diejenigen, die sich das nicht leisten können.

Deshalb, meine Damen und Herren, sage ich Ihnen: Wir sollten nicht Mietwohnungsbau gegen Eigenheimwohnungsbau ausspielen. Das ist nicht die Alternative.

(Beifall bei der SPD - Marc Jan Eumann [SPD]: Genau richtig!)

Wir brauchen, Herr Dr. Rüttgers, eine Modernisierung des bisherigen Fördersystems. Ein Investitionszulagensystem muss das bisherige Gießkannenprinzip ablösen.

(Zuruf von Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

Wir müssen gemeinsam mit dem Bund darum ringen, dass es hier vernünftige Vorschläge gibt, wie wir gezielter da hinkommen, wo wirklich das Geld optimal eingesetzt ist, und man nicht denjenigen Eigenheime mitfinanziert, die das aufgrund ihres eigenen Einkommens selbst leisten können.

(Beifall von Edith Müller [GRÜNE])

Warum müssen wir das subventionieren?

(Beifall bei der SPD und von Edith Müller [GRÜNE])

Herr Dr. Rüttgers, da machen wir es uns relativ einfach: Den Vorschlag, den Sie da gemacht haben, werden Sie mit uns gar nicht intensiv diskutieren können, weil wir den Weg sowieso nicht gehen.

(Zuruf von der CDU)

Ich muss mich aber weiterhin mit Ihrem Papier auseinander setzen. Abenteuerlich ist beispielsweise auch Ihr Vorschlag, zusätzlich zu den Landesbediensteten, die wir haben, weitere 10.000 einzustellen, z. B. für Schulen und Hochschulen, für die Polizei und für den Strafvollzug. Das wollen Sie dann durch eine 1,5%ige Kürzung bei anderem Personal, das wir im Land haben, finanzieren. Sie schließen bei den Kürzungen bewusst Schulen, Hochschulen, Polizei und Justiz aus. Bei dem Rest, der übrig bleibt, kürzen wir jetzt 1,5 %, und aus diesen Kürzungen finanzieren wir dann 10.000 zusätzliche Stellen an anderer Stelle. Toller Vorschlag!

Meine Damen und Herren, wenn ich die Bereiche herausnehme, die ich gerade aufgezählt habe und die auch in Ihrem Papier enthalten sind - ich sage noch einmal: Hochschulen, Schulen, Polizei und Justiz -, bleiben 77.000 Landesbedienstete übrig. Davon 1,5 % - meine Damen und Herren, Sie sind alle in der Mathematik erfahren und können das ausrechnen - sind etwas mehr als 1.000 Stellen. 1.000 Stellen sparen wir ein. Aus den Mitteln, die wir damit eingespart haben, finanzieren wir 10.000 Stellen an anderer Stelle. Bravo, Herr Dr. Rüttgers, hochintelligent, Klasse!

(Demonstrativer Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Mit Ihrem Entschließungsantrag formulieren Sie keine Alternative zu unserer Politik und der die Regierung tragenden Koalitionsfraktionen. Das wissen Sie auch; sonst hätten Sie dieses Verfahren nicht gewählt. Dieses Verfahren ist unerträglich. Mit solchen Vorschlägen am Ende einer De-

batte zu kommen - mein lieber Freund, so geht das nicht. Das hätten Sie rechtzeitig einbringen können. Dann hätten wir uns damit auch in den Ausschüssen auseinander gesetzt. Sie haben es nicht getan. Sie hatten Ihre Gründe dafür.

(Zurufe von der CDU)

Es geht Ihnen mit Ihrem Programm ja auch gar nicht um die Haushaltsplanberatungen. Sie veranstalten hier eine Schaurunde. Das hat aus Ihrer Sicht sicherlich auch Gründe. Unter Umständen kann man das sogar nachvollziehen. Ich glaube, es geht Ihnen eigentlich um etwas völlig anderes. Das hat - deshalb zitiere ich das auch - die "Neue Rhein Zeitung" gestern zutreffend beschrieben. Die "NRZ" hat gestern geschrieben:

"Wenige Monate vor dem Landesparteitag der CDU will sich Rüttgers, zu dessen Spezialitäten überzeugende Wahlergebnisse nicht gehören,"

(Beifall bei der SPD)

"profilieren und auch bisher abgeneigten Delegierten für ihren Landesparteitag empfehlen."

Das ist das Motiv, weshalb Sie das eingebracht haben. Aber warum müssen Sie uns denn jetzt für eine Werbeveranstaltung in Ihrer eigenen Partei missbrauchen? Suchen Sie sich dafür bitte andere Foren, aber nicht das Parlament.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn man Ihre Zuarbeit und Mitarbeit, was die Beratungen des Landeshaushalts angeht, zusammenfasst, kann man Folgendes sagen: Sie haben sich den Beratungen weitgehend entzogen. Sie haben bis auf wenige Ausnahmen - die hat es gegeben - keine alternativen Vorstellungen entwickelt. Sie haben aber in insgesamt 25 Pressemitteilungen alle Kürzungsvorschläge, die die Koalitionsfraktionen gemacht haben, zum Teil sehr polemisch begleitet und abgelehnt. Das war bis jetzt Ihr Beitrag zum Haushalt dieses Landes.

Da sage ich, Herr Dr. Rüttgers: Sie sind kein seriöser Partner bei den Haushaltsplanberatungen gewesen. Wir bedauern dies. Wir würden gern mit Ihnen ringen, auch über die Frage: Soll man da oder da kürzen? Da sind wir ja durchaus auch offen. Wir sind auch lernfähig, wenn vernünftige Vorschläge kommen. Man muss sagen: Niemand von uns hat die letztendliche Wahrheit gepachtet. Wir alle sind nicht die Hauptverwaltung ewiger Wahrheiten. Wir müssen dazulernen. Aber Sie haben in dem Bereich nichts gebracht - bis auf wenige Ausnahmen. Das war bislang keine gute

Haushaltsplanberatung, die Sie in diesem Land geleistet haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Zum Haushalt selbst: Die derzeitige Situation aller Haushalte - vom Bund über die Länder bis zu den Kommunen - macht eines in drastischer Weise deutlich: Die Leistungsfähigkeit des Staates hat ihre Grenzen erreicht. Ein "Weiter so!" wird es nicht geben. Wir stehen vor der Notwendigkeit, grundsätzliche Reformen durchzuführen, und zwar auf allen staatlichen Ebenen. Das werden wir tun müssen.

Im Zentrum dieser Reformen muss aber eine Frage stehen. Auf eine Frage müssen wir eine Antwort geben. Denn sie entscheidet letztlich, ob der Staat und seine Einrichtungen handlungsfähig bleiben. Sie entscheidet darüber, ob die grundlegenden Errungenschaften des Sozialstaates noch Bestand haben. Sie entscheidet darüber, ob die Handlungsfähigkeit und die Gestaltungskraft von Staat und Politik gesichert werden. Die übergeordnete Frage, auf die wir eine Antwort geben müssen, lautet: Was kann sich der Staat noch leisten? Aber auch: Was muss er leisten, damit wir hier einen lebenswerten Staat und eine Gesellschaft haben, mit der wir nicht nur zufrieden sind, sondern in der die Menschen glücklich leben und in der sie auch eine Zukunft für sich selbst sehen? Was kann der Staat leisten? Und was muss er leisten? Auf diese Frage müssen wir alle gemeinsam eine Antwort geben,

(Beifall bei den GRÜNEN)

Opposition wie Mehrheit. Das ist doch klar. Wir alle sind vom Wähler gewählt. Ich kann nur darum bitten, dass wir uns, wenn wir jetzt über Umschichtungen auch im Haushalt reden, um Gemeinsamkeiten bemühen, um sachliche Diskussionen bemühen und nicht um die manchmal so unerträgliche Polemik, die auch in diesem Hause exzessiv ausgelebt wird.

(Lachen bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ja, wir müssen Kürzungen vornehmen. Es ist richtig: Wir müssen Leistungen im Interesse des Ganzen zurückfahren. Es ist auch völlig normal und richtig so. Das müssen wir auch ertragen. Damit müssen wir uns auseinander setzen. Wir müssen auch die Kritik der Betroffenen aushalten. Jawohl, das ist unsere Aufgabe. Das ist keine Veranstaltung, die vergnügungssteuerpflichtig ist - wie immer gesagt wird. Das ist teilweise ein sehr schwieriger Prozess. Aber wir stellen uns dem. Wir weichen nicht aus wie die CDU immer zu wohlfeilen Versprechun-

gen, von denen wir annehmen dürfen, dass sie von Ihnen sowieso nicht eingehalten würden, wenn Sie überhaupt in diese Verlegenheit kämen.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen: Herr Dr. Rüttgers, ich bin nicht nachtragend, aber ich rate Ihnen einmal einen Blick in die Reihen Ihrer eigenen Fraktion zu werfen - weil Sie vorhin von Kinderstube und politischem Stil gesprochen haben.

(Ministerin Bärbel Höhn: In der Tat!)

Pfeifen Sie manchmal nicht so laut. Es wäre besser, Sie wären auch ein bisschen zurückhaltend. Die Größenordnung der CDU-Fraktion ist mir sehr sympathisch, aber leider haben Sie noch etliche mehr.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es künftig so sein sollte wie jetzt: à la bonne heure! Das wär's!

Meine Damen und Herren, es ist richtig, dass wir angesichts der dramatischen Situation aller öffentlichen Haushalte mit dem Haushaltsplan 2003 mehr Schulden machen müssen, als wir ursprünglich geplant haben und als wir wollen. Wir tun dies, damit es nicht zu strukturellen Brüchen kommt. Wir wollen das, was den Menschen und uns wichtig ist, sichern. Aber wir müssen dabei auch die staatlichen Haushalte sanieren. Dazu brauchen wir Reformen.

Die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen haben gemeinsam mit dem Haushaltsplan 2003 notwendige und jetzt verantwortbare Reformschritte getan und die erforderlichen strukturellen Änderungen eingeleitet.

Niemand, der politisch ernst genommen werden will, kann bestreiten, dass die Ursachen für unsere Haushaltsprobleme in erster Linie - sie sind nicht hausgemacht - in der weltweit schwachen Konjunktur zu sehen sind.

(Lachen und Zurufe von der CDU)

- Lieber Kollege, wenn Sie darüber höhnisch lachen, dann sind Sie einer der ganz wenigen, die die Realitäten einfach nicht zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist dann mehr Ihr Problem als das Problem dieses Parlaments.

Die Ursachen sind natürlich vielfältig, aber es besteht auch gar kein Zweifel daran, dass das Ereignis vom 11. September des vergangenen Jahres auch heute noch nachwirkt. Ich glaube, auch

ein eventuell bevorstehender Irak-Krieg hat seine Konsequenzen, was die weltweite Konjunktur angeht.

Aber es gibt auch andere Ursachen. Ich nenne beispielsweise die Kurseinbrüche an den internationalen Börsen oder - ich sage das einmal ganz bewusst - die Katastrophe am neuen Markt, die mehr Geld vernichtet hat als alle anderen Dinge, die es nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben hat.

Dies alles - im Übrigen auch der Euro - trägt dazu bei, dass es Kaufzurückhaltung gibt und dass bei den Unternehmen Investitionsentscheidungen hinausgeschoben werden.

Ich glaube auch, dass der Euro für das Kaufverhalten der Bürgerinnen und Bürger von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung ist. Das Gefühl, durch die Einführung des Euro übervorteilt zu werden - mit der Folge, Zurückhaltung zu üben -, haben wahrscheinlich auch alle anderen hier im Haus, so wie das für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land gilt. Gerade deshalb halten sie sich in weiten Bereichen auch zurück. Sie haben das Gefühl, über den Tisch gezogen zu werden. Das wiederum hat dann Auswirkungen auf die Inlandskonjunktur, und das hat auch Auswirkungen auf Steuereinnahmen, und das wirkt sich schließlich indirekt auch auf den Arbeitsmarkt aus.

Aber, meine Damen und Herren, selbstverständlich trägt auch die größte Steuersenkungsreform in der Geschichte der Bundesrepublik zu Steuermindereinnahmen - auch in unserem Bundesland - bei. Wir haben deutliche Steuerentlastungen für die Bürgerinnen und Bürger und auch für Unternehmen gewollt - das haben wir gewollt und getan, und das wird auch 2004 und 2005 fortgesetzt -, aber bedingt dadurch fehlen uns allein im Landeshaushalt im nächsten Jahr, und zwar aus der Steuerreform und aus den erwähnten Mindereinnahmen, fast 2,5 Milliarden € an Einnahmen.

Wir verabschieden heute in dritter Lesung - das hatte ich bereits gesagt; ich will es aber noch einmal betonen, weil es der Wahrheit entspricht - den schwierigsten Haushalt in der Geschichte unseres Landes. Es macht es uns aber nicht leichter, darauf hinzuweisen, dass der Bund und die anderen Länder vor vergleichbar schwierigen Situationen stehen. Wir müssen nämlich unsere eigene Situation bewältigen. Wir alle gemeinsam müssen durch das schwerste Finanzjahr in der Geschichte der Bundesrepublik durch.

Wir, die Koalitionsfraktionen, haben uns dieser Herausforderung gestellt. Wir haben trotz großer Einbrüche bei den Einnahmen heute einen Haushaltsplan, den wir zur Verabschiedung vorlegen,

der erstens ausgeglichen und verfassungskonform ist, der zweitens klare Schwerpunkte setzt, der sich drittens auf die Zukunftspfade für unser Land konzentriert und der viertens sozial gerecht ist und strukturelle Brüche vermeidet.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

Es wird immer über die große Kompetenz der CDU in Wirtschafts- und Finanzfragen gesprochen. Daran glaubt aber keiner mehr.

(Widerspruch bei der CDU)

Wir werden nicht - wie das Land Hessen - im zweiten Jahr hintereinander einen verfassungswidrigen Haushalt fahren.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Bei euch ist es der dritte!)

Im zweiten Jahr hintereinander fährt Herr Koch einen verfassungswidrigen Haushalt. Wir werden auch nicht die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ausrufen. Wir werden also nicht den Haushaltsnotstand erklären. Das aber muss beispielsweise das Saarland - CDU-geführt - tun. Im Übrigen gilt das allerdings auch für Schleswig-Holstein, und Schleswig-Holstein wird von einer SPD-Ministerpräsidentin regiert. Wir werden diesen Weg nicht beschreiten, und wir brauchen ihn auch nicht zu beschreiten.

Wir haben nicht nur über Einsparungen geredet, sondern wir haben sie auch realisiert. Ein Haushaltsloch von fast 2,5 Milliarden € wurde durch Mehreinnahmen, durch Minderausgaben und durch eine verfassungskonforme Kreditaufnahme finanziert. Bei dieser einzigartigen Haushaltsoperation haben wir naturgemäß von den Betroffenen viel Kritik einstecken müssen. Da haben aber die Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen nicht nur ihre starke Gestaltungskraft und ihr hohes Maß an Verantwortung, sondern auch eindrucksvoll ihre Geschlossenheit unter Beweis gestellt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir sind eine handlungsfähige Koalition, um das hier einmal sehr deutlich zu sagen, und das beweist sich auch in einer so schwierigen Haushaltslage wie der, vor der wir stehen. Wir haben das gemanagt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Oppositionsfraktionen haben sich vor dieser Verantwortung gedrückt. Gut, es ist ihr gutes Recht, das zu tun. Niemand kann sie zwingen, mitzuarbeiten. Belastbare Vorschläge haben sie

nicht gemacht. Kritik und Polemik haben wir von ihnen aber reichlich erfahren.

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, aber auch von der FDP: Das ist zu wenig. Wir konzentrieren uns auf die wichtigsten Zukunftspfade unseres Landes. Ganz oben steht da die Frage der Bildung. Darüber haben wir öfter hier miteinander diskutiert. Der Landeshaushalt des nächsten Jahres spiegelt die Bedeutung, die wir der Bildungspolitik beimessen, eindeutig wider. Der Gesamtbildungsetat für Schulen und Hochschulen steigt im nächsten Jahr auf rund 16,8 Milliarden € an. Einschließlich der Schulpauschale von 420 Millionen und der Mittel, die wir für Weiterbildung zur Verfügung stellen - das sind auch 110 Millionen -, haben wir etwa 17,4 Milliarden € zur Verfügung für Bildung in unserem Land. Das sind 36,5 % des Landeshaushalts nur für Bildungsausgaben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dass wir das in dieser schwierigen Zeit geschafft haben - darauf bin ich, darauf ist die SPD-Fraktion und, wie ich annehme, auch unser Koalitionspartner zu Recht stolz.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben eindeutige Prioritäten gesetzt. Das ist eine Kraftanstrengung gewesen, und die ist nur möglich gewesen, weil wir an anderer Stelle gespart haben. Wir haben Prioritäten gesetzt. Wir hatten und haben die Kraft zu strukturellen Reformen. Wir konzentrieren uns auf das, wofür der Staat an erster Stelle Verantwortung trägt, und das ist die Zukunft dieser Gesellschaft, und die Zukunft dieser Gesellschaft ist die Zukunft unserer Kinder. Deshalb müssen wir uns da engagieren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir legen mit diesem Landeshaushalt den Grundstein dafür, dass unser Bildungssystem qualitativ besser wird. Der Qualitätspakt mit den Hochschulen gilt. Auch das war umstritten. Für uns gilt er. Er ist vor wenigen Wochen sogar bis einschließlich 2006 verlängert worden. Er bezieht jetzt auch die Medizinfachbereiche voll ein. Auf dieser Basis können die Hochschulen eigenverantwortlich ihre Stärken weiterentwickeln. Sie können auf einer verlässlichen Basis ihre fachlichen Schwerpunkte miteinander abstimmen. Angesichts der Sparzwänge leisten aber auch - das muss man klar sagen - die Hochschulen einen solidarischen Beitrag, auf den Herr Dr. Rüttgers in seiner Rede bereits hingewiesen hat.

In einem Zeitraum von 10 Jahren sparen die Hochschulen 2.000 Stellen ein. Das ist mit Ihnen

so vereinbart worden. Die Hälfte der eingesparten finanziellen Mittel erhalten sie über einen Innovationsfonds zurück. Sie erhalten zudem fünf Jahre lang Planungssicherheit, weil sie in diesem Zeitraum von Stellenbesetzungssperren und globalen Minderausgaben nicht betroffen sind.

Also, meine Damen und Herren, wir haben hier für einen der wichtigsten Bereiche der Zukunft unseres Landes, nämlich für die Hochschulen, eine sehr vernünftige Situation geschaffen und unsere Zusagen auch in Zeiten schwerster Haushaltssituationen sowie finanzieller Knappheit eingehalten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir halten am verabredeten Stufenplan Vorrang für Bildung fest. 2003 werden 1.329 neue Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich eingestellt. Darüber hinaus werden alle 4.700 Stellen der Lehrerinnen und Lehrer, die aus Altersgründen oder aus anderen Gründen ausscheiden, wieder besetzt. Insgesamt werden es somit rund 6.000 neue Lehrerinnen und Lehrer sein. Jede frei werdende Stelle wird neu besetzt.

Ab Sommer 2003 werden unsere Kinder zudem in der dritten Grundschulklasse Englisch lernen. Das ist gut so. Das haben wir alle gemeinsam so gewollt. Dafür stehen 670 Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung.

Für pädagogische Fördermaßnahmen in den offenen Ganztagsgrundschulen gibt es im nächsten Jahr 100 zusätzliche Lehrerstellen und bis zum Jahr 2006 - wenn wir dann unser Gesamtprogramm mit etwa 2.500 Ganztagsgrundschulen erfüllt haben werden - etwa insgesamt 800.

Das Projekt Beruf und Schule, das den Berufseinstieg Jugendlicher, die keinen Schulabschluss erreicht haben - das ist eine ganz wichtige Klientel -, fördern soll, wird auf 175 Stellen ausgeweitet.

Ein Schwerpunkt bildet für uns auch die Sprachförderung in den Klassen 5 und 6 an 90 Hauptschulen und an 30 Gesamtschulen unseres Landes. Die Mittel für vorschulische Sprachförderung werden deutlich auf 5 Millionen € erhöht.

Es gibt aber auch Umschichtungen. Für die klaren Prioritätensetzungen, die wir getroffen haben, sind diese Umschichtungen zwingend erforderlich. Dazu stehen wir. Dafür haben wir auch Kritik erfahren. Darüber haben wir aber mit den Betroffenen verhandelt.

Bei der Weiterbildung werden wir beispielsweise, Herr Dr. Rüttgers, 5 % der Landeszuschüsse ein-

sparen. Das haben wir mit den freien Trägern und den kommunalen Trägern so vereinbart.

Im muttersprachlichen Ergänzungsunterricht werden 450 Stellen abgezogen. Für "Geld statt Stellen" stehen 30 Millionen € weniger zur Verfügung.

Das ist der Preis dafür, dass wir mehr Lehrer in Festanstellung bringen und die notwendigen Konsequenzen aus der PISA-Studie, gerade bezogen auf die Ganztagsgrundschule, ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, unser Schulsystem hat Defizite. Deshalb haben wir damit begonnen, unsere Schulen behutsam, Schritt für Schritt, ohne Brüche und vor allem gemeinsam mit Eltern, Schülern, Lehrern und den Schulleitungen zu reformieren.

(Regina van Dinther [CDU]: Wo denn?)

Es geht uns nämlich um die Zukunftschancen unserer Kinder. Es geht uns um unsere Jugendlichen. Es geht uns um Investitionen in die Köpfe, es geht um die wirtschaftlichen Chancen unseres Landes.

Unser Ziel ist die neue Schule NRW, unser Ziel ist mehr Gerechtigkeit und mehr Qualität.

Mehr Gerechtigkeit setzt voraus, dass wir den Bildungsauftrag auch im Elementar- und Grundschulbereich verstärken. Wir wollen eine verbindliche Förderung im Kindergarten vor allem in der deutschen Sprache. Wir wollen die offene Ganztagsgrundschule, die mehr Zeit für Bildung, mehr Zeit für individuelle verbindliche Förderung vorsieht und die für mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf sorgen wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Mehr Qualität in der schulischen Bildung verlangt aber auch klare Standards. Deshalb wollen wir festlegen, was wann gelernt sein muss. Dazu müssen wir in der Tat noch eine ganze Reihe von Reformansätzen in praktische Politik umsetzen.

Wir wollen, dass Leistungsprüfungen den Förderbedarf festlegen. Das gilt für lernschwächere, das gilt aber auch für lernstärkere Kinder. Wir erwarten, dass die pädagogische und didaktische Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer stärker als bisher für die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen genutzt wird.

Wir brauchen Schulen - wir haben darüber vor wenigen Tagen mit Prof. Tillmann, einem der Autoren der PISA-Studie, ein längeres Gespräch geführt -, in denen das Sitzenbleiben überwunden

wird. Wir betreiben eine ökonomische und volkswirtschaftliche Verschwendung in großem Umfang, wenn bei uns so viele Kinder sitzen bleiben, wofür es überhaupt keinen vernünftigen Grund gibt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Regina van Dinther [CDU]: Da müssen Sie mehr Lehrer einstellen!)

- Das hat mit mehr Lehrern überhaupt nichts zu tun. Mein Gott, Sie sind in der Steinzeit der Bildungspolitik verhaftet. Machen Sie sich endlich einmal auf den Weg.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Werfen Sie doch den ideologischen Ballast ab. Mit Ihnen redet doch keiner mehr ernsthaft, außer die kleinen Klüngel und Kreise, in denen Sie sich bewegen. Das ist doch längst nicht mehr Stand der Diskussion. Es geht nicht um mehr Lehrer, um dieses oder jenes zu leisten. Wir brauchen ein Schulsystem, das fördert, statt zu selektieren,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

das das Wechseln von einer Schulform in die nächstniedrige vermeidet oder sogar verhindert oder auch verbietet. Darüber müssen wir nachdenken. Wir müssen dafür Wege finden. Wir müssen dazu beitragen - nur auf diese Weise können wir es -, dass alle Jugendlichen einen qualifizierten Schulabschluss erreichen.

Wir wollen eine Neuausrichtung unseres Schulsystems. Unsere Schulen brauchen mehr Freiheit, mehr Wertezustimmung.

(Zuruf von der CDU: Bravo!)

- Da sind wir einer Meinung. Aber warum bekämpfen Sie uns bei der selbstständigen Schule, wenn Sie "Bravo!" schreien?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Warum sind Sie dann auf der anderen Seite und versuchen, das zu behindern, wo immer sie es können?

Entschuldigung, jetzt werde ich einmal heftig. Da ruft einer "Bravo!", und gleichzeitig sehe ich, wie in Räten und Kreistagen Entscheidungen getroffen werden, sich an dem Schulversuch nicht zu beteiligen. Das haben wir doch reihenweise.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Die Mehrheit der CDU im Erftkreis hat verhindert, dass auch nur eine Schule an diesem Schulversuch teilnimmt. Dann rufen Sie hier "Bravo!" Entschuldigung, aber jetzt werde ich einmal heftig.

Sie können uns doch nicht andauernd an der Nase herumführen. Das ist doch lächerlich.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir werden die selbstständige Schule so schnell wie möglich einführen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Läuft schon!)

Wenn das schneller geht als über den Schulversuch, der auf fünf Jahre angelegt ist und der sehr erfolgreich läuft, dann werden wir es machen. Wir werden darüber mit der Ministerin sehr intensiv diskutieren.

Wir wollen so schnell wie möglich alle Schulen dieses Landes in die Selbstständigkeit entlassen und die Verantwortung dort andocken, wo sie hingehört: in den Schulleitungen, in den Lehrerkollegien und bei den Vertreterinnen und Vertretern der Eltern und im Schulträgerbereich. Dorthin gehört die Verantwortung. Das werden wir erreichen, auch wenn Sie dabei nicht mitmachen.

(Beifall bei der SPD)

Das im Übrigen zu dem Reformdruck, den Sie haben. In manchen Bereichen hat man das Gefühl, dass sich bei Ihnen gar nichts bewegt.

Es gibt Politiker in diesem Haus - das habe ich immer sehr bedauert -, die behaupten, wir würden nicht genug in die Schulen investieren, weil wir den Steinkohlenbergbau subventionieren. Dabei werden Kinder gegen Bergleute gestellt. Das finde ich nicht in Ordnung. Wer so redet, der redet im Übrigen auch falsch.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Zynisch!)

Die Subventionen für den Bergbau sind langfristig vertraglich gebunden. Der Vorschlag der FDP, schnell herauszugehen, vertragsuntreu zu werden und die Verträge zu kündigen, ist auch für eine liberale Partei ein geradezu skandalöses Verhalten.

Wer den sofortigen Ausstieg aus der Steinkohle will - das will ja die FDP -, belastet die öffentlichen Haushalte, wie ich gesagt habe, mit 2,5 Milliarden € zusätzlich. Das können wir so nicht machen; das machen wir auch nicht.

Ich darf auch einmal Folgendes sagen: Wer im Übrigen für die Subventionierung regenerativer Energien wie z. B. der umstrittenen Windenergie kein Ausstiegsdatum nennen kann und will, sollte sich auch nicht über ein Ausstiegsdatum bei der Steinkohle äußern.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Was soll das denn?)

Jetzt zur CDU: Wer wie Herr Dr. Rüttgers im 48-Stunden-Rhythmus immer neue Jahresfördermengen für die deutsche Steinkohle fordert, ohne Rücksicht auf betriebswirtschaftliche Zusammenhänge zu nehmen, macht sich völlig unglaublich, und zwar nicht nur bei den Bergleuten, sondern auch bei denjenigen, mit denen man ja sachlich diskutieren muss, nämlich bei der Landesregierung und bei den anderen Fraktionen.

Ein Qualitätsmerkmal unserer Politik für das Land war in den letzten Jahrzehnten immer, den Strukturwandel ohne soziale Brüche zu gestalten. Dabei wird es bleiben, ob Sie es wollen oder nicht.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt erst recht vor dem Hintergrund, dass sich als Folge der konjunkturellen Situation der Abbau der Arbeitslosigkeit schwieriger gestaltet, als wir uns dies gewünscht haben; das ist so, das muss man offen so sagen, das gehört zur Wahrheit.

Gerade deshalb bleiben wir mit unserer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auf einem klaren beschäftigungsfördernden Kurs. Wir konzentrieren die finanziellen Mittel unseres Landes dort, wo sie die größte Wirkung entfalten. Da haben wir in der Vergangenheit sicherlich den einen oder anderen Fehler gemacht, aber das werden wir korrigieren.

Es ist eben richtig, dass angesichts der finanziellen Lage auch die Arbeitsmarktpolitik einen Sparbeitrag leisten muss. Die Mittel dort werden um knapp 30 Millionen € reduziert. Trotzdem können wir es uns immer noch leisten, im nächsten Jahr mehr als 300 Millionen € in arbeitsmarktpolitische Programme zu investieren.

Herr Dr. Rüttgers hat vorhin gesagt, das sei alles Quatsch, all das solle man gar nicht machen, solche Arbeitsmarktförderprogramme brauche man gar nicht.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Habe ich gar nicht gesagt!)

- So hatte ich Sie zumindest verstanden. Ich kann das ja noch einmal nachlesen. Falls ich Ihnen etwas unterstellt haben sollte, was Sie nicht gesagt haben, will ich das gerne korrigieren.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Sie sagen die Unwahrheit! - Zurufe von der CDU)

Schauen Sie mal nach Bayern, was es da für Arbeitsmarktförderprogramme gibt! Schauen Sie mal nach Baden-Württemberg und in andere CDU/CSU-geführte Länder! Dann werden Sie erst sehen, welche Bedeutung solche Programme ha-

ben. Deshalb werden wir an ihnen festhalten; wir werden sie für unser Land brauchen.

Für die Förderung kleiner modellhafter Arbeitsmarktprojekte werden sogar rund 800.000 € mehr als im Vorjahr bereitgestellt. Die Landesregierung hatte weniger vorgesehen; wir als Fraktion haben diesen Titel erhöht.

Gekürzt haben wir Haushaltsmittel dort, wo sie nicht mehr zwingend benötigt werden. Das bislang aus Landesmitteln unterstützte Modellprojekt „Job-Rotation“ ist durch das Job-AQTIV-Gesetz in die Regelförderung der Arbeitsverwaltung übernommen worden, und deshalb wird diese Maßnahme künftig durch die Bundesanstalt für Arbeit finanziert.

Für bewährte arbeitsmarktpolitische Programme schaffen wir neue Finanzierungsgrundlagen. Beispielsweise ist die Erprobungsphase der erfolgreichen Landesinitiative „Jugend in Arbeit“ beendet. Das Projekt geht jetzt in das Programm „Jugend in Arbeit plus“ über und wird ab 2003 in die EU-kofinanzierte Arbeitsmarktförderung aufgenommen. Damit ist die Finanzierung gesichert.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)**

Also: Wir werden die Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen konzeptionell weiterentwickeln. Grundlage hierfür sind die Hartz-Vorschläge. Wir wissen, dass wir mit unserem Wirtschafts- und Arbeitsminister einen hervorragenden Mann auch in dieser Kommission haben, der hartnäckig das, was wir hier bereits praktizieren, einbringt, damit es Bundesgesetz wird. Wir sind nämlich in weiten Bereichen der Arbeitsmarktpolitik den anderen nicht nur eine Nasen-, sondern eine Armlänge voraus. Harald Schartau wird dafür sorgen, dass dies in Berlin nicht nur bekannt wird, sondern dass sie sich an uns messen lassen und dass unsere Vorschläge, soweit sie belastbare Verbesserungen sind, in die Bundespolitik und damit für die gesamte Bundesrepublik übernommen werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir werden das Meistergründungsprogramm fortführen. Alle Anträge auf Meistergründungsprämie - darüber ist diskutiert worden, und deshalb sage ich es hier sehr deutlich - können ab 2003 wieder bewilligt werden. Das garantieren die Mittel aus dem Ziel-2-Programm und die in den Landeshaushalt eingestellten Verpflichtungsermächtigungen.

Zur Förderung von Unternehmensgründungen im Mittelstand stehen 6,5 Millionen € und für die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen weitere 6 Millionen € zur Verfügung - vor allem für

zinsverbilligte Kredite und Darlehen. Damit wollen wir die Eigenmittelausstattung der Unternehmen verbessern. Auch für die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur haben wir knapp 10 Millionen € zur Verfügung gestellt.

Ich will es bei dieser Aufzählung belassen. Ich wollte nur einmal klarmachen, an wie vielen Stellen und in welcher Höhe dieses Land auch in schwierigen Haushaltszeiten Mittel einsetzt, alles tut, was erforderlich ist, damit wir unsere Instrumentarien finanziell so ausgestalten, dass sie greifen können: auf dem Arbeitsmarkt, dass damit Arbeitsplätze geschaffen, Unternehmen stabilisiert, Unternehmensgründungen gefördert und Meistern Hilfestellungen gegeben werden. All das machen wir weiterhin, obwohl die Haushaltslage extrem angespannt ist. Das ist richtig so. Das ist sozialdemokratische Politik, und auch unser Koalitionspartner trägt dies mit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Aber ich sage auch Folgendes sehr deutlich, liebe Kolleginnen und Kollegen: Staatliches Handeln kann wirtschaftliches Handeln nicht ersetzen. In erster Linie ist natürlich die Wirtschaft dafür verantwortlich, dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Da gibt es manchmal Schwierigkeiten; das will ich gar nicht leugnen. Deshalb begrüßt die SPD-Fraktion die Entschließung des Bundesrats zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch den Abbau von wirtschaftsbelastenden Regelungen. Das ist gut.

Wir haben in unserem Land das, was wir landesgesetzlich tun konnten, bereits in weiten Bereichen getan. Unsere Genehmigungsverfahren sind mit die schnellsten in der Bundesrepublik. Sie können sich auch im internationalen Vergleich sehen lassen. Aber auf Bundesebene gibt es noch eine ganze Reihe von Behinderungen, die endlich abgebaut werden sollten, damit wir schneller zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze kommen.

Ein wichtiges Ziel unserer Politik ist, das Gründungsklima neu zu beleben und positive Wachstumsimpulse zu setzen. Überreglementierungen und bürokratische Vorschriften behindern das Wachstum und sind ein Standortdefizit. Wir sehen mit Interesse der Entwicklung entgegen, die vom Bundesrat ausgeht.

Große Sorge, liebe Kolleginnen und Kollegen, macht uns der Ausbildungsmarkt. Für 27.000 Jugendliche, die in Nordrhein-Westfalen zurzeit einen Ausbildungsplatz suchen - vielleicht sind es jetzt einige weniger, aber das ist eine Zahl von vor wenigen Tagen -, stehen nur 12.000 freie betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung. Das be-

friedigt uns überhaupt nicht. Das empfinden wir als einen katastrophalen Zustand.

Deshalb ist es wichtig, dass es den Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen gibt. Mit 5,3 Millionen € Barmitteln und mit Verpflichtungsermächtigungen tragen wir dazu bei, dass jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz angeboten wird, unter Umständen nicht im Betrieb, aber in anderen Einrichtungen.

Das Land wird sein Versprechen als Partner im Ausbildungskonsens halten. Wir werden unser Versprechen halten, erwarten aber auch, dass die Wirtschaft mehr tut, als sie bisher getan hat, und dass die Unternehmen mehr tun, als sie bisher getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Denn letztlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, bilden sie damit ihren eigenen Nachwuchs aus, das Potenzial, mit dem sie künftig wirtschaften wollen. Wer da nichts tut, sägt selber den Ast ab, auf dem er sitzt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir begrüßen ausdrücklich die Bereitschaft des Bundes, mit uns gemeinsam allen Jugendlichen, die bis zum 31. Dezember dieses Jahres noch keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden haben, ein Angebot zur Aufnahme in einer außerbetrieblichen Berufsausbildungsstätte zu machen. Das ist ein gutes Angebot.

Wir werden auch die, die erforderlich sind, um solche Ausbildungsstätten zu finanzieren - 12,5 Millionen € sind momentan im Gespräch -, zur Verfügung stellen.

Noch einmal: All das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Betriebe die Hauptverantwortung für die berufliche Ausbildung und den qualifizierten Nachwuchs tragen. Hier ist mehr Engagement einzufordern. Das sollten wir gemeinsam tun, meine Damen und Herren. Wir dürfen es nicht dazu kommen lassen, dass die konjunkturelle Krise, die wir nun einmal haben, die Zukunft von Menschen verbaut. Unternehmen brauchen junge Menschen; sie brauchen qualifizierten Nachwuchs.

Wir setzen uns auch in der Verkehrspolitik für moderne Strukturen ein. Herr Dr. Rüttgers hat hier wieder die Diskussion darüber entfacht, ob der Ministerpräsident für die Staus auf den Autobahnen persönlich verantwortlich ist oder ob nicht letztendlich diejenigen die Verantwortung dafür tragen, die sich in diesen Staus befinden. Eine

solche Debatte brauchen wir hier nicht zu führen; denn sie eignet sich höchstens für eine Kabarettveranstaltung.

Es ist völlig klar, angesichts der Tatsache, dass sich der Staat nicht alles leisten kann, müssen wir in einigen Bereichen Schwerpunkte setzen. Daher müssen wir natürlich auch den weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur hinterfragen.

Allein der Neubau von Verkehrswegen schafft nicht die Mobilität, die sich die Menschen wünschen und die unser Land auch braucht. Mobilität braucht nicht nur neue Verkehrswege - neue Autobahnen, neue Umgehungsstraßen und vierspurige Landstraßen -, sondern vor allem auch die optimale Nutzung der vorhandenen Systeme und deren Verknüpfung miteinander. Deshalb ist es genauso wichtig, miteinander über die Fortentwicklung moderner Verkehrstechnologien zu diskutieren, als ständig populistische Argumentationen wiederzukäuen.

Zu einer modernen Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen gehört der Metrorapid. Er wird demnächst zwischen Dortmund und Düsseldorf fahren, um das klar zu sagen. Sie werden es sehen. Ich halte Ihnen einen Platz frei, wenn Sie sich tatsächlich noch einen Funken von Verantwortung gegenüber unserem Land erhalten haben. - Der Metrorapid ist modern, schnell, sicher, umweltfreundlich und energieeffizient.

(Beifall bei der SPD)

- Ich freue mich über den Applaus in diesem Haus.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Warum klatschen denn nicht alle?)

- Ich weiß nicht, warum Sie nicht klatschen; denn Sie gehören doch auch zu denjenigen, die den Metrorapid unterstützen.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Ich bin dafür!)

Die rechtlichen Verpflichtungen, die das Land in diesem Jahr zur Vorbereitung einer schnellen und umfassenden Planung des Metrorapid eingegangen ist, sind im Haushaltsplan 2003 ausgewiesen und finanziell abgesichert. Wir haben unseren Beitrag, unsere finanziellen Leistungen erbracht.

Jetzt - das muss man deutlich sagen - ist der Bund am Zuge. Die Koalitionsfraktionen unterstützen nachdrücklich die Haltung der Landesregierung zur Verwirklichung des Metrorapid, die der Ministerpräsident gegenüber der Bundesregierung vertreten hat.

Der Bund hat mit der von ihm in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie den Nachweis der technischen und finanziellen Machbarkeit erbracht. Aus der manchmal chaotischen Berichterstattung, die in weiten Bereichen von durchgestochenen Papieren lebt, geht überhaupt nicht mehr hervor, dass der Bund diese Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben hat, die zu dem Ergebnis gekommen ist, dass das Ganze technisch machbar und finanziell darstellbar ist.

Die Landesregierung hat zugesagt, auf dieser Grundlage ein präzises Finanzierungskonzept zu erarbeiten und Ende Januar bzw. Anfang Februar 2003 vorzulegen, und zwar erst den Fraktionen dieses Parlamentes und dann dem Bund. Wenn dieses Finanzierungskonzept überzeugend ist, wird es auch den Bund überzeugen. Wir erwarten, dass der Bund dann unverzüglich die erste Rate der Bundesmittel in Höhe von 200 bis 300 Millionen € bereitstellt und entsprechende Verpflichtungsermächtigungen in den Bundeshaushalt des nächsten Jahres einstellt.

Damit ist die Diskussion um den Metrorapid hoffentlich zu Ende; denn dann wird er gebaut. Ich verspreche Ihnen, dafür zu sorgen, dass eine Delegation von Ihnen mitfahren darf: nicht alle - das wäre zuviel verlangt -, aber einige von Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wie ich schon angedeutet habe, ist die Haushaltssituation der Kommunen schwierig. Manch einer nennt sie dramatisch. Die Kommunen leiden genauso wie unser Land unter den ausgefallenen Steuereinnahmen.

Ich frage mich allerdings - ich will dieses Thema aber nur am Rande streifen -, warum Sie die Diskussion über die Gewerbesteuer entfacht haben, Herr Dr. Rüttgers. Ich kann es nicht verstehen. Damit entziehen Sie den Kommunen eine originäre Einnahme, bei der sie ein Hebesatzrecht haben, und kappen letztlich die Verbindung zwischen Wirtschaft und kommunalen Interessen. Ich kann das nicht begreifen. Auch einige Ihrer Oberbürgermeister haben Ihnen gesagt, dass Sie da auf dem Holzweg sind.

Deshalb ist das von Ihnen heute vorgetragene Zukunftsprogramm der CDU auch in Ihren Reihen zumindest in ganz wesentlichen Teilen umstritten und nicht die einhellige Meinung der CDU in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der CDU: Darüber brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen!)

Die vom Bundesfinanzminister eingesetzte Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen arbei-

tet mit Hochdruck. Wir hoffen, dass auf diese Weise die kommunalen Steuereinnahmen auf einem verbesserten Niveau stabilisiert werden können und der Interessenzusammenhang zwischen Kommunen und örtlicher Wirtschaft gewahrt werden kann. Wir wollen, dass die Kommunen größere Spielräume für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erhalten. Deshalb unterstützen wir die Vorhaben der Landesregierung, staatliche Vorgaben für die Kommunen weiter zu reduzieren.

Mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz fordern wir die Solidarität der steuerstarken mit den steuerschwachen Kommunen ein. Ich sage das ganz deutlich; denn dieser Punkt hat natürlich auch in unseren Reihen zu intensiven Diskussionen Anlass gegeben. Ein Teil der Investitionspauschale wird in einer investiven Form den Schlüsselzuweisungen zugeschlagen. Das bevorzugt die so genannten ärmeren Kommunen gegenüber denjenigen, die man im Vergleich zu den anderen noch als relativ reich bezeichnen kann, wobei dieser Begriff hier nur mit Vorsicht zu benutzen ist.

Meine Damen und Herren, wir sind stolz darauf, dass heute ein Haushaltsplan für das Jahr 2003 vorliegt und verabschiedet wird, der trotz aller Umschichtungen und Sparmaßnahmen bewährte Strukturen sichert. Ich will einige Punkte aufzählen, die in der Vergangenheit eine große Rolle gespielt haben.

Die Erziehungsberatungsstellen der Städte erhalten auch im nächsten Jahr Zuschüsse des Landes.

Die Kürzungen bei Beratungsstellen für Frauen, zur Aidsprävention und Suchtberatung konnten deutlich abgemildert werden. Das gilt auch für die Hilfen für behinderte und pflegebedürftige Menschen und für Wohnungslose.

Die Übungsleiterpauschale für Sportvereine erreicht annähernd das Niveau des Vorjahres.

Fördermaßnahmen für Kinder und behinderte junge Erwachsene werden im Landesjugendplan auf dem Niveau des Vorjahres veranschlagt.

Wir haben - das ist ebenfalls ein wichtiges Thema, meine Damen und Herren - die Weichen in Richtung Budgetierung der Personalausgaben des Landes bis Ende 2003 gestellt. Das werden wir heute - wahrscheinlich einstimmig - mit einem gemeinsamen Entschließungsantrag aller Fraktionen festschreiben. Der Einsatz betriebswirtschaftlicher Steuerungselemente wird also ausgebaut.

Der Landeshaushalt 2003 ist ausgeglichen. Er ist reformerisch und enthält auch strukturelle Veränderungen. Die Kraftanstrengung hat sich gelohnt;

denn trotz aller Einsparungen haben wir an unseren politischen Zielen konsequent festgehalten.

Diese Ziele sind: Wir investieren in die Zukunft unserer Kinder; wir investieren in Schule und Hochschule; wir investieren in den Strukturwandel unseres Landes; wir fördern den Jobmotor Mittelstand so stark, wie wir können; wir werden unserer sozialen Verantwortung für die Menschen in unserem Land gerecht, die auf die Hilfe des Staates dringend angewiesen sind.

(Beifall bei der SPD)

Es wird Sie nicht wundern, wenn ich nach einer solchen Rede sage: Wir stimmen dem Haushaltsentwurf, so, wie er vom Parlament beraten wurde, in dritter Lesung zu.

Wir lehnen den Entschließungsantrag der CDU aus Überzeugung ab. Wir hätten gerne mit Ihnen in den Haushaltsplanberatungen über einzelne Teile dieses Entschließungsantrags diskutiert. Sie haben sich dieser Diskussion entzogen. Deshalb dürfen Sie sich nicht wundern, wenn wir sagen: So geht das mit uns nicht!

Wir sind für eine seriöse, belastbare, verantwortbare Politik. Aber wir sind nicht für Schauanträge. Wir wollen Solidität für unser Land, Solidität in der Finanzpolitik und in der Haushaltspolitik. Wir wollen hier keine Stellvertreterkämpfe austragen, die eigentlich auf Landesparteitage gehören.

Meine Damen und Herren, unser Land steht trotz aller Schwierigkeiten vor einer guten Zukunft. Wir sagen - wenn das auch dem einen oder anderen nicht gefallen sollte, weil er ein anderes Wort gewöhnt ist - unserem Land ein herzliches Glück auf!

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Moron. - Für die Fraktion der FDP hat Herr Dr. Wolf das Wort. Bitte schön.

**Dr. Ingo Wolf (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Moron, Sie haben, wie Sie das stets tun, die Opposition gescholten, sie werfe hier Illusionen in den Raum. Polemik gleich schon einmal in meine Richtung, obwohl ich noch gar nicht gesprochen hatte. Wir werden sehen, ob Sie auch bereit sind, die Realität zur Kenntnis zu nehmen.

Lieber Herr Moron, der Pleitegeier kreist nicht mehr nur über dem Land, er setzt bereits zur Landung an. Der Insolvenzverwalter steht vor der Tür. Das gilt nicht nur für die Deutschland Holding,

sondern auch für die NRW AG. Die Zahlungsfähigkeit erhalten Sie über Kreditaufnahme noch mühsam aufrecht. Die Überschuldung ist längst Realität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Der dramatische Schuldenberg von Bund, Ländern und Gemeinden ist eben keine Illusion, sondern bittere Wahrheit. Die Zahl von 1.300 Milliarden € spricht hier Bände. Weil es aber eine Zahl ist, die man nicht fassen kann, will ich Ihnen diese gerne herunterbrechen: Die Pro-Kopf-Verschuldung der Bundesbürger im Jahre 2002 wird bei 15.000 € liegen, egal ob Kleinkind oder Greis.

Herr Moron, wenn Sie mir Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit schenken könnten, da Sie gerne die Erblast bemühen: 1998 lag die entsprechende Verschuldung noch bei 14.000 €. Sie haben schon wieder draufgelegt. Nichts ist mit Schuldenabbau unter Rot-Grün!

Das Gleiche gilt auch für die Pro-Kopf-Verschuldung hier im Land. Jeder Bürger dieses Landes ist 2002 mit 5.000 € belastet. 1995, als Rot-Grün hier das Zepter übernahm, waren es noch 3.500 €. Sagen Sie mir bitte, wo da die Erblast eines Dritten ist! Das Aufbauen von zusätzlichen 1.500 € Schulden ist doch Ihr eigenes Werk.

(Beifall bei FDP und CDU)

Herr Steinbrück wird gleich wieder etwas einwenden. Auch im Vergleich mit anderen Flächenländern ist das, was hier passiert, ungünstiger. Da kann man nicht einfach sagen: Das ist die Unwahrheit, das ist eine Illusion. Das ist die blanke Realität!

Meine Damen und Herren, jede Sekunde 100 € zusätzliche Schulden für jeden Bürger, jeden Tag 13 Millionen € Zinsen. Ist das alles nur Illusion, Herr Moron? Ist das alles die Unwahrheit, die die Opposition vorträgt? Das heißt doch ganz klar, dass Sie hier eine Aufgabe nicht wahrgenommen haben,

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

der Sie sich mit Intensität hätten widmen müssen, nämlich für die kommenden Generationen vorzusorgen. Die Ursachen sind natürlich mitnichten ausschließlich die "böse" Globalisierung oder die Weltwirtschaft nach dem 11. September. Das ist Ihr Märchen, das Sie uns jedes Jahr hier vortragen.

Was sagen Ihnen die Wirtschaftsweisen? Sie schreiben Ihnen ins Stammbuch, dass natürlich außenwirtschaftliche Einflüsse nicht zu leugnen sind, dass aber ein sehr großer Teil unserer Probleme hausgemacht, weil strukturell bedingt, sind. Das müssen Sie verantworten.

Die Altlasten des Personalüberhangs in diesem Lande, angehäuft in den letzten 20, 30 Jahren, wollen Sie doch nicht den Terroristen vom 11. September anlasten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es ist Ihr eigenes Werk, das Sie hier angerichtet haben. Das Schöne ist: In Selbsterkenntnis wird von Herrn Steinbrück zugegeben, über die Verhältnisse gelebt zu haben. Ja, wer hat das denn zu verantworten, wenn nicht die Regierung?

Das heißt: Rot-Grün im Bund und Rot-Grün im Land ist eine Gleichung: Steuerausfälle, steigende Arbeitslosigkeit, fehlende Reformen bei den sozialen Sicherungssystemen, riesige Finanzlöcher. Wenn Expertenratschläge von den Wirtschaftsweisen kommen, gibt es so weise Menschen aus dem Bundestag, die das als "Professoren-Geschwätz" abtun, obwohl dabei eine nicht ganz geringe Zahl von Experten ist, die sogar Ihr Parteibuch haben. Dann fragt man sich: Was sind das denn für Politiker, die sich nicht in irgendeiner Weise von Leuten beraten lassen, die von Wirtschaft Ahnung haben?

In der Landespolitik: aus Fehlern nichts gelernt. Jahrelang verweigern Sie die Reformvorschläge. Wenn wir Ihnen Vorschläge machen - auch das ist heute von Ihnen wiederholt worden -, ist fehlende Seriosität immer das, was Sie uns ins Stammbuch schreiben. Seit Jahren machen wir konsequente und mutige Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung.

Der finanzpolitische Regierungskurs ist dagegen durch - was haben wir in diesem Jahr erlebt? - Neuverschuldung, Rasenmäher-Kürzungen und Luftbuchungen bei virtuellen Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst gekennzeichnet. Sie haben nicht einmal eine Bundesregelung dafür. Da schreiben Sie schon hinein, dass Sie in diesem Haushalt mehrere 100 Millionen € einsparen wollen.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das ist schlichtweg lachhaft.

Soliden Haushältern kann so etwas nur die Schamesröte ins Gesicht treiben. Wer erlebt, was Sie hier tun, kommt zu dem Schluss: Hier wird in

der Tat - ich sage das immer mit Vorsicht - sehr kreativ mit der Buchführung umgegangen, um nicht die etwas härteren Worte zu benutzen, die Herr Steinbrück nicht ganz so schätzt, die ihm von der anderen Oppositionspartei schon mal zugerufen werden.

Zu den plötzlichen Einsparungen im Landeshaushalt - lassen Sie sich das bitte einmal auf der Zunge zergehen! - 2,9 Milliarden € waren plötzlich zu verarbeiten. Als wir in den vergangenen Jahren, als die Lage viel besser war, nur zwei Drittel davon für eine Umstrukturierung einsetzen wollten, für Bildung, für Infrastruktur, war das unmöglich. Jetzt auf einmal schaffen Sie es mit einer sehr unseriösen Art des Umgangs, dieses Geld "einzusparen".

(Beifall bei der FDP)

Natürlich ist das nur ein Löcherstopfen, keine Innovation. Unsere Vorschläge zur Umstrukturierung zugunsten von Bildung, Verkehr, innere Sicherheit und sozialen Anliegen in der Kommune, die auch in unserem Entschließungsantrag ihren Niederschlag finden, werden von Ihnen schlichtweg nicht zur Kenntnis genommen.

An dieser Stelle, Herr Moron, ein kleiner Schlenker zum Thema Seriosität der Haushaltsplanberatungen. Abgesehen davon, dass wir eine ganze Reihe von Vorschlägen eingebracht haben: Dieses Hauruck-Verfahren im Schweinsgalopp nun in irgendeiner Weise als angemessen, insbesondere für die Oppositionsparteien, zu bezeichnen, das ist schon keck.

(Beifall bei der FDP)

Es ist schon wirklich keck, wenn uns Ihre Vorlagen morgens auf dem Tisch liegen und Sie zwei Stunden später entsprechende Beratungen und Verhandlungen erwarten, was wir dann ja entgegenkommender Weise sogar gemacht haben. Da muss man schon sagen: Wenn es um Seriosität geht, brauchen wir uns gegenseitig nichts vorzuwerfen.

Wenn ich höre, dass Herr Steinbrück für die Zukunft unserer Kinder erfolgreich sparen will - sein Motto des Haushalts 2002 -, kann ich nur sagen: Jetzt zahlen Sie für die erfolglose Politik der rot-grünen Bundes- und Landesregierung. Demographischer Wandel und Generationengerechtigkeit hinterlassen keine Spur in Ihren Haushalten.

(Beifall bei der FDP)

Das muss man doch einmal offen sagen, Herr Moron.

Natürlich müssen dabei auch Finanzierungsquellen angesprochen werden, die Ihnen nicht nur angenehm sind. Ich sage mit Blick auf die neueren Bekundungen in der Presse: Der Verzicht auf die Einstellung entsprechender Beträge für die Verzinsung des Wfa-Vermögens in den Haushalt ist aus unserer Sicht nicht in Ordnung. Zunächst einmal ist festzuhalten: Das ist eine wunderbare Niederlage dieser Landesregierung, die sich ja jahrelang den EU-Auffassungen widersetzt hat und, wie auch an anderer Stelle, erst auf massiven Druck nachgeben wird und nachgeben muss. Ich nenne nur das Stichwort: Umbau der WestLB, Herr Steinbrück, den Sie letztens noch als Eigeninitiative gefeiert haben, der aber natürlich nur auf Druck von Europa zustande gekommen ist. Sie können doch nicht den Eindruck vermitteln, als hätten Sie das selber aus eigener Kraft hinbekommen. Natürlich reagieren Sie nur, wenn Europa Ihnen auf die Füße tritt. Beim Wfa-Vermögen ist das ein neuer europarechtlicher Fehlschlag.

Wir sind natürlich dafür, dass dieses Geld dahin kommt, wo es hingehört, nämlich in die Bildung. Herr Steinbrück, Sie sollten in der Tat die Interessen des Landes vertreten und nicht als spendabler Sponsor einer Großbank auftreten. Wir haben Ihnen immer gesagt: Das Ziel muss das Ansteuern einer materiellen Privatisierung der WestLB sein. Wir als Land müssen uns keine Geschäftsbank halten. Dann könnten Sie uns auch - Frau Koczy ist leider nicht da - von der Diskussion um Pipelines in Ecuador befreien.

(Beifall bei der FDP)

Das hat hier überhaupt nichts zu suchen. Wir können eine öffentlich-rechtliche Förderbank haben, aber wir brauchen keine Geschäftsbank.

Das Thema Entbürokratisierung ist auch etwas, Herr Moron, was Sie in Ihren Reden immer beschwören. Aber wir erleben natürlich auch hier im Land das Gegenteil. Das ist nicht immer nur der böse Bund. Herr Steinbrück, Ihr Finanzminister Dieckmann hat am 5. Dezember gesagt: Wir haben uns in einem Dschungel von Vorschriften eingerichtet und sind dabei fast unbeweglich geworden; das gilt es zu ändern. - Ihr Minister hat Recht, Herr Steinbrück. Sie müssen ran, aber mit der Machete und nicht mit der Nagelschere.

Wir haben Ihnen ein Entbürokratisierungsgesetz, ein Bürokratieabbaugesetz vorgelegt, das Sie immer wieder verzögert und verschleiert haben. Sie nehmen Teile heraus und sagen: Die Befristung von Gesetzen gefällt mir ganz gut. - Aber wir erleben nicht, dass Sie sich intensiv mit dem Thema Bürokratieabbau befassen. Dazu gehören

nämlich mehrere Elemente, nicht nur ein kleines Element, sondern es ist ein ganz großes Vorhaben, uns von Bürokratie zu befreien. Denn nur dann, wenn wir das schaffen, gelingt es uns auch, weniger Personal zu beschäftigen und damit auch weniger Kosten zu verursachen.

(Beifall bei der FDP)

Das muss man an dieser Stelle immer wieder deutlich sagen. Es reicht eben nicht aus, die Personalkosten einfach zu beklagen: 20 Milliarden €, 41 % der Gesamtausgaben auch wieder in diesem Haushalt. Ich erwarte von der Landesregierung dann auch massives Einsetzen für das Senken dieser Kosten. Davon ist nichts zu spüren.

Das Gleiche gilt für die Pensionsaufwendungen. Da werden immer große Reden gehalten und Kommissionen eingesetzt. Aber machen wir uns doch nichts vor: Die Lösung, die Sie einmal angedacht haben, ist in Ihrer Schublade verschwunden. Die Mini-Vorsorge für neu einzustellende Beamte ist kassiert worden, obwohl Sie wissen, dass wir in den nächsten 20 Jahren eine Verdoppelung der Zahl der Versorgungsempfänger haben werden und die Ausgaben für Versorgungszwecke rapide ansteigen werden: von 18 % des Haushalts 2002 auf 30 % im Jahre 2020. Das ist eine Perspektive, die einen schaudern lässt, und ich sehe in Ihrem Haushaltsgebaren nicht den Ansatz einer Besserung.

Staatsaufgaben abbauen und Personalkosten reduzieren, das ist das entscheidende Moment zur Verbesserung der finanziellen Lage dieses Landes, Herr Steinbrück,

(Beifall bei der FDP)

und nicht, das verbleibende Personal im öffentlichen Dienst permanent kujonieren. Sie sollen es ordentlich bezahlen und ordentlich behandeln. Stattdessen fällt Ihnen nur fantasieloses Abkassieren durch Einkassieren der Gelder für die Leistungsprämie ein, in hohem Maße demotivierend, dann fallen Ihnen verfassungsproblematische Kostendämpfungspauschalen und Beförderungssperren über mittlerweile 18 Monate ein. Wir haben darüber debattiert. Sie haben inzwischen eine Zweiklassengesellschaft geschaffen: in budgetierten Bereichen keine Beförderungssperre, in den übrigen im Jahre 2002 leider immer noch nicht budgetierten Bereichen 18 Monate. Erklären Sie bitte einmal den Kolleginnen und Kollegen, was das noch mit Gerechtigkeit zu tun haben soll! Das ist schlichtweg nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der FDP)

Nachhaltige Einsparungen im Personalhaushalt werden nur durch Aufgabenwegfall und Entbürokratisierung geschaffen. Das gilt auch für den Bereich der inneren Sicherheit. Natürlich haben Sie Recht, dass wir das Personal nicht unendlich aufstocken können. Da sind wir gar nicht auseinander. Aber Sie müssten es doch schaffen, durch Abbau von bürokratischen Regelungen und Neustrukturierung in den Verwaltungen auch die entsprechenden Personalien freizusetzen.

Natürlich kann man Polizei anders organisieren. Es ist unser liberales Ziel, die Leute nicht in den Amtstuben, sondern auf der Straße zur Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürger präsent zu haben.

(Beifall bei der FDP)

Dieses wird dann auch die Kriminalitätsraten senken. Es ist Ihnen immer wieder und auch zu Recht vorgehalten worden, dass es in den letzten Jahren mitnichten besser geworden ist. Im Gegenteil! Es zeugt von Wahrnehmungsunfähigkeit, wenn man an Statistiken vorbeigeht. Das hat nun nichts mit liberaler oder christdemokratischer Illusion zu tun, sondern das sind Zahlen, die Sie selber in Ihren eigenen Behörden erheben. Dazu kann ich nur sagen: Hier müssen Sie ran.

Das Gleiche gilt im Strafvollzug. Personalverstärkung im Schichtdienst ist hier das Stichwort. Auch an dieser Stelle ist eine entsprechende Prioritätensetzung notwendig.

Das Gleiche gilt natürlich auch im Justizbereich. Man kann lange darüber debattieren, ob unser Gerichtssystem insgesamt nicht zu ausufernd ausgestaltet ist, aber eine Verkürzung der Bearbeitungszeiten im Bereich der Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit ist unverzichtbar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Die Wirtschafts- und Arbeitskomponente ist von Ihnen in verschiedenen Reden immer wieder thematisiert worden. Herr Moron, Sie setzen natürlich immer auf staatliche Instrumente; das haben Sie auch heute wieder deutlich werden lassen. Dabei ist doch Bürokratieabbau gelebte Mittelstandsförderung. Auch wenn Sie die geringen Standards und die kleine Anzahl von Genehmigungsvorbehalten in allen entsprechenden Antragsverfahren preisen - die Leute vor Ort berichten vom Gegenteil. Sie werden nämlich in all diesen Verfahren stranguliert. Unser Interesse ist, dass im Bereich der bürokratischen Regeln ein Kahlschlag erfolgt. In der Tat reicht es nicht mehr, nur ein bisschen an den Schräubchen zu drehen.

Ihr Interesse am Mittelstand ist natürlich zugegebenermaßen nicht allzu groß; das erleben wir immer wieder. Die Pleitewelle in kleinen und mittleren Betrieben - 7.000 in den ersten neun Monaten, und bis zum Jahresende werden 10.000 erwartet - ist ein trauriger Rekord. Er wird von Herrn Steinbrück jedes Mal mit dem Argument kleingeredet, da seien ja auch einige Neugründungen hinzugekommen. Meine Damen und Herren, es ist ein katastrophales Ergebnis von Mittelstandspolitik, wenn permanent so viele kleine Mittelständler über die Wupper gehen.

(Beifall bei der FDP)

Die Ursache für derartige Pleiten liegt natürlich in der Politik in diesem Land. Im Bund und im Land sind das die rot-grüne Steuer- und Abgabenerhöhungspolitik, das Suchen nach Steuerschlupflöchern, das nur kaschieren soll, dass man den Leuten noch mehr aus der Tasche ziehen will, die Vermögensteuer, die einige Zeit ja durch die Gegend getragen wurde - Herr Steinbrück, ein formidabler Eiertanz, ein Zickzackkurs, den Sie da mit einem letztlich ungeordneten Rückzug hingelegt haben -, und jetzt die Abgeltungssteuer. Hauptsache mehr Einnahmen für den Staat!

(Beifall bei der FDP)

Das ist Ihre Devise, die Sie noch am letzten Montag in der "WAZ" zur Kenntnis gegeben haben. Natürlich haben Sie sich auch wieder dazu hinreißen lassen, zweckgebundene Einnahmen für die Bildung zu fordern. Dabei weiß jeder Volkswirtschaftsstudent im ersten Semester, dass Steuern allgemeine Deckungsmittel sind; es gibt da keine Zweckbindung. Aber das steht wortwörtlich in der Zeitung; Sie können es selber nachlesen. Sie haben es auch hier schon an verschiedenen Stellen gesagt. Das Ganze geschieht doch nur, um zu kaschieren, dass Sie die finanzielle Prioritätensetzung in die richtige Richtung einfach nicht wahrhaben wollen.

Zum Schluss waren Sie nur noch Kanonenfutter für Schröder, als er Führungskraft demonstrieren musste, nachdem wochenlang Kakophonie herrschte und er kalte Füße bekommen hat.

(Beifall bei der FDP)

Mit Herrn Gabriel ist er mittlerweile vereint; die haben sich ja schon regelrecht umarmt und wieder richtig lieb. Bei Ihnen ist es offensichtlich noch nicht ganz so weit, weil Sie ja laut eines Zitats von Pinschern gesprochen haben. Ich kann nur sagen: Es ist blamabel, wenn man sich auf einen solchen Weg begibt, bei dem zu erkennen ist, dass es der falsche Weg ist.

(Beifall bei der FDP)

Das ist das Entscheidende. Es war von vornherein klar.

Das Gerede von der Vermögensteuer ist standortschädlich für NRW - machen wir uns da nichts vor -, sonst hätten Sie ganz locker sagen können: Lassen wir zu, dass die Länder sie erheben können, die dies wollen. - Sie wissen doch ganz genau, dass sofort entsprechend Kapital abfließt, wenn die Landschaft in dem Bereich unterschiedlich ist. Ich habe keine Angst vor einem solchen Wettbewerb. Fördern Sie ihn ruhig. Das Entscheidende aber ist, dass diese Vermögensteuer im Kern falsch angelegt ist - nämlich als Substanzsteuer, als eine Steuer, die in den Mittelstand hineinreicht und letztendlich Altersvorsorge bestraft. Wenn Sie nach diesem Motto arbeiten, kann ich dazu nur sagen: Wenn Sie nach "Rasen für die Rente" und "Rauchen für den Frieden" jetzt als Robin Hood auch noch "Sukzessive Enteignung für die Bildung" fordern, werden wir das nicht mitmachen, Herr Steinbrück.

(Beifall bei der FDP)

Schön ist es auch immer, wenn Sie in solchen Interviews plötzlich Ihr Herz für Amerika entdecken und feststellen, dass die dort eine höhere Substanzbesteuerung haben. Dabei lassen Sie völlig außer Acht, dass die Umstände im Übrigen ganz andere sind. Und wenn Ihnen einer "Wisconsin" bei der Sozialhilfedebatte zuruft, dann sagen Sie sofort: Nein, da machen wir aber nicht mit!

(Zuruf von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

Sie können sich nicht immer das Schöne aussuchen und es passend machen. Lassen Sie uns also das Thema richtig miteinander vergleichen. Dann werden Sie feststellen, dass wir in diesem Land in der Tat eine unglaubliche Steuer- und Abgabenbelastung haben, die eben abgeschafft gehört und nicht durch neue Steuern an irgendeiner Stelle weiterhin erhöht werden sollte. Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der FDP)

Die Formel "höhere Steuertarife gleich höhere Steuereinnahmen" ist und bleibt falsch. Nur niedrigere Steuersätze schaffen letztendlich mehr Konsum, mehr Investition, mehr Wachstum und mehr Staatseinnahmen. Das müssen Sie ebenso zur Kenntnis nehmen wie die Tatsache, dass die Kohlesubventionen abgeschafft gehören. Herr Moron, es nutzt nichts, dass Sie das immer wieder leugnen.

Hier wird einseitig Klientelpolitik betrieben. Machen wir uns da nichts vor.

(Beifall bei der FDP)

Für uns als Liberale ist der Physiotherapeut in einem Kurort genauso viel wert wie der Beschäftigte im Bergbau. Nur: In der Gemeindefinanzierung kürzen Sie bei den Kurorten 50 % und nehmen so in Kauf, dass die Leute in die Arbeitslosigkeit geschickt werden.

(Zustimmung bei der FDP)

Umgekehrt soll beim Bergbau alles so bleiben, wie es ist.

(Zustimmung bei der FDP)

Wir werden das nicht mitmachen. Ich sage Ihnen auch: Ihr früherer Ministerpräsident hat ja immer „Medien statt Kohle“ gerufen. Dafür hat er Ihren Beifall bekommen. Wir sagen: Bildung statt Kohleförderung.

(Beifall bei der FDP)

Dafür erleben wir Zeter und Mordio aus Ihren Reihen. Ich sage nur: Wer das in dieser Weise betreibt, handelt unverantwortlich.

Im Übrigen wissen Sie auch, was aus Ihrer HDO-Investition, die mittlerweile ein kurioses Ende nahm, geworden ist: Clement gegen Steinbrück - der "Superminister" muss gegen sein eigenes, altes Land klagen: Ergebnis offen, Blamage - so oder so - sicher.

Sie stehen nicht für einen zügigen Strukturwandel. Wir wollen dem Ruhrgebiet in der Tat eine eigenständige Lösung ermöglichen - Herr Horstmann ist jetzt leider nicht unter uns -, nicht nur ein bisschen Freiheit, an der die Bezirksregierungen dann doch wieder herumfummeln. Vielmehr wollen wir ihnen richtige Freiheit, also Planungskompetenz, geben. Schaffen Sie die Möglichkeit zu eigenverantwortlichem Handeln in einer Ruhrstadt; dann wird sich da auch etwas bewegen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der FDP)

Liebe Freunde, der Weg aus der Schuldenfalle ist nur möglich, wenn wir uns an dieser Stelle in einen schlanken Staat bewegen, nicht aber in einen Staat, wie ihn sich Herr Müntefering vorstellt, der sich als Konsumfeind geoutet hat und lieber als oberster Steuereintreiber durch die Gegend läuft.

Hier brauchen wir Klarheit und Wahrheit. Der demographische Wandel ist dramatisch. Das Gesundheitssystem ist eine Riesenherausforderung, und wir erleben, dass noch nicht einmal kleinste

Ansätze zu einer Reform, wie das TKK-Modell zur Eigenbeteiligung, auf ungeteilte Zustimmung treffen. Erst einmal wird versucht, das Ganze zu verhindern. Jetzt gibt es ein Probemodell, das wir allerdings flächendeckend haben müssten.

Gesundheit ist ein Thema der Zukunft, ebenso wie die Altersentwicklung in diesem Lande und die Entwicklung der Zahl der Menschen mit Handicaps. Hier kommen dramatische Zahlen und somit Haushaltsbelastungen auf uns zu, die alle ausgeblendet werden. Ich kann nur sagen: Wenn Sie glauben, bei der Rente mit ökofinanzierten Reformen über die Runden zu kommen, werden Sie sich noch wundern. Die Belastung der Landschaftsverbände durch die Betreuung behinderter Menschen wird binnen weniger Jahre von 2 auf 3 Milliarden € steigen. Das sind finanzielle Zeitbomben, die Sie überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen.

Wir wollen an dieser Stelle umsteuern. Sie bleiben in Kommissionitis verhaftet. Auf Bundesebene werden Kommissionen gegründet, deren Ergebnisse - vorsichtig gesagt - nicht umgesetzt werden. Das Gleiche gilt auch hier. Wir haben runde Tische, 90 Stück an der Zahl. Sie alle bringen uns nicht weiter. Sie sorgen dafür, dass sich das Land und damit auch die Menschen weiterhin verschulden. Trotz leerer Kassen 3,5 Milliarden € allein für die Steinkohle auch im nächsten Jahr - das ist kein erfolgreiches Sparen für die Zukunft, wie es an dieser Stelle immer beschworen wird.

(Zurufe von der SPD)

Sie haben kein Geld für zusätzliche Lehrer. Sie haben kein Geld für die bauliche und technische Modernisierung in den Schulen. Sie haben kein Geld für die sozialen Anliegen in den NRW-Kommunen. Dies ist Ihre Bilanz. Bei allen Steuer- und Abgabenerhöhungen in den vergangenen Jahren war Herr Steinbrück dabei.

Verfassungsproblematische Landeshaushalte haben wir auch in diesem Land. Sie haben sich auf Hessen kapriziert. Wir werden sehen, was der Verfassungsgerichtshof zu diesem Haushalt sagt. Wir sollten auch hier nicht übersehen, dass Sie immer ganz haarscharf Kante fahren.

(Edgar Moron [SPD]: Die Zeiten sind auch schwierig!)

- Ja, ja. - Das zeigt sich daran, dass Sie in den letzten zwei Jahren ungeniert 10 Milliarden € neue Schulden gemacht haben

(Edgar Moron [SPD]: Wieso ungeniert?)

- ungeniert -, sich dann als Sparapostel hier aufstellen und sagen, Sie würden für die Zukunft arbeiten. Wir sagen: Rufen Sie Herrn Sengera an und teilen Sie ihm die Kontonummer des Bildungskontos mit.

(Beifall bei der FDP)

Dort werden die 800 Millionen € plus Zinsen dringend gebraucht. Nehmen Sie das Geld für Schulbausanierungen. Das geht unmittelbar in die Wirtschaft. Es bringt Arbeitsplätze und wiederum Steuereinnahmen. Nehmen Sie die andere Hälfte für die Sicherstellung des Unterrichts. Die Kinder vor Ort brauchen Lehrer, die sie unterrichten, aber keine Lehrer, die draußen stehen bleiben, weil sie nicht eingestellt werden können, da Sie das Geld nicht zur Verfügung stellen.

Hier muss umgesteuert werden. Wenn Sie das nicht tun, werden Sie bei der Bildung nicht vorankommen. Tun Sie bitte nicht so, als ob wir ein Jahr nach PISA irgendwo nennenswert etwas geändert hätten. Das wird den Leuten zwar immer erzählt, aber das Gegenteil ist der Fall. Nach wie vor haben wir Unterrichtsausfall und zu große Klassen.

Herr Moron, dann höre ich, dass Sie uns die offene Ganztagschule als Erfolg verkaufen: Zunächst einmal wollen wir das Ding herunterzonen. Auch nach Ihren Vorstellungen ist das allenfalls eine bedarfsorientierte Ganztagsbetreuung. Das ist genau der Begriff, den die FDP an dieser Stelle verwendet. Es handelt sich nämlich gerade nicht um Schule, und es soll auch keine Zwangsschule sein, die den ganzen Tag dauert. Wir wollen nur denjenigen eine Hilfestellung geben, die in der Tat eine solche bedarfsorientierte Betreuung in Anspruch nehmen möchten. Das ist auch bei Ihnen nicht anders. Aber Sie nennen es - schickmodern - "Ganztagschule", was sie jedoch in Wahrheit nicht ist.

Wir wollen die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und natürlich auch die Betreuung von Kindern, deren Eltern sich aus der Erziehungsverantwortung verabschiedet haben bzw. leider Gottes immer noch verabschiedet. Fordern und fördern Sie aber bitte im richtig verstandenen Sinne. Wie kann man in einer solchen Situation 5,5 Millionen € für die Pädagogik in der Jugendsozialarbeit kürzen? Das frage ich mich in der Tat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man all das so wichtig findet, muss man zugunsten von sozial benachteiligten Kindern auch etwas tun und - das ist genauso wichtig, da

sind wir uns sogar einmal einig - den entsprechenden frühen und sprachlich orientierten Bildungseinstieg wählen. In kaum einem anderen Bundesland - das ist für Sozialdemokraten und Grüne wirklich ein peinliches PISA-Ergebnis - ist die soziale Herkunft so prägend, so vorherbestimmend für den Bildungserfolg eines Kindes wie in Nordrhein-Westfalen. Das können Sie nicht leugnen, Herr Moron.

(Edgar Moron [SPD]: Das tun wir überhaupt nicht!)

- Dann fragen Sie sich doch, wer hier seit Jahrzehnten regiert. Haben diejenigen regiert, die auf der rechten Seite sitzen, oder diejenigen, die auf der linken Seite sitzen? Irgendwo müssten Sie doch einmal zugeben, dass Sie sich verritten haben - "vergaloppiert" kann man heute auch schon sagen, dank der Reiterstaffel. Ich sage nur: Stoppen Sie die Gesamtschulfreundin Löhrmann mit ihren ideologieverbrämten Experimenten, die jetzt bis zur 10. Klasse alle Kinder in einen Raum stecken will, damit sie individuell besser gefördert werden.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie sind ideologisch! - Edgar Moron [SPD]: Das will das baden-württembergische Handwerk!)

- Herr Moron, damit Sie etwas hören, was richtig ist und was Sie einfach einmal aufnehmen sollten: Versuchen Sie es doch mit der Trilogie Freiheit, Leistung und Wettbewerb.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das sind die zentralen Elemente eines Bildungssystems, und es sind auch die Elemente eines modernen Staates. Für rot-grüne Etatisten ist das natürlich ein Graus. Sie bedienen uns mit Scheinreformen. Die "Selbstständige Schule": Haben Sie sich das vor Ort einmal alles angeschaut? Was ist denn selbstständig daran? Das ist ein bisschen Scheinselbstständigkeit, die Sie da produzieren. Für Scheinselbstständige sind Sie ja Spezialisten.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir brauchen klare Reformschritte, die in vielen Fällen noch nicht einmal Geld kosten. Die Einschulung mit fünf Jahren fordern wir seit vielen Jahren. Erste Fremdsprache in der Grundschule ab Klasse 1 - das kostet zwar Geld, aber wir sind dafür, Herr Steinbrück. Verbindliche Grundschulgutachten beim Übergang in die weiterführende Schule - das kostet kein Geld. Mittelstufenprüfungen - die kann man auch organisieren mit dem großen Beamtenapparat, den Sie aufgebaut haben. Abitur grundsätzlich nach zwölf Jahren - die

Bürokratie kann das bis zum nächsten Schuljahr schaffen. Kein Thema!

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Hier muss man einfach nur einmal sagen: Wenn man will, kann man auch. - Aber Sie wollen einfach nicht.

Genauso wie die ZVS längst abgeschafft gehört, damit Freiheit auch in die Hochschullandschaft kommt!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der FDP)

Ich sage Ihnen an dieser Stelle - Frau Löhrmann wird das gleich wieder mit Verve zitieren - zu diesem unsinnigen Vergleich mit Finnland nur: Ich wäre froh, wenn Nordrhein-Westfalen mit den Vertretern des dreigliedrigen Schulsystems, nämlich Bayern, Baden-Württemberg und Österreich, wenigstens mithalten könnte.

(Edgar Moron [SPD] und Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: In Österreich gibt es gar keins mehr!)

Sie schaffen doch noch nicht einmal das Ergebnis

(Beifall bei der FDP)

und versuchen, uns immer irgendwelche Wolkenkuckucksheime zu verkaufen! Wir hätten gerne einfach einmal das: weniger Experimente in den Schulen, klare Freiheit für die Schulen, Leistungsanforderungen und -kontrolle. Dann passiert auch etwas.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Nicht, was Sie uns erzählen wollen: immer wieder nur Unvergleichliches vergleichbar machen!

Natürlich braucht man an dieser Stelle auch Geld; das haben wir deutlich werden lassen. Wir haben auch gesagt, dass es Finanzierungsquellen gibt und dass man an dieser Stelle einfach Schwerpunkte setzen muss im Sinne genau dessen, was Herr Steinbrück an anderer Stelle immer sagt: für die Zukunft unserer Kinder.

Aber bei einer Landesregierung, bei der Ganztagsbetreuung oder Sprachkurse Mehrausgaben im einstelligen Millionenbereich verursachen, kann ich keine bildungspolitische Kompetenz erkennen. "Stillstand der Rechtspflege" würde er im juristischen Bereich sagen. Da tut sich gar nichts. Wir reklamieren an dieser Stelle, dass Sie für diese Zukunftsaufgabe kein Geld haben.

Das Gleiche gilt natürlich auch für die Infrastruktur. Da haben Herr Moron und Herr Steinbrück ja nun eine seltsame Allianz geschlossen: Schuld sind die, die im Stau stehen. - Ich kann nur sagen: Wir werden Ihnen das nicht durchgehen lassen!

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wer seine Vermögenssubstanz so nachhaltig vernachlässigt - das ist im Straßenbau der Fall - der muss sich das vorhalten lassen und der wird auch die Kritik der Bürger ernten. Sie haben das Glück, dass momentan nicht zu wählen ist. Ich könnte mir vorstellen, Sie hätten dabei im Moment ganz schlechte Chancen.

Dieses Stauchaos, das wir erleben, ist schlecht für den Wirtschaftsstandort. Es ist eindeutig so, dass wir mehr Investitionen brauchen. Das sagen Ihnen alle; das sagen sogar Sie. Nur sagen Sie auch: Wir haben kein Geld. - Das ist zu wenig. Das ist einfalllos.

Ausbau der Luftverkehrswege - Herr Sagel steht dahinten schon wieder Kopf -: Natürlich muss man an dieser Stelle sagen, dass auch der ein Wirtschaftsfaktor und vor allen Dingen auch ein Zukunftsfaktor ist.

Metrorapid: Sie haben, Herr Moron, die Zustimmung der FDP vermisst. Ich meine, Sie haben schon sehr häufig miterlebt, dass wir an dieser Stelle dieses zukunftsorientierte Verkehrsmittel mit Ihnen gemeinsam tragen. Das heißt allerdings nicht, dass wir Ihren Redebeiträgen im Übrigen sehr viel Applaus zukommen lassen können. Dazu sind sie für uns einfach zu schlecht; das muss ich sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben auch erlebt, dass sich bei Ihrem grünen Koalitionspartner bei diesem Thema nicht eine Hand gerührt hat. Das ist eben die ganze Verlogenheit: klammheimliche Zustimmung hier und Widerstand vor Ort. Das ist Glaubwürdigkeit grüner Politik, wie wir sie ja in vielen Bereichen kennen!

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wir wollen den Metrорapid in der Tat als ein nationales, letztendlich auch transeuropäisches Beförderungssystem. Es findet seinen Nukleus im Ruhrgebiet und soll sich dann weiterentwickeln. Das ist unsere feste Überzeugung. Das bringt Milliardeninvestitionen am Standort Nordrhein-Westfalen, die wir dringend brauchen, und das

bringt sicherlich auch mehrere Tausend neue Arbeitsplätze. Wir stehen hinter diesem Projekt.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

- Herr Sagel, Sie sind dagegen. Dann stimmen Sie einfach einmal dagegen, mit Herrn Eichenseher gleich noch in einem Boot! Wir können ja schauen, wie die Abstimmungen ausgehen. Wenn all die, die bei der grünen Partei heute nicht geklatscht haben, nicht mitstimmen, ist die Mehrheit futsch. Das müssen Sie klar sehen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Herr Steinbrück und Herr Clement allerdings so standhaft und einträchtig für den Metrорapid kämpfen wie bei der Vermögensteuer, dann kann ich nur sagen: Gute Nacht, Magnetschwebetechnik!

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Über Nacht könnte aus diesem Leuchtturmprojekt nämlich in der Tat wieder das werden, was ich Ihnen schon einmal sagte, nämlich ein Instrument, das beerdigt wird. Und Sie wären da der erste Totengräber.

Wir werden an dieser Stelle nicht müde zu sagen: Moderne Technik für Nordrhein-Westfalen, das ist ein Zukunftsprojekt, die FDP steht dahinter.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben schon viel über Kommunales gehört. Über soziale Anliegen in der Kommune ist nicht ganz so viel gesprochen worden. Ich möchte Ihnen das in der Tat sehr deutlich machen: Finanzen der Gemeinden sind nicht nur ein technisches Element, sondern haben auch sehr viel damit zu tun, was wir den Bürgern unten an sozialen Leistungen zukommen lassen.

Wenn ich dann von Ihnen höre, wie Sie das technisch abhandeln - Gemeindefinanzreform kein Thema, es läuft ja alles wunderbar -, kann ich nur sagen: Die Kommission ist zu spät und sie ist längst nicht weit genug in ihren Zielrichtungen. Sie ist kein Hochdruckbeschleuniger, wie Sie uns das glauben machen wollten, sondern sie wird dazu führen, dass wir frühestens in 2005 - vielleicht - ein Ergebnis bekommen. Was wir dann allerdings noch immer nicht wissen, ist, ob es mehr Geld für die Kommunen gibt. Wir sagen: Klare Kante an dieser Stelle! Wir wollen umsteuern. Wir wollen die Gewerbesteuer abschaffen, was mittlerweile ja auch die CDU möchte.

Sie bewegen sich hier in Denkschablonen, Herr Moron; das muss ich Ihnen ganz deutlich sagen. Natürlich weiß jeder von uns, dass das eine Eini-

gung im föderalen System braucht. Gar keine Frage! Bund, Länder und Kommunen müssen an einen Tisch - aber mit der richtigen Zielrichtung. Sie sagen immer, Sie wollten die Menschen abholen. Ich sage immer: Sie müssen sie auch mitnehmen und zu einem guten Ziel führen. - Daran fehlt es aber bei Ihnen.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wenn wir wissen, dass das System versagt hat - Gewerbesteuer ist ein Instrument, das einfach nicht zur Verstetigung von Einnahmen beiträgt -- dann müssen wir das - das haben mittlerweile schon viele Wissenschaftler aufgeschrieben; das brauchen wir hier nicht näher darzulegen - an der Umsatz- und Einkommensteuerbeteiligung aufarbeiten, und zwar mit einem eigenen kommunalen Heberecht.

(Zuruf von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

- Weil Herr Steinbrück schon wieder nach den Lasten fragt: Unser Steuertarifmodell bedeutet Absenkung - jetzt hören Sie genau zu, Herr Steinbrück! -, und das bringt im Endeffekt mehr Einnahmen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist das Entscheidende, was Sie in der Diskussion jedes Mal negieren. Nur: Viele Länder haben es Ihnen vorgemacht. Komischerweise hat es da geklappt. Wenn es bei uns nicht klappt, liegt es nur daran, dass Sie es gar nicht erst versuchen.

Sie haben es nicht vor vier Jahren versucht, auch nicht vor drei Jahren. Wenn die Haushalte jetzt ganz knapp sind, können Sie nicht sagen: Jetzt haben wir kein Geld mehr. - Sie haben an dieser Stelle schlichtweg versagt, in einer Zeit, in der den Kommunen das Wasser bis zum Halse steht und sie kein Geld mehr haben.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben immer wieder - auch im Gleichklang mit Herrn Dr. Rüttgers - die Rücknahme der Gewerbesteuerumlage gefordert. Natürlich bringt das frisches Geld in kommunale Kassen, natürlich bringt es Haushaltsnot an anderer Stelle. Aber Sie können es besser schultern, das ist der Unterschied. Die Kommunen haben keine Möglichkeit mehr, es weiterzugeben.

Wir können Ihnen seitens der FDP auf Bundesebene gute Vorschläge machen, wie man durch Privatisierung, durch Bürokratieabbau und ähnliche Dinge sehr viel Geld einsparen kann. Wir

können uns einmal genau darüber unterhalten, das gehört aber nicht in dieses Haus hinein. Ich sage Ihnen nur: Sie schaffen es nicht, an dieser Stelle den Kommunen zu helfen. Wir möchten hier in der Tat etwas ändern, und zwar eine Föderalismusdiskussion ehrlicher Art anstoßen, im Gegensatz zu Ihnen, wie Sie das gern in Sonntagsreden im Nachgang zu Ihrem Vorgänger tun. Ich habe mit riesiger Enttäuschung gelesen, dass Sie in Ihrem Interview dem Wettbewerbsföderalismus eine Absage erteilt haben. Das ist in der Tat eine Absage an die Zukunft und an den Fortschritt.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann nur sagen: An das Thema "Länderneuzuschnitt" muss man auch einmal offensiv herangehen. Ebenso muss man beim Bund-Länder-Finanzausgleich auch einmal Risiken in die einzelnen Länder geben, damit sie sich mehr bewegen müssen, um von 100 € Mehreinnahmen nicht nur gerade einmal 12 € behalten zu können. Das ergibt doch das Chaos, weil man in dieser Gesellschaft keinen Anreiz hat. Das gilt für Individuen wie auch für Institutionen. Sie tragen alles mit. Die Einwohnerveredelung in den Großstädten oder die Seehäfenbelastung - all das gehört längst auf den Altar einer Überprüfung des Föderalismus in diesem Lande. Weil dies nicht geschieht, leiden die letzten in der Kette darunter - nämlich die Kommunen.

Konnexität ist in der Tat ein Fremdwort, man kann es auch übersetzen. Es heißt: Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen. Das wird bewusst missachtet. Es werden den Kommunen nach wie vor Aufgaben aufgedrückt. Die Tatsache, dass jetzt die Hälfte der Kommunen in ein Haushaltssicherungskonzept hineinfließt, macht es natürlich schon schwer, Herr Moron, zu ertragen, dass Sie sich in einer Relativierung des Schröderschen Spruchs von den "reichen Verwandten" immer noch aufschwingen und von "relativ reichen Kommunen" sprechen. Ich kenne nur Kommunen, denen das Wasser bis zum Hals steht. Das und nichts anderes ist die Wahrheit.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Rüdiger Sagem [GRÜNE])

Gehaltszahlungen auf Pump sind bittere Realität in sehr vielen Kommunen dieses Landes. Kas senkredite für Gehaltszahlungen - hätten Sie das vor zehn einem Aufsichtsbeamten des Kreises oder der Bezirksregierung gesagt, hätte dieser Sie für schlicht wahnsinnig erklärt. Das ist heute ganz normal. Rücklagen haben wir schon lange keine mehr. Das heißt, alles, was im Gesetz als Verpflichtung steht, schmeißen Sie längst über Bord,

tun aber so, als ob alles in Ordnung wäre. Das geht nicht.

Sie nehmen Umschichtungen vom ländlichen Raum in die kreisfreien Städte vor, nach dem Motto: Die Ertrags- bzw. Steuerkraft ist geringer. Seit Jahrzehnten bevorzugen Sie die Großstädte. Das muss man doch einmal sehen. In der Gemeindefinanzierung ist die Bevorzugung angelegt. Sie tun es jetzt ein weiteres Mal. Natürlich hat auch der kreisangehörige Raum erhebliche Mühen, die Haushalte in diesem Jahr auszugleichen. Das an dieser Stelle als großes Gerechtigkeitsergebnis zu feiern, ist schon erstaunlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kommunalpolitik und Haushaltsfinanzpolitik haben eben auch einen eminent wichtigen sozialpolitischen Aspekt. Die Auswirkungen Ihrer Gemeindefinanzpolitik für die Bürger erleben wir in der Tat unten vor Ort. Da sind Sie hier im Plenum weit weg. Das verstehe ich, Herr Moron. Sehr weit weg!

"Sprachlich benachteiligte Kinder" ist ebenso ein kommunales Thema wie "Jugendliche aus erziehungsunfähigen Familien". Auch "Menschen mit Handicaps" und "Behinderte in den Gemeinden" sind kommunale Themen ebenso wie "Senioren, die ambulante Hilfe brauchen, um Heimerziehung zu vermeiden". Sie kürzen seit Jahren den Kommunen die Finanzen. Es gibt die direkte und die indirekte Möglichkeit dazu: Entweder weisen Sie weniger zu, oder Sie übertragen mehr Aufgaben, sodass es im Endeffekt auf eine noch größere Belastung hinausläuft. Wenn Sie das tun, dann sind Sie in der Tat zutiefst unsozial.

(Beifall bei der FDP)

Die Auswirkungen rot-grüner Sozialpolitik erleben die Menschen dort,

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

wo unmittelbar etwas für sie getan wird - in der Gemeinde. Wenn es dort immer kälter wird, Herr Moron, liegt das nicht nur am Winter, sondern es liegt an den schmerzlichen Kürzungen der Finanzen im Bereich der sozialen Zuwendungen, mit denen Sie die Chance nehmen, Bedürftigen zu helfen und damit auch Wärme zu geben. Für diese Politik erhalten Sie nicht die Unterstützung der FDP und auch nicht die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen sehr herzlich für die Aufmerksamkeit und bitte Sie natürlich, unserem FDP-Entschließungsantrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Dr. Wolf. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Löhrmann das Wort.

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Rüttgers, zu Ihren Ausführungen möchte ich drei Anmerkungen machen.

(Zuruf von der FDP: So viele?)

Sie haben sich über die Kinderstube von Kolleginnen und Kollegen beklagt, haben dann aber selbst sehr massiv ausgeteilt und - wie ich finde - auch mit entwertenden Beobachtungen und Stellungnahmen gekontert. Ich denke, es ist immer schwierig etwas anzugreifen, was man im nächsten Moment selber macht. Ich werde mich zurückhalten und bei meinem Beitrag keine Stil- und Haltungsnoten vergeben,

(Beifall bei den GRÜNEN)

weil die Lage dazu zu ernst ist.

Den zweiten Widerspruch finde ich gravierender: Sie mahnen am Anfang tief greifende Strukturveränderungen an. Einen Tagesordnungspunkt vorher ging es um eine Strukturveränderung.

(Beifall bei den GRÜNEN - Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Richtig!)

da sagen Sie aber: Nein, diese Strukturveränderung wollen wir nicht. So setzt sich das an jedem Punkt fort. An der einen oder anderen Stelle werde ich es aufzeigen: Immer, wenn etwas passiert, dann sagen Sie: Nein, das wollen wir nicht. - Sie gehen immer den Weg: Allen wohl und keinem wehe!

Aber die Zeiten, in denen das möglich war, sind sowohl in der Bundesrepublik wie auch in Nordrhein-Westfalen vorbei.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Der dritte Punkt! Man kann ja zum Metrorapid stehen, wie man will. Wir zumindest betrachteten das Ganze als nüchterne Abwägungsfrage. - Aber dann, wenn ein solches Verkehrsmittel, das auch viele Unterstützer hat, geplant wird, davon zu sprechen, es sei menschenverachtend, passt meiner Meinung nach nicht mit nüchterner Abwägung zusammen. Eine solche Qualifizierung würde ich mir für andere Zustände in unserer Gesellschaft aufheben.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Carina Gödecke [SPD])

Herr Wolf, zu Ihnen nur ganz kurz: Die FDP sollten wir in Zeiten wie diesen nicht zu wichtig und nicht so ernst nehmen. Ich freue mich, dass Sie sich in der Bildungspolitik so an unseren Vorstellungen abarbeiten, wie ich es sowieso zur Kenntnis nehme, dass darüber erfreulich viel gesprochen wird. Ich werde das heute gar nicht so ausführlich tun. Dann aber sollten Sie sich zumindest so genau erkundigen, dass Sie wissen, dass es in Österreich überhaupt kein dreigliedriges Schulsystem gibt. Dort gibt es ein zweigliedriges Schulsystem.

Die Ideologiefrage haben wir mehrfach besprochen. Interessant finde ich, dass die baden-württembergische Handwerkskammer, die wohl nicht ideologieverdächtig ist, ein Schulmodell wie in Finnland vorschlägt, für das auch wir als Grüne uns einsetzen. Dieses System setzt auf weniger statt mehr Selektion und auf mehr Chancengleichheit.

Meine Damen und Herren, vorab noch etwas: Die Bundesrepublik Deutschland - das vergessen wir sehr leicht - gehört zu den reichsten Ländern dieser Erde.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

Doch haben wir in den letzten Wochen eine Stimmungslage erlebt, als stünden wir kurz vor dem Untergang. Nichts ist leichter, als in einer solchen Situation die Welt in schwarz oder weiß zu malen, Probleme zu überhöhen oder sie zu negieren - je nachdem, welchen Standpunkt man einnimmt. Zwar hilft das eigentlich nicht weiter, ist aber schön einfach. Unsere hoch geschätzte Opposition hat dieser Versuchung auch heute - wie so häufig - nicht widerstehen können. Natürlich ist nach dieser Lesart die Regierung - sowohl unsere hier in Düsseldorf wie auch die in Berlin erst recht schuld.

Nein, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, so einfach ist das nicht. Ich zitiere:

"Nicht allein die Politik ist schuld."

So betitelte Wendelin Wedeking, Vorstandsvorsitzender der Porsche AG, seinen Standpunkt in der "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 04.12. dieses Jahres und führt aus:

"Was wir nicht brauchen, ist das Gejammere von einer Reihe von Verbandsfunktionären, vielen Gewerkschaftern, von erfolglosen Managern und ideologischen Hasardeuren, die nur ein Ziel haben: eine demokratisch gewählte Regierung unter permanentes Feuer zu nehmen.

Damit will ich die Fehler und die Mutlosigkeit der Regierung nicht kleinreden. Aber das Bild, das wir von uns selbst im Ausland malen, ist verheerend und keineswegs zielführend."

(Beifall bei den GRÜNEN - Lothar Hege-  
mann [CDU]: Auf einmal!)

"Einen Standort kann man auch kaputtreden.

Was wir heute brauchen, ist eine konstruktive Grundhaltung, die Probleme gemeinsam, d. h. über Parteigrenzen hinweg, mit allen gesellschaftspolitischen Gruppen anzugehen. Deutschland ist stark genug, diese schwierige Phase zu meistern."

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde: Der Mann hat Recht, treffender lässt sich die Lage nicht beschreiben. Wir stehen eben nicht am Abgrund, sondern wir stehen vor großen Herausforderungen. Wir wollen diese Herausforderungen annehmen und gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Carina  
Gödecke [SPD])

Eine dieser Herausforderungen - vielleicht sogar die zentrale Herausforderung - verlangt von uns allen eine grundsätzliche Neuorientierung. Es geht darum, das Kapitel "Verteilungsgerechtigkeit" unseres in stiller Übereinkunft gelebten Gesellschaftsvertrages neu zu schreiben.

**(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)**

Denn dem alten Kodex, nach dem wir alle Verteilungsgerechtigkeit über wirtschaftliches Wachstum gesichert haben, ist die reale Grundlage abhanden gekommen. Das Instrument, mit dem gesellschaftspolitische Konflikte entschärft bzw. gelöst werden sollten, steht nicht mehr zur Verfügung.

In der Ära des ersten Wirtschaftsministers der Bundesrepublik Deutschland, Ludwig Erhard, auf dessen Ordnungspolitik sich Herr Merz jetzt zurückbesinnen will, war das wirtschaftliche Wachstum die kurze und knappe Antwort auf die Frage des Wie: Wie ist Verteilungsgerechtigkeit herzustellen? Damals war dieses Agreement vielleicht nahe liegend, denn die Wirtschaft boomte, die Wachstumsraten waren immens. Seitdem soll es immer das Wachstum sein, das unsere Gesellschaft zusammenhält. Wachstum gilt noch immer als Konfliktlöser Nr. 1.

Allerdings ist dieses Wachstum schon seit Jahren auf Pump finanziert und damit auch auf Kosten unserer Kinder und Enkel.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Frank Baranowski [SPD])

Ich räume ausdrücklich ein: Obwohl wir Grüne dieses Wachstum aus ökologischer Sicht immer schon kritisiert haben, weil unser Planet soviel Wachstum nicht aushält und an seine Grenzen stößt, wollten wir die sozialpolitischen und friedensstiftenden Elemente des Wachstums natürlich haben, weil es sich dabei um ein hohes Gut handelt. Ich bin der Überzeugung, dass dies auch zur Stabilität unserer Gesellschaft - wir erleben die stabilste Zeit in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland - beigetragen hat. Das war gut so.

Aber jetzt sind wir an einem Wendepunkt angekommen, an dem wir dieses Wachstum erneut kritisieren und uns damit auseinander setzen müssen. Herr Rüttgers, an der Stelle bleibt noch viel zu tun und trennt uns noch einiges.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das, was wir in den vergangenen Wochen in Berlin erlebt haben, belegt, dass wir unsere Konflikte in Zukunft so nicht mehr lösen können. Um unsere Konflikte über Wachstum lösen zu können, bräuchten wir Wachstumsraten im zweistelligen Bereich.

(Lothar Hegemann [CDU]: Sie wollen Wachstum?)

Ein Wachstum von 2 bis 3 %, das in guten Zeiten realistisch maximal zu erwarten ist, reicht niemals mehr aus, um die Arbeitsmarktprobleme zu lösen und die sozialen Sicherungssysteme nachhaltig zu stabilisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb reicht es eben nicht aus, immer wieder gebetsmühlenartig mehr Wachstum zu fordern, wie Sie von CDU und FDP das hier mit Priorität tun.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Seit 1995!)

Wir müssen uns den tatsächlichen Konflikten stellen: in der Haushaltspolitik, bei der Gestaltung von Zukunftsaufgaben wie der ökologischen Modernisierung, der Neuausrichtung unserer Bildungspolitik, der Reform der sozialen Sicherungssysteme.

Herr Rüttgers, noch einmal zu Ihnen: Aus meiner Sicht ist es zynisch, wenn Sie Reformen in der Bildungspolitik anmahnen, aber dann, wenn es um tief greifende Strukturfragen geht, die Schotten dicht machen, weil Sie ansonsten zu viel Ihrer eigenen Ideologie infrage stellen müssten. Da sind Sie nicht glaubwürdig. Reformen einerseits

einzufordern, aber andererseits bei jeder Reform zu sagen, Sie wollten sie nicht, weil sie Ihnen zu weit gehe, passt nicht zusammen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir stehen auch vor einer Neudefinition des Verhältnisses von Bürgerschaft und Staat. Das haben alle gesagt. Das ist eine Übereinkunft, die wir heute zumindest feststellen können. Bei den Details wird es schwierig. Was kann, soll und muss der Staat leisten, was können, sollen und müssen die Bürgerinnen und Bürger selbst leisten?

Dass dabei der solidarische Ausgleich zwischen Arm und Reich, zwischen Stark und Schwach, die Gerechtigkeit zwischen Jung und Alt eine entscheidende Rolle spielen, versteht sich von selbst. Dass dabei auch die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen eine entscheidende Rolle spielt, ist Allgemeingut. Ich hoffe zumindest, dass das Allgemeingut und nicht nur für die Grünen selbstverständlich ist.

Meine Damen und Herren, ich habe über Stil und Stimmung gesprochen. Zum guten politischen Stil gehört es, mit offenen Karten zu spielen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich daran erinnern, dass wir in Nordrhein-Westfalen insofern vorbildlich gewesen sind.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Aber nicht beim Skat!)

Wir sind es gewesen, die einen Haushalt mit Einsparungen von rund 1,4 Milliarden € vor der Bundestagswahl vorgelegt und im Landtag debattiert haben,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und zwar im Gegensatz zu den angeblich so tolen Bayern, die sich mit ihren Haushaltslöchern hinter den Wahltag geschummelt hatten.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Das stimmt nicht!)

Die Menschen erwarten Offenheit, Ehrlichkeit und Handlungsfähigkeit. All das beweisen wir mit diesem Haushalt und mit der Politik dieser Koalition in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es erweist sich offenbar als richtig, den Menschen vor Wahlen die Wahrheit zu sagen und ihnen reinen Wein einzuschenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sollten wir uns alle zu Herzen nehmen.

Die Eckdaten des Haushaltes für 2003 sind nicht schönzureden. Aber wenn wir uns den Verlauf dieser Haushaltsaufstellung im Jahr 2002 noch einmal vor Augen führen, dann können wir selbstbewusst sagen: Hier hat die Koalition eine Nagelprobe bestanden, die ihr viele nicht zugetraut hätten.

Ich erinnere an die erste Hiobsbotschaft im Frühjahr, die lautete, dass wir für 2003 eine Finanzierungslücke von 1,4 Milliarden € zu schließen hätten. Niemand konnte sich zu diesem Zeitpunkt vorstellen, wie das gehen soll. Manche der professionellen Beobachter - die Rotkehlchen und Schwarzdrosseln - haben Rot-Grün in NRW das Aus prophezeit. Bei solch einem schwierigen Haushalt - also beim Geld - höre der Spaß doch sicherlich auf, jubilierten sie, und Spekulationen schossen ins Kraut. Aber alle sind sie widerlegt worden - die Koalition ist stabiler denn je.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Also die Lücke war da, doch der Finanzminister, die Landesregierung, unsere Ministerinnen und Minister haben sie geschlossen, wenn auch mit vielen schmerzlichen Einschnitten.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das ist eine lange Rede!)

Das war nicht einfach, es waren viele Gespräche notwendig, aber sie haben es geschafft.

Wir Koalitionsfraktionen haben in Bereiche, die uns politisch sehr wichtig sind, einen Teil umgeschichtet. Auch diese gemeinsame Leistung sollte Anerkennung finden, denn so können z. B. die Erziehungsberatungsstellen oder Frauennotrufe ihre wichtige Arbeit fortsetzen.

Doch damit nicht genug! Mit der Steuerschätzung vom November erreichte uns eine neue Hiobsbotschaft. Eine Finanzierungslücke in ähnlicher Größenordnung wie zuvor war zu bewältigen. Aber auch an diesem Punkt haben sowohl unsere Landesregierung als auch die Koalitionsfraktionen nicht etwa die Flinte ins Korn geworfen, nein, sie haben gehandelt. Trotz aller, in Teilen auch berechtigter Kritik - dazu gehört, dass die Neuverschuldung um über 500 Millionen € höher ausfallen wird, als wir uns das vorgestellt hatten - muss deutlich gesagt werden: Wir haben einen verfassungskonformen Haushalt für Nordrhein-Westfalen erarbeitet.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

In Zeiten wie diesen - in anderen Bundesländern wie Hessen zeigt sich das - ist das wirklich keine Selbstverständlichkeit.

Herr Rüttgers, das kann und will ich Ihnen nicht ersparen: Was tut in dieser Situation Ihr oberster Nachwuchskanzlerkandidat Roland Koch, der größte Aufklärer aller Zeiten im wirtschaftspolitischen Musterland Hessen?

(Zuruf von der SPD: Ganz genau!)

Er lässt einen offensichtlich verfassungswidrigen Haushalt beschließen und tut dann noch so, als hätte er damit nichts zu tun. Wir haben hier etwas mit unserem Haushalt zu tun, aber Herr Koch in Hessen hat mit seinem nichts zu tun?!

(Zuruf von Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

Warum macht er das? Weil er Angst vor den Wählerinnen und Wählern hat, denen er eben nicht die Wahrheit sagt. Herr Rüttgers, die hessische Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen können sich von Nordrhein-Westfalen eine dicke Scheibe abschneiden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Natürlich wissen wir - ich bestreite das gar nicht -: Dieser Haushalt ist auf Kante genäht,

(Zuruf von der CDU: Verfassungswidrig!)

aber er ist solide Handwerksarbeit, er hält. Trotz der zum Teil rigiden Einsparnotwendigkeiten haben wir nicht rundherum alles abgeschnitten, sondern wir haben Schwerpunkte gesetzt. Wir investieren in Bildung und Kultur, wir investieren in nachhaltige Entwicklung und ökologische Erneuerung, wir wahren den sozialen Ausgleich und wir schützen sensible Strukturen in der Jugend- und Frauenpolitik.

Meine Damen und Herren, auch wenn nächste Woche Weihnachten ist: Mit der Verabschiedung dieses Haushaltes werden keine Geschenke verteilt, weder mit Schleifen noch mit Lametta wird das Land geschmückt. Das Gegenteil ist der Fall. Wir nehmen weg, wir streichen, wir kürzen und wir schränken ein. Das schmerzt, doch es ist notwendig. Insofern haben SPD und Grüne im Kabinett und in den parlamentarischen Beratungen in diesem Jahr getan, was notwendig war. Wir haben 3 Milliarden € - 6 Milliarden DM - eingespart bei den Förderprogrammen, bei den Subventionen, bei den Personalausgaben. Kein Bereich konnte ausgenommen werden. Auch das hat etwas mit Gerechtigkeit zu tun.

Auch wenn wir wissen, dass wir - anders als in vielen Bundesländern - einen verfassungsgemäßen Haushalt verabschieden, so wissen wir doch: So geht es nicht weiter! Dieser Haushalt ist finanzpolitisch nicht nachhaltig - das räumen wir

ausdrücklich ein -, denn eine solche Neuverschuldung, wie wir sie für das kommende Jahr vorsehen, können wir uns dauerhaft nicht leisten und dürfen sie vor allem zukünftigen Generationen nicht aufbürden.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Das wird nächstes Jahr noch besser!)

Machen wir uns aber nichts vor. Auf Dauer geht es so auch aus anderen Gründen nicht weiter. Wir können unseren Landeshaushalt nicht weiter zu lasten der Förderprogramme konsolidieren; das geben die nämlich gar nicht mehr her.

Erfreulicherweise spricht keiner mehr von grünen Spielwiesen, wenn wir uns für Frauennotrufe, Aids-Beratung, Verbraucherschutz, regionale Kulturpolitik, kommunale Erziehungsberatung und Flüchtlingsprojekte einsetzen.

(Zuruf von Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

Das war vor einigen Jahren noch anders.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit ich richtig verstanden werde, meine Damen und Herren: Wir wollen, dass jeder Euro effizient eingesetzt wird, selbstverständlich auch in den Förderprogrammen. Wir wollen genau differenzieren, ob es sich perspektivisch um eine Landes- oder eine kommunale Aufgabe handelt. Diese Bereinigung, diese Differenzierung nach kommunal und staatlich führt natürlich u. a. zu solchen Entscheidungen, die Sie, Herr Rüttgers, hier beklagen, was die Schulen für Körperbehinderte angeht. Aber es macht stutzig, weil es kommunale Schulen für Körperbehinderte gibt, die diesen Standard, den Sie jetzt beklagen und verteidigen, gar nicht gehabt haben.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Moment!)

Wenn wir dann wissen, dass die Landschaftsverbände, weil sie diesen Standard halten wollen, diese Aufgabe übernehmen wollen, dann begrüßen wir das. Es ist doch ein Kriterium, danach zu entscheiden, ob das Land oder die Kommune zuständig ist. Ich habe allerdings ein bisschen den Eindruck - ich sage das in aller Vorsicht -, als instrumentalisierten Sie hier Schicksale.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dagegen möchte ich mich verwahren.

Selbst wenn wir - ich wiederhole es - alle Förderprogramme auf Null setzen würden, wäre unser Haushalt nicht gerettet. Zudem hätten wir einen gesellschaftspolitischen Scherbenhaufen angeichtet.

Um Landeshaushalte, Bundes- und Kommunalfinanzen zu sanieren sind größere Strukturreformen zwingend. Das wird erhebliche Irritationen, viele Auseinandersetzungen und ordentlich Gegenwind mit sich bringen. Wenn ich sehe, wie Sie bei jedem Einzelpunkt einknicken, traue ich Ihnen diese Zukunftsaufgabe nicht zu.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Aber - davon sind wir überzeugt - das wird notwendig sein, wenn wir die Haushalte auf Dauer sichern und politisch gestalten wollen.

Als ich vor kurzem im ICE nach Berlin fuhr, fiel mir ein Plakat auf, auf dem sinngemäß stand: Wir wagen die Dinge nicht, weil sie schwierig sind. Die Dinge sind schwierig, weil wir sie nicht wagen. - Wer immer Autorin oder Autor dieses Aphorismus ist, hat Recht. Nur wenn wir etwas wagen, werden wir die schwierige Situation meistern können.

Wir Grüne wollen etwas wagen. Wir wollen es wagen, alte Pfade zu verlassen und neue Wege zu beschreiten. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung von der verstaubten Kamelestik gesprochen, die wir durch moderne Steuerungsinstrumente ersetzen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Richtig! In diesem Punkt sind wir Schrittmacher und werden den Erneuerungsprozess konsequent voranbringen - eben gegen viele Widerstände.

Wir brauchen insbesondere das Instrument der Personalbudgetierung, nicht nur zur Steuerung der Ausgaben. Wir brauchen die Budgetierung auch, weil sie ein Instrument ist, das den Ressorts mehr Gestaltungsspielräume für die Erfüllung ihrer Aufgaben eröffnet und dem Bedürfnis nach mehr eigenverantwortlichem Handeln nachkommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Steuerung der Personalkosten über Stellenpläne ist antiquiert, unflexibel und ineffizient. Wir sollten uns das alle miteinander klarmachen. Das ist antiquiert, unflexibel und ineffizient.

Dieser Ansatz führt weiter als einfach nur zu beschließen, die Haushalte in die verschiedenen Ressorts zu schachteln, um die politisch wichtigen Felder einen schönen Zaun zu ziehen und die anderen - Herr Moron hat das vorgerechnet - das ganze Geld für 10.000 zusätzliche Stellen erbringen zu lassen. Das geht natürlich vorne und hinten nicht zusammen. Da ist der Budgetierungsansatz ein völlig anderer.

Wir brauchen zweitens die Kosten- und Leistungsrechnung, um zu wissen, welche Aufgaben uns

alle wie viel kosten und welchen Erfolg sie bringen.

Meine Damen und Herren, von dieser Reform im Haushaltswesen können alle profitieren. Um diese Reform zu verwirklichen, braucht es die Unterstützung aller Beteiligten, der Politik, der Verwaltung und natürlich des Personals. Deshalb appelliere ich an alle, sich dieser Erneuerung nicht zu verschließen, sondern sie mit zu gestalten. Wir als Haushaltsgesetzgeber werden gleich einen ersten Schritt tun und das Haushaltsgesetz entsprechend einstimmig ergänzen.

Noch einmal: Wir müssen es wagen umzusteuern, weil unser altes System, einen Haushalt zu planen, an seine Grenzen gestoßen ist. Sehen Sie: Wir erleben zurzeit etwas, was an sich in einer Marktwirtschaft nicht ungewöhnlich ist: eine lahrende Konjunktur. In der Folge haben wir es mit sinkenden Steuereinnahmen zu tun. In Zukunft müssen wir Wege finden, anders mit schwankenden Einnahmen umzugehen und Ausgaben anders zu planen. Dieser Prozess beginnt damit anzuerkennen, dass wir ihn brauchen.

Deshalb freue ich mich, dass der Haushalts- und Finanzausschuss Anfang nächsten Jahres eine Anhörung zur nachhaltigen Haushaltspolitik durchführen wird, um nicht länger nur darüber zu reden, sondern auch Wege zu finden, sie umzusetzen.

Die Dringlichkeit des Umsteuerns wird noch deutlicher, wenn wir uns die demographische Komponente unseres Haushalts vor Augen führen. In den nächsten zehn Jahren werden sich allein die Versorgungsleistungen verdoppeln. Wir haben erreicht, dass zur Vorsorge für künftig zu zahlende Pensionen ein Kapitalstock aufgebaut wird. Auch wenn der entsprechende Haushaltstitel bisher nur aus einem Strichansatz besteht - und Sie können mir glauben, wir hätten da gern etwas anderes stehen -, ist er ein Mahnmal für die Versäumnisse der Vergangenheit, das nicht mehr zu übersehen sein wird. Aber eine nicht seriös finanzierte Aufstockung dieses Titels hilft den Beschäftigten auch nicht weiter, meine Damen und Herren von der Opposition.

Für weitere notwendige Veränderungen brauchen wir nicht nur die Unterstützung der rot-grünen Bundesregierung, sondern auch die Unterstützung der Union im Bundesrat. Ich nenne nur zwei Stichpunkte.

Erstens. Die Beamtenpensionen werden unsere Haushalte sprengen, wenn nichts passiert. Deshalb wollen wir eine einheitliche Altersversorgung für Beamte, Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter,

Politikerinnen und Politiker. Das bedeutet einen Umbau unseres bisherigen Systems verbunden mit notwendigem Umdenken bei denen, die eine solche Leistung empfangen. Wir sagen ausdrücklich und bekennen uns dazu: Dazu zählt die Streichung der 13. Monatspension für Beamtinnen und Beamte. Wir bekennen uns dazu ausdrücklich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn - das sage ich allen, die zuhören - auch die Rentnerinnen und Rentner erhalten ja keine 13. Rente pro Jahr. Also führt das hier zu einer Angleichung.

Zweitens. Wir brauchen ein einheitliches Dienstrecht mit der Angleichung von Beamten- und Angestelltenstatus einschließlich der Öffnung der Tarifstrukturen. Wir erhoffen uns in diesem Zusammenhang von der Bull-Kommission in unserem Land erhebliche Impulse, mutige Reformvorschläge und nicht nur den so genannten kleinsten gemeinsamen Nenner.

Meine Damen und Herren, wenn wir verantwortlich mit der Zukunft umgehen wollen, müssen wir uns dringend - und zwar über Parteigrenzen hinweg - darüber unterhalten, wie unser Staat, wie unser Land eingerichtet bleiben soll mit seinem Leistungsangebot und seinen Institutionen. Der Staat hat Aufgaben zu erfüllen. Er erhebt daher von seinen Bürgerinnen und Bürgern Steuern.

Im Zentrum steht die Frage: Was geht? Was geht nicht? Wozu ist der Staat da? Welche Aufgaben muss er übernehmen, um den Ausgleich in der Gesellschaft zwischen denen, die viel können und viel haben, und denen, die wenig haben, zu erreichen? Wie können wir organisieren, dass der Zusammenhalt in der Gesellschaft gewahrt bleibt und nicht mehr und mehr Menschen herausfallen und sich selbst überlassen bleiben? Wie schaffen wir die Balance zwischen der Freiheit des Einzelnen, über sich und seine Stellung in der Gesellschaft zu entscheiden, und dem Anspruch der Gemeinschaft auf Gemeinwohl und Gerechtigkeit?

Der Staat muss den Rahmen stecken, in dem freie verantwortliche Bürgerinnen und Bürger im eigenen und im Gesamtinteresse handeln.

Und, meine Damen und Herren, ich sage auch das, weil ich es richtig finde, und zwar in Anlehnung an Leoluca Orlando, den ehemaligen Oberbürgermeister von Palermo - im Kampf gegen die Mafia hat er dieses Bild geprägt und diese Aussage getroffen -: Steuern zahlen ist eben nicht eine lästige Pflicht, sondern ein vornehmes Recht. Das

Recht nämlich, in einem Staat zu leben, in dem es mit rechten Dingen zugeht, der rechtsstaatlich agiert, der Minderheiten schützt, Korruption bekämpft, die Pressefreiheit sichert, die Lebensgrundlagen aller schützt, soziale Sicherheit schafft und vieles, vieles mehr; das Recht auf eine moderne Gesellschaft, in der es sich zu leben lohnt und in der der Staat als Gemeinschaft der Bürger Leistungen bietet, die sich sonst nicht finanzieren lassen würden: die Gestaltung von lebenswerten Städten und Gemeinden, den Erhalt und Bau von Straßen und öffentlichem Nahverkehr, die Bildung und Erziehung, Museen, Theater und Musik, Gerichtsbarkeit, öffentliche Sicherheit und vieles mehr.

Das alles will finanziert werden, und das alles muss sozial gerecht organisiert werden.

Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Die Beachtung dieses Grundsatzes unterscheidet uns diametral von denen, die nur auf die Gesetze und die Durchsetzung des Marktes setzen. Der Markt allein ist unsozial. Der Markt allein ruiniert unsere ökologischen Lebensgrundlagen, meine Damen und Herren. Das Soziale ohne Markt und Wettbewerb ruiniert unsere ökonomischen Lebensgrundlagen. Also: Es geht um die soziale und ökologische Marktwirtschaft. Die müssen wir weiter ausgestalten.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Allein auf die Setzung der Rahmenbedingungen kommt es an, und dafür ist die Politik zuständig, nämlich die Leitplanken zu setzen, zwischen denen sich die Gesellschaft und unsere Wirtschaft bewegen und bewegen können.

Den grundlegenden Fragen, wie wir die Akzeptanz unserer Demokratie weiter festigen, sichern und ausbauen können, müssten Sie von der Opposition sich eigentlich auch widmen. Dazu, wie wir - damit meine ich uns alle - uns die Generationengerechtigkeit vorstellen bzw. gestalten wollen, wie wir das Gesundheitssystem lebensfähig erhalten und wie wir es trotz hoher Ausgabennotwendigkeiten schaffen, die Schulden zu begrenzen, um die Lasten nicht in die Zukunft zu verschieben, könnte es unterschiedliche Ansätze geben. Es könnte Lösungsmöglichkeiten geben, über die es sich lohnt zu debattieren und zu streiten. Denn natürlich gehört die Auseinandersetzung zur Demokratie wie das Salz in die Suppe.

Aber Sie verweigern sich in Bezug auf diese grundsätzlichen Fragen. Was tun Sie stattdessen? - CDU und FDP stellen mit ihrer Kritik, die jedes Maß verloren hat, in einer beispiellosen

Kampagne die demokratischen Institutionen infrage, weil sie keine Alternativen haben.

(Theo Kruse [CDU]: Beispiele! Beispiele!)

Begriffe wie "Steuerterror", die Aufforderung, die Finanzämter lahm zu legen, die Mobilisierung des so genannten gesunden Menschenverstandes gegen den Staat, Beleidigungen und Schmähungen der Spitzen der Regierung sind der gefährliche Versuch, die Angst von Menschen und ihre Verunsicherung über die Weltlage gegen den Staat und die Politik überhaupt zu instrumentalisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Kein geringerer als Richard von Weizsäcker

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Ach du Schande!)

hat dazu sehr bemerkenswerte Ausführungen gemacht. Er hat Recht, wenn er sagt - Zitat -: "Geschädigt ist am Ende das Ansehen der Parteien." Ich füge hinzu: der Demokratie insgesamt. Das werden wir aber nicht zulassen, und auch Sie hier im Hause werden wir nicht aus Ihrer Verantwortung entlassen.

Es reicht eben nicht, Herr Rüttgers, von Wahrheit und Klarheit nur in der Steinkohlenpolitik zu reden, so sehr wir das begrüßen. Den gleichen Realitätssinn, den Sie in diesem Bereich an den Tag gelegt haben, müssen Sie nämlich vielmehr auch in der Haushaltspolitik und für die Politik in NRW insgesamt anwenden. Sie beklagen, dass die Personalkosten so hoch sind, wollen aber gleichzeitig 5.000 zusätzliche neue Lehrer, mehr Polizisten und Justizbeamte einstellen sowie keinen Abbau bei bestimmten Förderprogrammen vornehmen. Nein, Herr Rüttgers, diese Enden kriegen Sie nicht zusammen. Virtuelles Sparen schafft eben keinen Handlungsspielraum. Davon können Sie weder einen Lehrer noch eine Übungsleiterin im Sport einstellen oder einen seriös finanzierten Kapitalstock für die Pensionsleistungen anlegen. Das funktioniert nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Als ich mir gestern Abend Ihren Entschließungsantrag zum Haushalt angeguckt habe, habe ich nur den Kopf schütteln können. Abgesehen von der Steinkohle: Es ist und bleibt die gleiche Schosse wie im letzten Jahr. Ergänzt wurde es nur noch um die Wiederaufstockung bei dem einen oder anderen Förderprogramm. Mit seriösem Umsteuern, mit nachhaltiger Haushaltspolitik, mit Wahr-

heit und Klarheit hat das nichts, aber auch wirklich gar nichts zu tun.

Das Schlimmste - ich habe es soeben schon angesprochen - aber ist: Sie bleiben im System des alten Wachstumsmodells. Mit dieser Logik, meine Damen und Herren von der CDU, werden Sie die Zukunftsaufgaben nicht lösen können. Deshalb gibt es zu Rot-Grün in Berlin und in Düsseldorf keine Alternative. Wir werden alles daransetzen, das in uns gesetzte Vertrauen der Wählerinnen und Wähler nicht zu enttäuschen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wir Grünen werden mit unserer Politik im größten Bundesland die Bundesregierung bei ihrem Kurs unterstützen. Zu allererst werden wir durch die Umsetzung des Hartz-Konzepts den Arbeitsmarkt in Schwung bringen. Hier wurde aktuell durch die Einigung im Vermittlungsverfahren ein erster großer Durchbruch erzielt, der zum Teil über die Vorschläge der Hartz-Kommission hinausgeht. Diese Regelungen werden zu zusätzlicher Beschäftigung und zur Umwandlung von Schwarzarbeit in legale Beschäftigung führen. Damit wird der Grünen-Vorschlag zur Überwindung der Teilzeitmauer 1:1 umgesetzt.

(Beifall von Edith Müller [GRÜNE])

Damit lohnt es sich, auch knapp oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze zu arbeiten. Menschen mit niedrigem Bruttolohn werden deutlich mehr Netto in der Tasche haben.

Die Beschäftigung in privaten Haushalten wird künftig steuerlich wieder gefördert, und zwar besonders hoch - das begrüßen wir -, wenn es sich um voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse oder Dienstleistungsagenturen handelt.

Die geringfügige Beschäftigung wird entbürokratisiert. Künftig wird es nur noch eine Stelle geben, an der die Arbeitgeber die pauschalen Steuern und Abgaben zu entrichten haben. Die Obergrenze wird auf 400 € angehoben.

Diese Einigung, meine Damen und Herren, ist auch ein Signal, dass sich etwas bewegt in diesem Land. Unser ehemaliger Ministerpräsident, Herr Clement, hat hier offensichtlich sehr zielstrebig und ordentlich verhandelt. Herzlichen Glückwunsch nach Berlin.

Ferner werden wir durch eine Gesundheitsreform mehr Transparenz, Qualität und eine Beschränkung der einzelnen Lobbygruppen - wie beispielsweise der Kassenärztlichen Vereinigung und der Pharmakonzerne - erreichen. Wir werden

nicht Ruhe geben, die Lohnnebenkosten zu senken. Wir werden durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und einer Einbeziehung von Beamten und Freiberuflern sowie einer Verteilung der Lasten - durch den demographischen Wandel bedingt - auf alle Schultern und auf alle Generationen das Rentensystem reformieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir werden die kommunale Finanzausstattung durch eine Reform wieder planbar machen und verstetigen, da gerade die Investitionstätigkeit der Kommunen ein entscheidender Faktor zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist. Wir werden zudem Existenzgründungen weiter erleichtern und kleine und mittlere Betriebe handlungsfähig machen.

Außerdem werden wir mit Unterstützung der Bundesregierung die Ganztagsangebote an unseren Schulen bedarfsgerecht und qualitativ ausbauen und weiterentwickeln. Bei diesem Punkt möchte ich im Übrigen einen Moment verweilen und auf das Verhalten der Opposition eingehen:

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Nein!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, Sie machen hier einen großen Fehler. Das ist ein bisschen so wie bei der Arbeitsmarktreform auf Bundesebene. Es geht nämlich ganz, ganz viele Leute an. Da liegt das endgültige Konzept noch gar nicht vor, da ist die Verbändeanhörung noch nicht abgeschlossen. Sie wissen aber schon - allen voran Herr Reul -, dass alles nichts taugt. Es ist noch gar nicht endgültig entschieden, aber Sie wissen schon, dass es nichts taugt. "Billigangebote", "Verwahrnstanalten", um nur einige der Klassifizierungen zu nennen, sagten Sie dazu. Sie machen hier den gleichen Fehler wie bei der selbstständigen Schule.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Horst Vöge [SPD])

Immer wenn neue Wege gegangen werden, machen Sie sich zum Anwalt der Nörgler, der Strukturkonservativen und der Alles-oder-Nichts-Strategen. So setzt man keine Reformen mehr um. Pragmatismus ist gefragt. Wir müssen mit den Veränderungen anfangen.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Natürlich wäre es schöner, wenn wir noch mehr Geld für die offene Ganztagschule aufbringen könnten, aber wir schreiben jetzt immerhin einen

Beitrag von 240 Millionen € fest einschließlich eines Zuwachses bei der Zahl der Lehrerinnen und Lehrer. Das ist angesichts unserer Haushaltslage eine respektable Leistung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fast noch wichtiger ist mir Folgendes: Selbst wenn wir mehr Geld hätten, sollten wir das Modell vom Grundsatz her nicht anders anlegen. Wir wollen in dieser Frage nämlich eine Kooperation zwischen Land und Kommunen. Wir wollen perspektivisch die starre Trennung von inneren und äußeren Schulangelegenheiten aufheben, weil sie Reformen hemmt und nicht im Sinne der Kinder und Jugendlichen ist. Es sind doch die gleichen Kinder, die einmal von der Jugendhilfe angesehen werden und einmal von der Schule.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist doch nicht im Sinne der Kinder.

Wir wollen eben keine rein staatliche Veranstaltung, sondern ein vielfältiges buntes Angebot mit Bildung, Betreuung und Freizeit. Wir wollen Schulen zu Häusern des Lebens und Lernens weiterentwickeln; denn Schule ist mehr als Unterricht.

Wir wollen ausdrücklich bürgerschaftliches Engagement in den offenen Ganztagschulen - aus Sport- und Kulturvereinen, aus der Elternschaft und von jungen Erwachsenen, die eben Verantwortung für die Schulen in ihrem Stadtteil übernehmen. Ich ärgere mich wirklich, wie Sie ein faires Angebot schlechtreden, statt mit dafür zu werben, dass es angenommen wird, weil es für die Kinder und die Eltern gut ist und weil es in dieser Gemeinschaftsleistung für unsere Gesellschaft gut ist. Sonntagsreden zum Ehrenamt hier und eine rein staatliche Veranstaltung da - auch das, meine Damen und Herren von der CDU, passt vorn und hinten nicht zusammen.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen - das wird ja nicht eintreten - wecken Sie Erwartungen, indem Sie gigantische Lehrerinnen- und Lehrerzahlen in den Raum stellen. Diese Erwartungen würden Sie nie und nimmer erfüllen können.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einen weiteren Punkt kurz ansprechen, der während der Haushaltsberatungen eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hat, nämlich die Studienfinanzierung.

Mit den Studienkonten haben wir ein Reformmodell durchgesetzt, das dem Anspruch auf Nach-

haltigkeit auf der einen und individueller Steuerung und Nachfrageorientierung auf der anderen Seite Rechnung trägt. Das ist im Ergebnis grün pur. Darüber freuen wir uns sehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was aber tut die Opposition? - Sie nölt.

"Studienkonten niemals!", ruft die FDP. Schon gar nicht darf irgendetwas den Haushalt entlasten.

Ja, meine Damen und Herren, was ist das denn für ein Haushalt? - Das ist der Haushalt der Bürgerinnen und Bürger, über den wir hier reden. Den müssen wir entlasten. Es kommt nämlich allen zugute, wenn wir den Haushalt entlasten. Deshalb finde ich das eine irrwitzige Argumentation.

Von der CDU wissen wir - das war schon eine Überraschung -, dass sie auf einmal für 250 € pro Semester von Anfang an ist. Das hätten wir gern früher gewusst, liebe Kolleginnen und Kollegen, als Sie sich in den diversen und nicht einfachen Diskussionen mit den Studierenden einen schlanke Fuß gemacht haben und jede konkrete Aussage schuldig geblieben sind.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Da haben Sie sich wacker durchgeschlagen. Bei der Verabschiedung des Haushaltes kommen Sie jetzt und sagen, sie wollten pro Semester von jedem von Anfang an 250 €.

So funktioniert Fundamentalopposition, nicht aber Politik in Gesamtverantwortung. Aber so kennen wir ja unsere hochverehrte Opposition.

Meine Damen und Herren, im Jahr 2002 wurden auch die Weichen für die Neustrukturierung der WestLB gestellt. Damit stellt sich zumindest für uns auch die Frage der Zukunftsfähigkeit dieser Bank. Dazu gehören aus unserer Sicht zwei Seiten einer Medaille. Die eine ist die Kapitalerhöhung. Die Landesregierung hat hierzu mit den anderen Gewährträgern ein Modell entwickelt, das nicht zur Belastung des Landeshaushaltes führt. Das begrüßen wir. Alles andere wäre auch angesichts der Finanzlage des Landes nicht zu beantworten.

Die andere Seite der Medaille ist die Verankerung einer Nachhaltigkeitsstrategie. Nur eine Strategie der Nachhaltigkeit als Grundlage der Geschäftspolitik der WestLB wird ihre internationale Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit sichern. Insofern ist die Einhaltung internationaler Umwelt- und Sozialstandards keine Gefälligkeit von irgende-

mandem gegenüber den Grünen oder gegenüber Nichtregierungsorganisationen - das ist auch gut, wenn man sich so verhält -, nein, eine solche Herangehensweise und Ausrichtung an sozialen und nachhaltigen Kriterien liegt allen voran im eigenen Interesse der Bank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Dialog darüber ist für uns Grüne bei weitem nicht abgeschlossen. Dabei wissen wir den Ministerpräsidenten an unserer Seite, der in seiner Regierungserklärung die wachsende Bedeutung der Nachhaltigkeit ausdrücklich formuliert hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Jahr für Jahr bildet die Frage der Kommunalfinanzen einen Schwerpunkt der Auseinandersetzung der Haushaltsdebatten. Positiv am Gemeindefinanzierungsgesetz bleibt der hohe Anteil frei verfügbarer Mittel für die Kommunen. Die Schlüsselzuweisungen wurden in Umsetzung der November-Steuerschätzung durch Umverteilung innerhalb des Systems gesichert. Das begrüßen wir.

Insgesamt kommen aber auf die Kommunen im nächsten Jahr noch schwierigere Zeiten zu; denn aufgrund des tatsächlichen Ergebnisses der Verbundsteuern kommt es bei der Abrechnung des Steuerverbundes zu einem negativen Abrechnungsbetrag. Das hat allerdings nicht etwas mit der Landespolitik zu tun, wie von der CDU behauptet, sondern das ergibt sich aus der spitzen Abrechnung der geschätzten Steuereinnahmen. Der Betrag, der jetzt zurückzahlen ist, wurde den Kommunen im Jahre 2001 zu viel ausgezahlt.

Der Steuerverbund wird nämlich immer im übernächsten Jahr abgerechnet. Insoweit haben wir an den Grundlagen der Kommunalfinanzierung überhaupt nichts geändert, wie Sie das immer wieder suggerieren. Der Steuerverbund von 23 % bleibt für unsere Gemeinden auch im Jahre 2003 auf Heller und Cent unangetastet.

Die Landesregierung hat zugunsten der kommunalen Selbstverwaltung zweckgebundene Zuschüsse reduziert und die Schlüsselzuweisungen entsprechend gestärkt. Das ist den betroffenen Häusern weiß Gott nicht leicht gefallen. Sie werden sicherlich, wenn an der einen oder anderen Stelle die Mittel für ein Stadterneuerungsprogramm nicht fließen und Sie das in Ihrem Wahlkreis zu verantworten haben, auf die böse Landesregierung schimpfen, obwohl sich diese insgesamt nur kommunalfreundlich entschieden hat.

Auch wir können nicht zaubern. Auch wir können nur die Steuereinnahmen an die Kommunen wei-

tergeben, die wir auch tatsächlich einnehmen. Was Sie uns hier vorwerfen, ist billige Polemik.

Wirklich helfen kann angesichts dieser dramatischen Finanzlage nur eine Reform der Kommunalfinanzen. Die Kommission auf der Bundesebene muss hier schnell zu Ergebnissen im Sinne unserer Kommunen kommen.

Überhaupt nicht im Sinne der Kommunen ist der jüngste Vorstoß des Kollegen Rüttgers in Sachen Abschaffung der Gewerbesteuer. Das, Herr Rüttgers, ist der völlig falsche Weg. Und mit dieser Einschätzung bin ich nicht alleine; diese teilen auch die Oberbürgermeister mit CDU-Parteibuch. Viele vor Ort verstehen wirklich nicht, was Sie sich dabei gedacht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir als Grüne setzen nach wie vor auf eine modernisierte Gewerbesteuer, die den Kommunen verlässliche Einnahmen sichert. Das ist kommunalfreundlich. Wer die Abschaffung der Gewerbesteuer fordert, macht sich zum Totengräber der kommunalen Finanzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bislang taten das nur die Kollegen der FDP, aber nun reihen Sie sich von der CDU bedauerlicherweise in diesen Reigen ein.

Meine Damen und Herren, ich habe bewusst darauf verzichtet, detailliert auf all die vielen Veränderungen in den einzelnen Ressorts einzugehen; das ist in der zweiten Lesung hinreichend geschehen.

Mir ist es wichtig, Folgendes noch einmal deutlich zu machen: Wir wollen klar sagen, dass wir die Probleme sehen und weiß Gott noch nicht alle gelöst haben. Wir wagen uns an neue Lösungen. Wir werben um Mitarbeit und kreatives Mitgestalten der Zukunft. Es besteht kein Anlass zum Jammern. Wir müssen vielmehr Optimismus verbreiten. Es hilft nur analysieren, anpacken und machen.

Einen Leitbegriff will ich noch einmal nennen: Nachhaltigkeit muss aus unserer Sicht zum Schlüsselbegriff des 21. Jahrhunderts werden. In jeder Krise steckt die Chance zum Neuanfang. Um mit Erich Fried zu schließen: "Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt." Darum, meine Damen und Herren, muss das nächste Jahr ein Reformjahr werden - hier in Düsseldorf und in Berlin. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Für die Landesregierung hat jetzt Herr Ministerpräsident Steinbrück das Wort.

**Peer Steinbrück, Ministerpräsident:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen, Herr Rüttgers, auf eine Bemerkung zu sprechen kommen, die ich so nicht im Raume stehen lassen möchte.

Es ist nicht hinnehmbar, dass Sie ein Mitglied meines Kabinetts in einem Halbsatz dahin gehend bezeichnen, dass es im Leben gescheitert sei,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

und dass Sie mich anschließend mit einer ziemlichen Chuzpe auffordern, mich zu schämen, ein solches Mitglied im Kabinett zu haben. Dies ist eine Art der Herablassung und Ehrabschneidung, wie sie in diesem Raum nicht vorkommen sollte.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Anders ausgedrückt: Wir beide müssen über parlamentarischen Stil eigentlich nicht reden. Wenn in solchen Fragen aber das Temperament mit einem in dieser Form durchgeht, müssen wir es tun. Sie wissen - und das haben Sie in dem kurzen Disput mitbekommen -, dass ich gelegentlich den Eindruck habe, dass Ihre Entrüstung, auch Ihre Empörung etwas Aufgesetztes haben. Sie könnten belegen, dass dies nicht der Fall ist, wenn Sie in diesem Fall über Ihre Einlassung selber empört wären. Ich würde darauf gar nicht so zu sprechen kommen, wenn es nicht ein Wiederholungsfall wäre.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Roland Koch lässt grüßen!)

Ich kann mich daran erinnern, dass Sie sich in Ihrer Antwort auf meine Regierungserklärung schon einmal bemüßigt fühlten, ein anderes Kabinettsmitglied als Mitglied eines gescheiterten Kabinetts zu bezeichnen. Damals empfand ich das als zumindest teilweise komisch, weil Sie das ja auch sind.

(Lachen bei SPD und GRÜNEN)

Es wirkt deshalb nicht nur falsch, sondern grotesk, jemandem vorzuwerfen, im Rahmen demokratischer Wahlen abgewählt worden zu sein. Dies gilt insbesondere, wenn man diesen Prozess schon selber erlebt hat.

An anderer Stelle haben Sie gesagt, dieses Kabinett bestehe nur aus Beamten. Vielleicht bin ich

falsch informiert, aber Sie sind doch auch Kommunalbeamter gewesen - oder nicht?

Ich wäre dankbar, wenn sich das, was Sie an Pulver haben und erkennbar gegen uns als Munition in Stellung bringen wollen, auf die Sachfragen erstreckt und wenn Sie davon Abstand nehmen, Mitglieder meines Kabinetts in der Form persönlich anzugehen, wie Sie es getan haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will hinzufügen: Ich respektiere Ihr soziales Mitgefühl - keine Frage. Sie sollten nur nicht dem Eindruck unterliegen, Sie seien der Einzige, der Kontakt zu Gruppen in Nordrhein-Westfalen pflegt, die erkennbar zu den Gehandicapten gehören. Ich habe eine gewisse Hemmung, an diesem Ort und auch an anderen Orten darüber zu sprechen, weil ich den Eindruck habe, dass solche Äußerungen leicht taktlos sein oder zumindest so wirken können. Das will ich für meinen Teil wenigstens ausschließen. Das hat nichts damit zu tun, dass wir gerne streiten können, ob die Landesregierung mit Blick auf die Probleme, die Sie beschrieben haben, richtig oder falsch gespart hat. Sie wissen auch, dass dies keine originär staatlichen Aufgaben in der Zuständigkeit des Landes sind. Es sind vielmehr kommunale Aufgaben.

Wir reden an anderer Stelle darüber, dass sich der Staat auf seine Kernaufgaben beschränken sollte. Dann muss man aber auch über den Rückzug aus Aktivitäten und Fördermaßnahmen des Staates - in diesem Fall: des Landes Nordrhein-Westfalen - ohne sozialpädagogischen oder moralisierenden Zeigefinger reden können und ohne dass ich deshalb als kaltherzig oder unsensibel dargestellt werde.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der Kollege Moron hat durch seine sehr starke Rede

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lachen bei CDU und FDP)

eigentlich alles vorweggenommen, sodass ich mich nur noch auf einige Punkte konzentrieren muss.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, Herr Palmen, die Rede hat ziemlich geseesen. Die hatte Trefferwirkung; das darf ich von diesem Podium ruhig sagen. Ich bitte deshalb um Nachsicht, wenn ich mich an wenigen Stellen wiederhole.

(Manfred Palmen [CDU]: Was sagen Sie zu seinen Beleidigungen?)

Es ist die dritte oder vierte Haushaltsdebatte, an der ich jetzt in neuer Funktion bzw. früher als Finanzminister teilnehme, Herr Rüttgers, die mit denselben Plattitüden von Ihnen eröffnet und bestritten wird. Sie werfen uns immer vor: Sie sind der größte Schuldenmacher aller Zeiten.

(Lothar Hegemann [CDU]: Was richtig ist, ist richtig!)

Ich erwähne es deshalb, weil ich mich daran erinnern kann, dass Sie Mitglied eines Bundeskabinetts gewesen sind, das diesen Titel erkennbar mehr verdient als wir.

(Beifall bei der SPD - Manfred Palmen [CDU]: Wieder Verleumdung!)

Als Sie Bundesminister gewesen sind und Beschlüsse mitgetragen haben, ist, relativ gesehen - von absoluten Zahlen rede ich erst gar nicht -, einer Entwicklung Raum gegeben worden, die Ihr jetziges Verhalten nicht rechtfertigt: Sie werfen hier so vorbehaltlos oder gar naiv fröhlich mit bestimmten Begriffen um sich. Klar ist allerdings, dass Sie sich auf die Tickermeldungen konzentrieren, in denen diese Begriffe vorkommen sollen.

Die zweite Bemerkung, ohne die Sie nie auskommen können, betrifft den Investitionsstau. Diesbezüglich habe ich schon erlebt, dass Sie quasi wie Wasserstandsmeldungen wöchentlich vortragen, wie sich dieser spielend um Milliardenbeträge erhöhte.

Dies gilt auch für das Stichwort Ausplünderung der Kommunen. Da gehen Sie ohne Differenzierung über eine Reihe von Sachverhalten hinweg, über die man meiner Meinung nach viel ernsthafter reden könnte.

Ich will Ihnen ein Beispiel geben. Wenn der Landesstraßenbau in die Zuständigkeit des Landes überführt wird, wie wir es gemacht haben, hat das natürlich zur Folge, dass die Kommunen an anderer Stelle Befrachtungen bekommen. Das ist völlig logisch; denn sie sparen aufgrund der von uns vorgenommenen Operation ja Geld.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Nicht immer!)

Ein weiteres Beispiel: Im Rahmen der Steuerreform des Jahres 2000 sollen alle Gebietskörperschaften der Bundesrepublik Deutschland die damit verbundenen Steuermindereinnahmen gleichermaßen tragen. Daher ist es doch klar, dass die Kommunen daran beteiligt werden.

Sie und Herr Wolf haben von diesem Podium aus vehement gefordert, die damit verbundene Erhöhung der Gewerbesteuerumlage von 20 auf 30 % rückgängig zu machen. Wie wollen Sie die entsprechenden Mindereinnahmen unseres Haushalts - es geht um 260 oder 270 Millionen € im nächsten Jahr - denn ausgleichen?

(Beifall von Edith Müller [GRÜNE])

Dazu kommt von Ihnen keine Antwort. Sollen wir in die Nettoneuverschuldung hineingehen - mit der Perspektive, dabei die Verfassungsgrenze zu überschreiten? Welche Vorwürfe würden Sie uns denn dann machen?

Diese Schnellschüsse, die sich plakativ so gut vorzeigen lassen und auch ein bisschen blinken, halten keiner Nachfrage stand, prägen allerdings das Niveau dieser Debatte.

"Wir haben das Land in die Pleite geführt." - Ich will die Probleme überhaupt nicht verharmlosen, habe aber den Eindruck, dass wir im Vergleich zu allen anderen 15 Ländern dieser Republik in unserem Haushaltsmanagement für das Jahr 2003 relativ gesehen ein ziemlich gutes Handwerk hingelegt haben. Das ist meine Meinung.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auf die diversen Falschdarstellungen, z. B. Ihre Einlassungen zum Wissenschaftsetat oder zur Einstellung von Lehrern - diesen Punkt hat Herr Moron Gott sei Dank schon richtig gestellt - will ich nicht näher eingehen. Die einzige Formulierung, die Sie heute nicht wieder aufgegriffen haben, ist die so genannte Kürzung der Schulpauschale. Diesen Vorwurf habe ich von Ihnen in den letzten Debatten vier- oder fünfmal gehört. Endlich haben Sie kapiert, dass es sich hier um eine Verschiebung gehandelt hat.

Fazit ist, dass man sehr viele Wiederholungen hört. Es ist wenig Neues dabei. Das sage ich insbesondere mit Blick auf Herrn Wolf, der mich aufgefordert hat, Herrn Sengera anzurufen. Spätestens bei dieser Formulierung habe ich gedacht: Herr, gib mir Geduld; es könnte schlimmer werden. - Der Herr gab mir Geduld, und es wurde schlimmer. Was ich mir da teilweise anhören muss, ist inzwischen so platt, dass man wirklich auch körperlich darunter leidet.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir können mit den Vorschlägen der FDP kurz - und von mir aus auch schmerzhaft - aufräumen. Die Vorstellung, von der WestLB vor dem Hintergrund einer Auseinandersetzung vor dem Europä-

ischen Gerichtshof 800 Millionen € abräumen zu können, ist unübertreffbar absurd.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wissen erfreulicherweise übrigens auch die politischen Kollegen auf der Seite der CDU.

Herr Wolf, ich stelle fest, dass Sie den Unterschied zwischen dem Vertragsverletzungsverfahren und dem Hauptsacheverfahren offenbar nicht richtig mitbekommen haben, ohne Ihnen diesen Unterschied jetzt in einem Seminar darlegen zu wollen. Im Übrigen ist bei dem Vertragsverletzungsverfahren deutlich gemacht worden, dass die spätere Abwicklung je nach Ausgang des Hauptsacheverfahrens möglicherweise unbar ablaufen kann. Sie muss keineswegs bar erfolgen.

Selbst wenn sie bar ablaufen müsste - Herr Wolf, das sage ich der gesamten FDP-Fraktion -, können Sie der WestLB in dieser Situation nicht einfach 800 Millionen € entziehen; denn dann könnten Sie die Bank schließen. Das im Augenblick nachrangig haftende Kapital der WestLB können Sie nicht in einem solchen Ausmaß beschädigen, wie Sie es wollen. - Damit ist das Ende der Debatte erreicht. Ich weiß nicht, worüber man sich weiter austauschen sollte.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Übrigens haben Sie auch dieses Thema schon drei- bis viermal aufgeworfen.

Ferner sagen Sie, im Falle einer abrupten Streichung der Kohlebeihilfe könne man vom Bund weitere 500 Millionen € für ein Infrastrukturprogramm bekommen. Diesen Vorschlag haben Sie gestern in die Presse gebracht.

Lieber Herr Wolf, streiten Sie vor dem Hintergrund solcher Vorschläge unter Inanspruchnahme eines Haushalts, der erkennbar außerhalb unserer Reichweite liegt, nie wieder mit mir über die Frage der Etatreife.

Wenn ich beides addiere - die 500 Millionen €, die Sie beim Bund gerade eben mit einer Presseverlautbarung Ihrerseits abgefischt haben, und die 800 Millionen €, die Sie der WestLB entziehen wollen -, dann brechen Ihnen in diesen fünf Minuten, in denen ich hierauf eingehe, 1,3 Milliarden € aus Ihrem gestern öffentlich vorgestellten Vorschlag weg. Damit ist doch Schluss der Debatte. Worüber will man sich noch austauschen, wenn sich das Ganze erkennbar auf einer Wolke bewegt, auf der eine weitere Debatte keinen Sinn mehr macht?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das Gleiche gilt für einen anderen Vorschlag, den Sie ewig wiederholen. Daher habe ich Ihnen eben von der Regierungsbank - ich hoffe, nicht zu laut - zugerufen: Worin liegt Ihr Gegenfinanzierungsvorschlag für eine Abschaffung der Gewerbesteuer? - Darauf kam nichts. Sie führen nur den Selbstfinanzierungsmechanismus von Steuersenkungen ins Feld. Das ist Ihre Antwort.

Dem widerspricht jede Statistik anderer Staaten, die mir vorliegt. So ist in den USA die Staatsverschuldung im Anschluss an die Steuersenkungen der Reaganschen Zeit deutlich angestiegen. Erst durch maßvolle Steuersteigerungen in der Clinton-Zeit sind die USA wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt gekommen. Es gibt kein empirisches Indiz dafür, dass sich Steuersenkungen in einer Elastizität von 1 über dann auftretendes Wachstum und entsprechende Steuerermehrungen refinanzieren.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Sie wollen den Kommunen leichtfüßig 26 oder 27 Milliarden € brutto entziehen, haben sich aber nicht bemüht gefühlt, dem staunenden Publikum von diesem Pult aus zu sagen, was die Kommunen denn stattdessen bekommen. Sie bleiben die Alternative schlicht und einfach schuldig.

Deshalb macht es auch keinen Sinn, über diese Passagen in Ihrer Antwort auf unseren vorgelegten Haushalt in eine lange Debatte einzusteigen. Wir sollten uns daher aufrecht, ehrlich und ohne jede Aufregung darauf einigen, dass wir hier schlicht und einfach unterschiedlicher Auffassung sind.

(Edith Müller [GRÜNE]: Wir vergessen die FDP!)

Herr Wolf, ich weise in allem Ernst - an diesem Punkt ist mir sehr gelegen - darauf hin, dass auch ein Ministerpräsident einen Anspruch auf eine etwas bessere Vorbereitung Ihrerseits hat. Sie sollten mir keine Dinge unterstellen, die ich nie gesagt habe oder bei denen man erkennbar den Eindruck hat, dass mit Popanzern operiert wird.

Sie dürfen mir von dieser Stelle aus nicht vorhalten, dass ich für eine Vermögensteuer oder eine Zinsabschlagsteuer gar keine steuerrechtliche Bindung mit Blick auf die Bildungsfinanzierung vornehmen kann. Ich habe so etwas nie behauptet. Woher haben Sie das? - Im Gegenteil: In diversen Interviews habe ich deutlich gesagt, dass eine solche steuerrechtliche Bindung verfassungswidrig wäre und dass es sich um eine politische Bindung handelt. Warum halten Sie mir das also vor?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich kann Ihnen viele weitere Beispiele dieser Art geben. Man hat den Eindruck, das Ganze sei kalt geschrieben. Sie haben behauptet, ich hätte in meinem Landesvorstand - was dort niemand gehört hat - mit dem Begriff "Pinscher" operiert. Das habe ich nicht getan, wie Sie der heutigen Berichterstattung der "Rheinischen Post" entnehmen können.

Ferner heben Sie auf den Vergleich zum amerikanischen Steuersystem ab. Ich bitte Sie um eine Aussage darüber, ob Sie mir nicht zustimmen, dass das Steuerniveau in den USA in der Addition von Local Taxes, State Taxes und Federal Taxes mit dem Niveau in der Bundesrepublik Deutschland unter den Bedingungen des 1. Januar 2005 durchaus vergleichbar ist. Das wäre der Einstieg in eine ernsthafte Debatte.

Sie müssen übrigens zugeben, dass die Substanzbesteuerung in den USA ungefähr um den sechsfachen Faktor höher ist als in der Bundesrepublik Deutschland. Sie müssen sich auf diese Debatte inhaltlich einlassen. Das tun Sie nicht. Stattdessen wird mit diesen Plakaten operiert. Das ist als intellektuelle Herausforderung auf Dauer jedenfalls wenig vorantreibend.

Ich greife auf, was Herr Rüttgers gesagt hat. Da liegt meiner Meinung nach ein richtiger Punkt: Ja, wir reden darüber, dass wir in Nordrhein-Westfalen keine Strukturen konservieren können. Wir können uns das nicht leisten. Dem stimme ich ausdrücklich zu. Das heißt, darüber haben wir keinen Streit.

Ich glaube, Sie finden in diesem Saal niemanden, der der Auffassung ist, dass wir es uns vor dem Hintergrund des rasanten Tempos um uns herum leisten können, auch teilweise überkommene Strukturen, mit denen wir es zu tun haben, zu konservieren.

Wir reden dann über das sehr viel schwierigere Thema, Herr Rüttgers: Wie überführen wir diese Strukturen? In welchem Tempo? Wie machen wir das, ohne dass es darüber zu Zerreißproben oder Brüchen kommt, die erkennbar mehr kosten können als das, was wir im Augenblick aufwenden, um diesen Strukturwandel einigermaßen behutsam zu betreiben?

Ich habe gelernt, dass Sie in den letzten Wochen mit einem bemerkenswerten Tempo eine Reihe von Stichworten in die Debatte werfen, die ein bisschen aus der strategischen Garküche kommen, mit saftigen Überschriften. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die Kohlesubventionierung in

der nächsten Zeit, also bis 2006, halbiert werden soll. Wir hatten dieses Thema am letzten Freitag.

Mich würde nach wie vor interessieren: Vertreten Sie die Meinung, dass es dann zu betriebsbedingten Kündigungen im Steinkohlenbergbau kommen muss? Vertreten Sie die Meinung, dass über die zwei in Rede stehenden Zechen hinaus noch andere Zechen auf der Wegstrecke bis 2009/2010 geschlossen werden müssen? Wenn das der Fall ist, wie Sie mir signalisieren: Wie wird das finanziert und aufgefangen?

Was bedeutet dies für den Fortentwicklungsprozess von RAG und DSK? Welche bilanziellen Vorsorgen müssten getroffen werden? Wie viele Arbeitnehmer sind davon in welcher regionalen Konzentration betroffen? Wie geht die Arbeitslosenquote da hoch? Was haben wir an sozialen Kosten damit zu bewältigen? Wie stehen diese ökonomischen und sozialen Folgekosten im Verhältnis zu den 750 Millionen €, die Sie einsparen wollen? Darüber muss man in der Debatte ernsthaft reden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

An einer solchen Debatte bin ich interessiert. Ihr verweigere ich mich nicht. Über Ihre Schnellschussaktion nach dem Motto: "Ich versuche mich selber an der Seite der Modernisierer zu überholen" - ich rede jetzt gar nicht mehr über den Ansatz der FDP, die am liebsten gleich alles dichtmachen möchte; da hört die Diskussion dann irgendwo auf - würde ich gerne mit Ihnen debattieren.

Das Gleiche erstreckt sich, bei Ihnen differenzierter als bei der FDP, auf das Thema einer Gewerbesteuerreform. Ich lerne und lese sehr aufmerksam, dass Sie sich das Konzept des BDI und VCI und - wenn ich es richtig sehe - auch des Bundes der Steuerzahler weitestgehend zu Eigen machen. Das ist in Ordnung. Das kann man intellektuell aufgreifen.

(Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

Dies bedeutet nur, Herr Stahl, dass Sie dann eine Refinanzierung für die wegfallenden Gewerbesteuern der Kommunen über eine Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Kommunen brauchen. Richtig! Wem nehmen Sie aber diese Umsatzsteuerpunkte weg? Sie nehmen sie dem Land und dem Bund weg.

(Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

Dann sagen Sie, Sie wollten ein eigenes Hebesatzsteuerrecht bei der Körperschaftsteuer. Darüber kann man auch reden. Ich lese nur - Sie

müssen mich verbessern, wenn das nicht der Fall ist -, dass Sie darüber auch die Körperschaftsteuer von jetzt 25 % auf 37,5 % oder 37,6 % erhöhen wollen. Dann dürfen Sie mir allerdings nie vorwerfen, dass ich für Steuererhöhungen eintrete, was Sie doch gerade tun - nie wieder!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

- Viel anders argumentiere ich an anderen Stellen auch nicht. Es ist übrigens so, dass im Augenblick der weitaus größere Teil der Mittelstandsunternehmen gar keine Gewerbesteuer zahlt - das wissen Sie -, weil diese, soweit es Personengesellschaften sind, auf die Einkommensteuer angerechnet werden kann. Das heißt, faktisch haben Sie in den Gemeinden von Nordrhein-Westfalen im Augenblick nur noch einige wenige, kaum noch kalkulierbare Gewerbesteuerzahler. Sie haben nicht den Handwerksbetrieb mit zehn Beschäftigten, der noch Gewerbesteuer zahlt. Das heißt, Sie machen eine solche Operation mit dem Effekt, dass die Kommunen den Kontakt zu ihren Unternehmen vor Ort verlieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist der Effekt. Über den muss man dann reden.

Das dritte Thema, das Sie hochziehen, ist der soziale Wohnungsbau. Auch hier glaube ich insbesondere mit Blick auf die Zweckbindung des Landeswohnungsbau-, des Wfa-Vermögens, dass dies ein wichtiger Punkt ist, der debattiert werden sollte. Da stimme ich Ihnen ausdrücklich zu. Es gibt dazu auch erste Debatten innerhalb meiner Partei und meiner Fraktion.

Aber deshalb müssen wir doch nicht zu einer Konfrontation zwischen der Förderung des Mietwohnungsbaus einerseits und der Eigentumsbildung andererseits kommen. Wir reden doch über ein Sowohl-als-auch in diesem Zusammenhang.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir reden doch nicht über ein Entweder-oder in diesem Zusammenhang. So, wie Sie es vortragen, bekommt man den Eindruck, dass das ziemlich einseitig ist.

Dann nehmen Sie das Thema Studiengebühren. Dazu hat Herr Moron das Richtige und Notwendige gesagt. Da habe ich mir die Augen gerieben, mit welcher Emphase und mit welcher kritischen Haltung Sie sich im Sommer in Sachen Studiengebühren - moralisierend, sich einen weißen Fuß machend - bei den Studenten vorgeführt haben. Jetzt kommen Sie mit dem Thema 250 € beim

Erststudium und behaupten auch noch, dass Sie darüber eine Beschleunigung von Studienzeiten hinbekommen. Das müssen Sie mir einmal erklären.

Jetzt ist es doch so: Derjenige, der das Geld hat, legt es auf den Tisch, zahlt 250 € und studiert so lange, wie er kann. Derjenige, der das Geld erkennbar nicht hat oder einen Kredit aufnehmen muss, ist daran interessiert, schneller zu studieren als bisher. Das heißt, unter sozialpolitischen Gesichtspunkten fördern Sie diejenigen, bei denen das eigentlich gar nicht nötig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich verstehe das nicht. Wir haben damals auch ein Darlehensmodell - allerdings nicht mit Blick auf das Erststudium - verabschiedet. Können Sie sich an diese Debatte erinnern? Damals musste ich auch den einen oder anderen Seitenhieb von Ihnen aushalten.

Lieber Herr Stahl, sehr geehrter Herr Rüttgers, manchmal muss man seine eigenen Worte "essen". Und Sie müssen Ihre eigenen Worte in Sachen Studiengebühren jetzt "essen".

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Helmut Stahl [CDU]: Sie nehmen es von allen!)

Ich habe den Eindruck, das ist so eine Art Strategiewechsel aus der Retorte, den Sie da gerade in einem ziemlichen Tempo vorlegen, der eher einer Binnenreflexion mit Blick auf die Debatte entspricht, als dass er wirklich aktuell und ernsthaft gemeint ist, um so kurz vor Ende der Beratung des Haushalts 2003 hier im Landtag wirklich noch Kreise zu ziehen.

Ich möchte auf drei weitere Punkte eingehen. Sie merken, ich kann hier kein geschlossenes Gemälde in Sachen Haushaltsstatistik aufzeigen, weil Sie das alles kennen.

Die Zuwanderung! Ja, ich glaube, wir sind über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg aufgefordert, uns nach dem heutigen Bundesverfassungsgerichtsurteil, nach dem die bisherige Gesetzgebung nicht verfassungskonform zustande gekommen ist, hinzusetzen ---

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Das haben wir immer gesagt!)

- Ja, das haben Sie immer gesagt, und das war vor dem Bundesverfassungsgericht zu klären. Ich weiß nicht, was Sie mit diesem Hinweis - sein Erkenntnisgewinn drängt sich mir nicht auf - jetzt bezwecken, Herr Wolf.

Es geht kein Weg daran vorbei, dass wir uns hierzu zusammensetzen müssen. Ich sage auch gleichzeitig: Man sollte über den heutigen Spruch nicht feixen. Denn die berühmte Bundesratssitzung, Herr Hardt, war von vielen Auftritten geprägt, wie Sie wissen. Bei manchen hatte man auch den Eindruck, dass das Selbstinszenierungselement sehr stark sein könnte.

(Beifall bei der SPD)

Ich will darauf hinaus, dass mit Blick auf eine weitere materielle Aufbereitung, Herr Rüttgers, es nicht ganz unwichtig sein wird, dass die CDU - genauso wie umgekehrt - wohl etwas stärker auf die Stimmen wird eingehen müssen, die in Ihren Reihen Frau Süßmuth und Kollege Müller aus dem Saarland, die Kirchen und auch die Wirtschaft in diese Diskussion sehr frühzeitig eingebracht haben. Wenn wir es erreichen, dass diese Punkte von Ihnen aufgenommen werden - wie auch erkennbar einige von uns -, kann ich mir vorstellen, dass wir in dieser zentralen Frage der Zuwanderung und einer Regelung, die es uns ermöglicht, dieses Thema in der Bundesrepublik Deutschland anzufassen, zueinander kommen und uns nicht vor dem Bundesverfassungsgericht wiederfinden.

(Beifall bei der SPD)

Was die Vermögensteuer betrifft, so will ich mich da gar nicht in die Büsche schlagen. Die Argumente, die von mir vorgetragen worden sind und die ich jetzt nicht wiederholen will, bleiben richtig.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Die meisten Menschen im Land Nordrhein-Westfalen und in vielen anderen Ländern haben eine sehr konkrete Vorstellung davon, dass das deutsche Steuersystem in eine Schiefelage geraten ist. Die einzigen, die das aus durchsichtigen Gründen nicht so analysieren, ist die FDP. Es hat sich in den letzten 10, 20, 30 Jahren eine Schiefelage entwickelt: hin zu immer mehr Belastungen für Lohnsteuer- und für Einkommensteuerzahler und immer weiter weg von dem, was man Substanzsteuer nennen kann oder was die Besteuerung von Nettogewinnen und auch von Nettovermögenspositionen betrifft.

**(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)**

Dies ist eine Debatte wert, auch wenn man sie nicht im ersten Ansatz gewinnt, auch wenn ein anderes Instrument kommt - unterhalb der Kriterien, die für mich entscheidend waren -, von dem ich erwarte, dass es nicht in demselben Ausmaß, aber immerhin zu dem entscheidenden politischen Zweck beiträgt, nämlich der Bildungsfinanzierung.

Da stehe ich in der Tat auf dem Standpunkt: Es kommt in der Politik nicht darauf an, Recht zu haben, sondern es kommt darauf an, Recht zu bekommen. Insofern ist das ein Werkstück, an dem man arbeiten muss. Dass Sie darüber mit Bildern wie "Der Bundeskanzler hat mich im Regen stehen lassen" feixen, das werde ich in Kauf nehmen müssen. Da Sie lange gegen die Vermögensteuer plädiert haben, müssen Sie sich eigentlich darüber freuen, dass es jetzt so gekommen ist.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU)

- Ja, dann drücken Sie das doch auch so aus. Das ist doch ganz einfach. Das ändert nur nichts daran, Herr Rüttgers - bei der FDP ist das doch wohl vergebliche Liebesmühe, darüber geht des Sängers Höflichkeit hinweg -, dass die Steuerstrukturdebatte, die wir schon mehrfach am Wickel gehabt haben, eine Frage ist, die sich nach wie vor mindestens aus der Sicht der beiden großen Volksparteien stellt. Denn wir kommen verteilungspolitisch in eine Schiefelage.

Was den Stau betrifft, so will ich meine flapsige Bemerkung gern etwas zurücknehmen, bleibe aber bei der Kernaussage: Sie können in Nordrhein-Westfalen, im Brüsseler Raum, in London, in Paris, im Stuttgarter Raum oder in Berlin gar nicht so viele Straßen hinzubauen, dass sie gar keine Stauerscheinungen mehr haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das heißt: Die alleinige Kilometer-Ideologie, man würde der Verkehrsverhältnisse Herr werden, wenn denn nur, wie Manna vom Himmel, die Mittel für Investitionen für die Verkehrsinfrastruktur fließen würden, ist eine Fehlannahme. Worüber wir in Wirklichkeit reden - da sind wir bei dem Punkt, den ich vielleicht zu stark verkürzt habe: - Es wird darauf ankommen, das Verhalten der Menschen zu ändern, ihnen auch Anreize dafür zu geben, schlichte Korrekturen im Verkehrsverhalten vorzunehmen, und damit natürlich auch Einfluss darauf zu nehmen, dass sich die Verkehrssituation entzerrter darstellt als bisher. Noch einmal: Die Mehrforderungen - "mehr, mehr, mehr", sprach der kleine Hävelmann -, auch mit Blick auf die begrenzten Möglichkeiten des Landeshaushalts, die ich ja gar nicht in Abrede stelle, lösen das Problem nicht, weder hier in Nordrhein-Westfalen, wo Sie uns immer weiszumachen versuchen, es sei hier alles spezifisch und schon von Johannes Rau zu verantworten, noch anderswo.

Ich bin neulich 20 km vor Brüssel umgedreht, weil ich in einem Verkehrsstau fest hing, der mich daran hinderte, zu einer Fernsehpodiumsdiskussion nach Brüssel zu kommen. Ich kenne die Ver-

kehrsverhältnisse anderswo in Europa ebenfalls. Sie sind nicht anders als hier. Es ist Tatsache, dass der Motorisierungsgrad ein solches Ausmaß hat, dass Sie dem erkennbar mit der bloßen quantitativen Entwicklung und der Korrelation durch entsprechende Straßenverkehrssysteme nicht mehr Herr werden können. Das heißt: Wir reden auch hier über qualitative Veränderungen und über strukturelle Veränderungen.

Ich will, bezogen auf die Gesamtgemengelage, wie sie sich in meinen Augen darstellt, noch einmal einige Zuspitzungen vornehmen. Nicht nur Nordrhein-Westfalen, sondern der Bund und alle Länder stehen in diesen Zeiten vor gleichen Herausforderungen: Wir müssen konsolidieren, aber keiner darf es merken. Wenn ich die zweite Lesung des Haushalts, Herr Rüttgers, Revue passieren lasse, dann habe ich insbesondere den Beiträgen von Herrn Kruse, von Herrn Uhlenberg, von Herrn Weisbrich und vorher von Herrn Henke zugehört: Es war nur Kritik an den Einsparungsvorschlägen des Landes und es waren nur Mehrforderungen.

(Beifall bei der SPD)

Man müsste fast eine Dokumentation darüber machen, dass es nicht einen einzigen Einsparungsvorschlag der Landesregierung gibt, der von Ihnen nicht massiv kritisiert worden ist, aus sehr durchsichtigen - ich scheue mich nicht zu sagen -, auch populistischen Gründen, weil man bei den verschiedenen Gruppen natürlich als derjenige dastehen möchte, der sich die Sympathiewerte holt. Das kann sich eine Opposition leisten. Eine Landesregierung kann sich das nicht leisten. Das waren vielfältige Beiträge. Es fing bei Herrn Weisbrich an und setzte sich systematisch fort.

Konsolidierung gelingt also offenbar nur dann, wenn es keiner merkt und keiner aufschreit. Sie wissen, dass das nicht zu haben ist, und Sie wissen, dass Konsolidierung auch solche Etats berührt, wo Sie anschließend der Landeregierung soziale Kälte oder andere Schimpfworte an den Hals werfen müssen. Aus einer Verantwortungsethik werden wir das akzeptieren müssen. Ich sehe keine andere Möglichkeit. Teilweise sind die Niveaus auch in diesen sensibel zu handhabenden Bereichen nach wie vor hoch, Herr Rüttgers: Dort kann die eine oder andere Million eingespart werden. Wenn Sie in Ihrer Rede dem Kollegen Schartau den Vorwurf machen, bei der Arbeitsmarktpolitik wird eingespart, dann antworte ich Ihnen: Das ist doch der Sinn von Hartz, dass dort Gelder eingespart werden, deshalb machen wir Hartz.

(Beifall bei der SPD)

An anderer Stelle haben Sie doch die Ineffizienz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums der Bundesanstalt für Arbeit oder anderer Töpfe beklagt. Das heißt: Jetzt wechseln Sie das Argument. Das ist die Beliebigkeit, von der Sie so häufig reden.

Der zweite Punkt ist: Offenbar müssen Sie die öffentlichen Investitionen steigern, aber gleichzeitig müssen die Gesamtausgaben sinken. Das ist vor dem Hintergrund des enormen Anteils der konsumtiven Ausgaben sehr schwer.

Sie sollen die Personalausgaben reduzieren, teilweise in einem Tempo, bei dem ich sage: Dann kommt es zu betriebsbedingten Kündigungen auch im öffentlichen Dienst. Das müssen Sie dann aber auch vertreten. Gleichzeitig sollen bis zu 10.000 Stellen mehr im Polizei- und Lehrerbereich geschaffen und konjunkturelle, auch antizyklische Impulse in der jetzigen sehr schwierigen Situation gegeben werden, aber das 3%-Defizitkriterium von Maastricht darf nicht verletzt werden.

Oder – letztes Beispiel –: Die öffentlichen Leistungen sollen auch aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger auf einem hohen Niveau bleiben, aber es sollen gleichzeitig – insbesondere aus Sicht der FDP – die Steuern weiter gesenkt werden.

Diese Debatte ist mit diesen Widersprüchen nicht weiterzuführen. Das macht keinen Sinn. Diese Debatte wird aber so geführt; ich kann Ihnen das in extenso gerne noch einmal darlegen. Sie kommen damit schlicht und einfach nicht weiter.

Ich behaupte, dass wir in diesem Jahr mit Blick auf den Haushalt 2003 trotz sehr schwieriger Rahmenbedingungen bereits in einem Ausmaß Einschnitte vorgenommen haben, bei denen ich Ihnen freimütig darlege: Noch einmal eine solche Operation von zweimal 1,4 Milliarden € wäre nicht zu schaffen gewesen. Sie wissen das, und Sie würden, wenn Sie je in der Regierungsverantwortung stünden – also nach vielen weiteren Legislaturperioden –, so wenig wie wir in der Lage sein, in einem Rhythmus von drei Monaten 1,4 Milliarden € aus einem Landeshaushalt wie diesem, dem zweitgrößten Haushalt der Republik, herauszuschneiden.

Von diesen insgesamt 2,8 Milliarden € gehen rund 500 bis 600 Millionen € zusätzlich auf das Konto der Nettokreditaufnahme, aber 2,2 Milliarden € sind auf unterschiedlichem Wege erwirtschaftet worden: durch Einnahmenverbesserungen, durch Einsparungen bei Sach- und Personalkosten, im

administrativen Bereich und insbesondere bei disponiblen Mitteln. An Ihrem Echo, Ihrer Lautstärke und Ihrer Kritik kann man erkennen, dass wir dort offenbar eingespart haben; denn sonst hätten Sie uns in der zweiten Lesung bei so vielen Maßnahmen nicht derart kritisieren können, wie das der Fall gewesen ist.

Dass Sie dann aber ein Bild von Nordrhein-Westfalen zeichnen, wir seien pleite, und auch im Ländervergleich ständig kolportieren, als ob man nur Asche über sein Haupt streuen könnte – all das hat mit den Fakten nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Seit 1998 sind wir in Nordrhein-Westfalen in der Lage gewesen, die Ausgaben abzusinken: minus 0,2 %. Der Durchschnitt der Flächenländer – alt – beträgt plus 2,5 %. Also waren wir verhältnismäßig diszipliniert.

(Helmut Stahl [CDU]: Soll oder Ist?)

Die bereinigten Gesamteinnahmen in diesem Jahr – diese Debatte werden wir noch über den Jahresabschluss bekommen – betragen plus 3,8 %. Damit liegt Nordrhein-Westfalen 2002 auf dem ersten Platz. Die bereinigten Gesamtausgaben in diesem Jahr sind um 0,6 % gesunken. Damit liegen wir auf dem dritten Platz unter den westdeutschen Flächenländern.

(Lachen von Helmut Diegel [CDU])

Bei den Steuereinnahmen liegen wir auf Platz eins. Bei der Finanzierungssaldoquote liegen wir in diesem Jahr mit minus 6,9 % auf Platz zwei unter den westlichen Flächenländern. Ich könnte diese Liste anhand einer manchmal langweilig anmutenden Haushaltsstatistik fortsetzen. Aber so schlecht ist diese Statistik nicht, Herr Rüttgers, als dass Sie Ihre Bezeichnung und Ihre Zensuren verdient.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie sollten deshalb, wie ich finde, auch in der Schilderung des Landes einen stärkeren Realitätsbezug haben. Mein Satz aus der Regierungserklärung gilt: Die Regierung ist aufgefordert und tut gut daran, dieses Land nicht in rosaroten Farben zu malen. Sie sind aufgefordert, dieses Land nicht in schwarzen Farben zu malen. Beides ist richtig.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben die Realität verloren. Ich brauche das nicht langatmig zu wiederholen; das hat Herr Kollege Moron mit Blick auf das Zukunftsprogramm eindrucksvoll dargestellt.

(Regina van Dinter [CDU]: Eindrucksvoll?)

Toller Titel, Wahnsinnstitel! Ich habe mir von den Fachleuten der Staatskanzlei und des Finanzministeriums schnell eine Analyse erstellen lassen und komme zu einer Deckungslücke von 566 Millionen €.

(Zuruf von der SPD: Unsolide!)

566 Millionen €, wenn Sie berücksichtigen, dass Sie gleichzeitig den Abbau der Nettoneuverschuldung um 685 Millionen € erreichen wollen. Ich habe mir eine Auflistung über Einnahmen und Ausgaben mit allen Schikanen machen lassen und wundere mich über Ihre Deckungslücke von 566 Millionen €.

(Widerspruch von der CDU)

Das ist absolut erstaunlich.

Ich sage Ihnen: Die Mehreinnahmen bei der Körperschaftsteuer bekommen Sie nicht – das wissen Sie –, auch nicht über ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren auf der Ebene des Bundesrats und des Bundestags. Herr Moron hat Recht: Die eine oder andere Stimme kommt aus Ihren eigenen Reihen, aber eine Mehrheit kriegen Sie in der eigenen CDU/CSU-Fraktion dazu nicht und im Bundesrat auch nicht.

Die so genannte Effizienzrendite von 125 Millionen € beim BLB ist genauso illusorisch wie in den vergangenen Jahren. Sie haben sie jedes Mal aufgeführt. Wir sind gerade dabei, dass der BLB tüchtig operiert und dabei ist, seine Abschreibungen zu finanzieren. Die erste Effizienzrendite ist in unserem Haushalt enthalten. Aber bei den 125 Millionen € gehen Sie nach dem Motto vor: Kann es nicht noch ein halbes Kilo mehr sein? Der Himmel ist die Grenze! – Das ist absolut willkürlich gegriffen.

(Helmut Diegel [CDU]: Das sagt doch das Gutachten!)

Sie können das Thema sicherlich nicht mit der 1,5%igen Stellenkürzung im Landeshaushalt lösen. Herr Moron hat seine Argumente darauf zugeschnitten, wenn allein die Bereiche Schule, Hochschule und Polizei sowie Justiz ausgenommen würden. Wenn ich darüber hinaus Ihre Forderungen und Ihre Debatten verfolge, Herr Diegel, dass Sie auch in der Finanzverwaltung und z. B. auch bei Richtern und Staatsanwälten keinen Stellenabbau wollen, dann bleibt bei 1,5 % nur noch eine Bemessungsgrundlage übrig, mit der Sie lediglich 375 Stellen erwirtschaften können – mehr nicht!

(Zurufe von der CDU – Heiterkeit bei der SPD)

Das ist schon ein Ding, wie Sie dem staunenden Publikum klarzumachen versuchen, dass Sie auf diese Art und Weise 8.000 neue Lehrer und 1.000 neue Polizisten einstellen wollen.

(Zuruf von Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

Ich wäre sehr dankbar, wenn wir das Wolkenkuckucksheim endlich verlassen könnten.

Die Landesregierung dagegen hat einen durchgerechneten, einen verfassungsgemäßen Haushaltsentwurf vorgelegt. Wir schlagen keine Überraschungskapriolen wie Sie. Sie haben nur Luftbuchungen vorgelegt: von der Kohle über die Gewerbesteuer, über die Wohnungsbauförderung und die Studiengebühren – was immer Sie wollen. Ich bin mir nicht so sicher, Herr Rüttgers – Sie haben vorhin gefragt, wer da wo isoliert sei –, ob Sie nicht derjenige sind, der in Ihren eigenen Reihen zum Thema Kohlesubventionierung und Gewerbesteuer sehr viel isolierter dastehen wird als andere Mitglieder dieses hohen Hauses.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lachen von Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

Was die Herausforderungen in diesem Land betrifft, sind wir in der Analyse gar nicht so weit voneinander entfernt. Wir haben es mit dem Übergang auf eine industrialisierte Dienstleistungsgesellschaft zu tun. Da wird noch viel zu tun sein, insbesondere dort, wo man vermeiden muss, dass es zu weiteren Strukturbrüchen kommt. Aber die Vorstellung, dazu sei in den letzten Jahren in Nordrhein-Westfalen nichts in Gang gekommen, ist genauso falsch wie der Hinweis, es sei alles gelungen. Beides ist falsch. Ich kann Ihnen von einem Besuch des Kabinetts in Dortmund vor 14 Tagen berichten, wo man mitkriegen, ja anfassen konnte, wie sich dieser alte Montanstandort in den letzten 10 bis 15 Jahren rasant geändert hat, ohne dass deshalb die Probleme beseitigt worden wären, die Dortmund bei 15 % Arbeitslosigkeit nach wie vor hat.

Wenn aber der Hauptgeschäftsführer und der Präsident der dortigen IHK darauf hinweisen, dass sich im Kammerbezirk Dortmund inzwischen alleine 1.500 bis 1.600 Softwarefirmen angesiedelt haben, welche logistische Kompetenz sich dort entwickelt hat und dass es mittlerweile in Dortmund Mikrosystemtechnik und Mikroelektronik gibt - übrigens in sehr starken symbiotischen Verbindungen mit der dortigen Hochschule und Fachhochschule -, können Sie hier nicht so tun, als ob die Landesregierung in den letzten Jahren

nicht maßgeblich zu einem Strukturwandel beigetragen hätte. Das stimmt nicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich bin mit der bisherigen Existenzgründungsquote nicht zufrieden. Sie muss in Nordrhein-Westfalen erhöht werden. Verglichen mit dem Bundesdurchschnitt ist sie nicht so gut. Wir alle wissen, warum: Es gibt eine spezifische Industriegeschichte in Nordrhein-Westfalen. Aber die Quote ist besser geworden, auch und gerade durch die Initiativen des Landes, ob es nun die Existenzgründungsoffensive "GO!" oder das Mittelstandsprogramm "Move" ist. Ich könnte das alles darlegen. Auch dies ist eine Leistung, die man nicht so vom Tisch wischen sollte, wie Sie das getan haben - insbesondere dann nicht, wenn man eine realistische Bestandsaufnahme des Landes machen will.

Wir haben Schwierigkeiten mit der demographischen Entwicklung, allerdings nicht nur in Nordrhein-Westfalen. Ich gehöre zu denjenigen, die ganz sicher sind, dass alle unsere vier Sozialversicherungssysteme in den nächsten Jahren deshalb weiter reformiert werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Und ich bin ganz sicher - auch wenn uns allen der Erkenntnisprozess schwer fällt -, dass dabei die Umlagefinanzierung zwar nicht abgeschafft wird, aber doch ergänzt werden muss. Dies bedeutet, dass man den Menschen sagen muss, dass über eine solche Ergänzung der Umlagefinanzierung über ein kapitalgedecktes Verfahren der Eigenbeitrag aus dem verfügbaren Einkommen für Pflege, Gesundheit und Rente tendenziell wachsen wird. Das wird der Fall sein. Es wäre gut, wenn die demokratischen Parteien den Beteiligten die ungeschminkte Wahrheit sagen würden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Es wird viel Kritik geben. Ich glaube aber, dass man um diesen Weg nicht herumkommt.

Ja, wir werden das Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen weiter voranbringen müssen. Das Thema "Mehr Selbstständigkeit für die Schulen" ist ein Thema, das uns besonders beschäftigen wird und das wir vorantreiben müssen. Dabei greife ich das auf, was in der Debatte, ich glaube, auch von Herrn Moron gesagt worden ist: Ich wäre dankbar, wenn es auf Ihrer Seite ein bisschen weniger Bigotterie bei diesem Thema geben würde,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

dafür aber etwas mehr Aufgeschlossenheit und etwas mehr Förderung, nach dem Motto: Es muss nicht alles schlecht sein, was in diesem Zusammenhang von einer sozialdemokratischen Bildungsministerin kommt. Wenn wir darin übereinstimmen, dass die Schulen vor Ort mehr Selbstverantwortung und mehr Spielräume - bis hin zu Fragen der Budgetierung - haben sollen, wäre ich vor Ort für eine zwar kritischere, aber auch konstruktivere Begleitung durch die Opposition sehr dankbar.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir reden über eine Reihe von anderen Punkten. Wir reden in diesem Zusammenhang über eine stärkere Sprachförderung, sodass in der Tat die erkennbaren Probleme der Lehrerinnen und Lehrer insbesondere in den ersten Klassen der Grundschulen beseitigt werden. Wir reden über eine bessere, eine individualisierte Förderung. Wir reden über Lehrerfortbildung. Wir reden in meinen Augen auch - das ist wahrscheinlich unvermeidbar - über die Frage, wie die Schulaufsicht in Nordrhein-Westfalen justiert sein soll. All das sind wichtige Themen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich wäre sehr dankbar, wenn wir diese wichtige Debatte von ideologischen Grabenkämpfen befreien könnten. Das sage ich allen Beteiligten, weil ich es als wohltuend empfinde, dass man die ideologischen Grabenkämpfe, die es bis weit bis in die 80er-Jahre gegeben hat, in den 90er-Jahren einigermaßen überwunden hat, unbenommen der in meinen Augen manchmal etwas schrillen Lautstärke, die es bei Debatten zu diesem Thema gibt.

Wir haben darüber zu reden, wie sich Nordrhein-Westfalen in einem sich erkennbar verändernden Europa, insbesondere nach dem europäischen Gipfel von Kopenhagen, aufzustellen hat. Das ist eine entscheidende Fragestellung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir haben uns auch über die Frage einzubringen, wie die europäischen Regionen im Rahmen des europäischen Verfassungskonvents zukünftig berücksichtigt werden sollen, gerade mit Blick auf eine gemeinsame Fragestellung, nämlich eine Ex-ante- und eine Ex-post-Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips. Ich befürchte - ähnlich wie Sie alle in diesem Parlament über Fraktionsgrenzen hinweg -, dass sich die Bürokratie und die Europäische Kommission in einer Art sich selbst speisender Dynamik immer mehr Zuständigkeiten aneignen, mit dem Effekt, dass die Prozesse noch wei-

ter bürokratisiert werden, als das ohnehin der Fall ist. Das heißt, ein konkretes Thema ist z. B. die Einführung eines Klagerechts für die Regionen zu Beginn und nicht erst am Ende des Prozesses.

Wir haben natürlich darüber zu reden, dass die Situation, die nach dem gestrigen Verfahren im Vermittlungsausschuss entstanden ist - übermorgen Gegenstand der abschließenden Lesungen im Bundesrat -, im Sinne einer höheren Bewegung, einer höheren Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen genutzt werden muss, um von der hohen Arbeitslosenquote herunterzukommen. Ich habe den Eindruck, dass dies gelingen könnte. Ich wäre sehr dankbar, wenn sich in diesem Zusammenhang der eine oder andere Kritiker mit auf das Spielfeld begibt, statt immer nur von der Zuschauertribüne aus eine lange Nase zu zeigen. Das bezieht sich nicht auf diesen Raum, sondern auf viele Verbände.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich glaube, dass dort in den letzten Tagen und Wochen einiges in Gang gekommen ist - wenn ich an die Reform der Minijobs und die Umsetzung der Konvois sowohl von Hartz 1 als auch von Hartz 2 denke. Ich glaube auch, dass wir mit Blick auf die Zinsabgeltungsteuer - nicht so, wie ich mir das vorgestellt habe; aber ich habe keine Probleme mit einem Thema, das schon in den Gesprächen, die ich vor eineinhalb Jahren geführt habe, eine Rolle spielte - ein Stück weit vorankommen, was die Investitionen der Länder in die Bildung betrifft.

Ich finde es richtig, dass sich die Rürup-Kommission mit einer umfassenden Reform der Sozialversicherungssysteme befasst.

Ich finde es richtig, dass sich die Bundesregierung bei der Eigenheimzulage stärker auf die Familien mit Kindern konzentriert.

Ich finde es nach wie vor bemerkenswert, dass wir es mit einer gültigen Steuerreform zu tun haben, die bis zum Jahr 2005 das deutsche Einkommensteuersystem auf ein, wie ich finde, international sehr wettbewerbsfähiges Niveau bringt. Ich glaube auch, dass damit im Jahr 2005 die Bundesrepublik Deutschland, anders als die FDP es darstellt, in Europa vor dem Hintergrund eines abgesenkten Eingangssteuersatzes und eines Spitzensteuersatzes von 42 % mit die geringste Steuerbelastung hat.

Herr Wolf, dazu möchte ich gerne die Vergleiche haben, die zu weiteren Steuererleichterungen führen sollen, die sich nicht 1 : 1 finanzieren und den

Kommunen und auch dem Landeshaushalt noch größere Probleme bereiten.

Meine Damen und Herren, ich erwarte übrigens, dass die Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen nicht erst 2004 oder 2005 Ergebnisse vorweisen kann, sondern bereits im Sommer des nächsten Jahres. Dabei wird es nach meiner Wahrnehmung, in Übereinstimmung mit dem Innenminister und dem Finanzminister, nicht nur auf die Einnahmenseite ankommen - da sind wir bei dem Thema einer Modernisierung der Gewerbesteuer aus der Sicht der SPD-Fraktion und dieser Landesregierung offenbar in Übereinstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden -, sondern auch auf die Aufgaben- und auf die Ausgabenseite. Insofern bin ich sehr froh, dass der seinerzeitige Auftrag erweitert worden ist und sich nicht nur auf die Einnahmenseite erstreckt.

Diese Landesregierung wird die vor ihr liegenden Aufgaben weiter mit Eifer und mit Ehrgeiz aufgreifen. Wir wollen die Modernisierung unserer Wirtschaft voranbringen. Wir wollen die Strukturen im Wissenschafts- und im Bildungsbereich modernisieren. Wir werden auch an die eigene Verwaltung und an die Organisation herangehen: wir tun dies schon. Wir wissen, dass an der einen oder anderen Stelle auch Begradigungen vorgenommen werden müssen, damit diese Einrichtungen so effizient arbeiten, wie wir das für richtig halten.

Ich will abschließend sagen, meine Damen und Herren, dass Politik Mut braucht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

An anderer Stelle habe ich davon geredet, dass wir manchmal auch etwas mehr Courage haben müssen, auch in der Bereitschaft, Konflikte auszutragen, hier in diesem Parlament, aber auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, dazu gehört Mut.

Aber umgekehrt braucht Politik auch das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger für notwendige Veränderungen, auch für Balance. Das ist das, was mir bei Ihnen in Ihren Schnellschüssen fehlt. Da geht der Sinn für Proportionen und Balance verloren.

Ich glaube, wir brauchen auch Verständnis dafür, dass es in dieser sehr ausdifferenzierten Gesellschaft auch um den Kitt, um das Zusammengehörigkeitsgefühl geht. Das spielt beim Thema "Vermögensteuer" eine Rolle. Es spielt eine Rolle aus der Wahrnehmung derjenigen, die immer stärker

zum Steueraufkommen herangezogen worden sind als diejenigen, die sich das eher leisten können.

Ich glaube, dass Politik an der einen und anderen Stelle auch aufgefordert ist, mit mehr Mut einzelnen Gruppeninteressen entgegenzutreten.

Wir haben eine sehr schwierige Haushaltsaufstellung hinter uns. Angesichts der äußerst schwierigen Rahmenbedingungen behaupte ich, dass uns dies besser gelungen ist, als es sich die CDU gewünscht hat. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Für die Fraktion der CDU spricht Frau van Dinther.

**Regina van Dinther (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, wir verstehen sehr gut, dass Sie in weiten Teilen Ihrer Rede unsere Vorschläge ein wenig knatschig abgearbeitet haben; denn in dieser Rede fehlte genau das, was auch schon bei Einbringung des Landeshaushalts fehlte, die Vision für die Zukunft des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der heutige Ministerpräsident war damals bei der Einbringung des Landeshaushalts Finanzminister. Deshalb ist er für das, was wir heute auf dem Tisch und an Problemen zu lösen haben, noch stärker in der Verantwortung als andere.

Die Steuereinnahmen in Bund, Ländern und Kommunen sind noch dramatischer eingebrochen, als wir das im September alle vorausgesagt haben. Es reicht hier überhaupt nicht, dass Sie sich in weiten Passagen - ebenso wie Herr Moron - kritisch mit der CDU auseinandergesetzt haben. Fakt ist, dass Helmut Kohl z. B. mit der Körperschaftsteuerreform, die Sie in Berlin verbrochen haben, überhaupt nichts mehr zu tun hatte. Wir haben damals mit dem Geld, das wir aufnehmen mussten, die deutsche Einheit bewerkstelligt,

(Beifall bei der CDU)

aber nicht die Körperschaftsteuerreform gemacht, die allein unser Land in den letzten Jahren fast 5 Milliarden DM gekostet hat.

Meine Damen und Herren, Wirtschaft und Arbeitsmarkt liegen am Boden. Die Politik gibt momentan leider weder im Bund noch hier im Land die erhofften Signale auf eine Besserung. Im Gegenteil: Es wird alles teurer, es wird alles bürokrati-

tischer. Töne sind zu hören von Konsumverzicht der Bürger zugunsten der Staatshaushalte, Töne, die wir seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme in der Politik nicht mehr gehört hatten. Eigentlich hatten wir auch erwartet, sie nicht mehr zu hören.

Nichts ist übrig geblieben von der Zuwendung der Sozialdemokratie zur neuen Mitte. Es war vermutlich alles nur erfunden, ausgedacht, inszeniert und nicht als wirklich richtig erkannt. Die Grundsatzabteilung z. B. im Kanzleramt wurde aufgelöst. Dafür gehen jetzt Herr Sommer und Herr Zwickel im Bundeskanzleramt ein und aus und bestimmen die deutsche Politik in Richtung vorgestern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, nie sind Wähler einer Regierungspartei so schnell von der Fahne gegangen wie diesmal; denn sie wollen einfach nicht akzeptieren, dass eine Regierung so viel Chaos anrichtet wie in den vergangenen Wochen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die Menschen im Land wollen etwas leisten, sie wollen und müssen Entscheidungen treffen, sie sind flexibel und anpassungsfähig - aber sie sind wütend auf die Politik.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, die Halbwertszeit der rot-grünen Pläne wird immer kürzer. Alle Planungen sind mit neuen Belastungen für die Bürger verbunden: ob Gassteuer, Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge, Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze bei der Rente oder Kürzung der Eigenheimzulage. Rot-Grün macht die Menschen ärmer. Das ist hier im Land nicht anders als bei Rot-Grün im Bund.

(Beifall bei der CDU)

Großzügig haben Sie bei den Beratungen des Landeshaushalts einige Kürzungen Ihres sozialen Rundumschlags zurückgenommen. Gleichzeitig haben Sie aber hingenommen - da spreche ich vor allem Sie, Herr Moron, als Zuständigen für die rot-grüne Fraktion an -, dass nicht mehr wir als Parlament die Haushaltshoheit haben, sondern die Beamten in den Ministerien, die im kommenden Jahr eine riesige globale Minderausgabe bedienen müssen. Dafür sind wir aber nicht gewählt. In guten und in schlechten Zeiten - wir tragen die Verantwortung. Was Sie hier machen, ist das

größte Haushaltstauschungsmanöver, das ich in den letzten Jahren hier erlebt habe.

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der FDP)

Herr Moron, Sie sind der Vorsitzende der größeren Regierungsfraktion. Sie haben sich hier an der CDU abgearbeitet. Sie müssen sich überhaupt keinen Kopf über die CDU machen; das machen wir schon selber. Sie müssen sich Gedanken darüber machen, dass Sie solche Sachen wie z. B. die diesjährigen Haushaltsplanberatungen hinhinnehmen, mit den Schultern zucken und einfach so mitmachen.

(Beifall bei der CDU)

Sie sagten in Ihrer Rede, die CDU sei die ganze Zeit nicht bereit gewesen, mit Ihnen zu reden, und bringe erst heute Anträge ein.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Jürgen Rüttgers hat am 10. September 2002 zur Einbringung des Haushalts angeboten, mit allen hier im Parlament vertretenen Fraktionen über Strukturveränderungen des Haushalts zu reden. Was ist passiert? Die Beratungen sind weiter im Klein-Klein vorgenommen worden. Das ist nicht die Antwort, die wir für die Zukunft brauchen. Es ist nämlich Mut gefragt. Die Ausgabenseite kriegen wir nur noch in den Griff, wenn wir Strukturen verändern; das ist der Dreh- und Angelpunkt. Da müssen wir uns z. B. endlich den Personalhaushalt des Landes vorknöpfen. Pläne dazu gibt es schon seit langem, selbst Herr Schleißer hatte schon Pläne dazu; nur leider ist nie etwas passiert.

Da wir weder bei der Polizei noch bei den Lehrerinnen und Lehrern sparen können - das haben Sie schon richtig festgestellt -, müssen wir an eine mutige Aufgabenkritik und eine mutige Entbürokratisierung großen Stils gehen. Meine Fraktion ist sich sicher, dass wir damit nicht nur Kosten einsparen, sondern dass wir dadurch auch Wachstumsschübe freisetzen, wenn die überbordende Bürokratie abgebaut wird. Trauen wir den Menschen doch etwas zu. Erledigen wir doch in den Kreisen und Kommunen, was man dort erledigen kann. Entscheiden wir eben manches auf Landesebene, was dort am Ende sowieso entschieden wird. Lösen wir z. B. die landeseigenen GmbHs auf. Sie sind und sie waren ein teurer Flop, gut geeignet, um verdienten Genossen Gehälter wie in der Privatwirtschaft zu ermöglichen, aber schlecht für das Land.

(Beifall bei der CDU)

Der Landesrechnungshof hat genau das bestätigt, was wir von Anfang an befürchtet hatten.

Als Frau des Ruhrgebietes frage ich Sie heute: Wie lange wollen Sie uns eigentlich noch am Gängelband halten? Wir leben im 21. Jahrhundert und werden verwaltet wie zu Preußens Zeiten, als die Mächtigen Angst davor hatten, dass die Arbeiterregion zu mächtig werden könnte. Also werden wir aus Münster, Arnsberg und Düsseldorf verwaltet. Der KVR ist von Ihnen systematisch entmachtet worden, nachdem Sie dort nicht mehr Ihre angestammten Mehrheiten hatten.

Die Kultur Ruhr GmbH wurde von Ihnen installiert. Was hat sie den Menschen im Revier eigentlich gebracht? - Wir haben zwischen Duisburg und Hamm ganz andere Probleme, als uns mit den Herren Brauser oder Jünemann und wie sie alle heißen zu beschäftigen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Ganz genau!)

Wir wollen auch kein Zuckerchen, dass sich die Mitarbeiter der drei zuständigen Regierungspräsidien dort über unsere Probleme besser koordinieren. Bald werden die europäischen Fördergelder des Reviers wegfallen. Wir haben Arbeitslosenzahlen, meine Damen und Herren, wie im Osten der Republik. Wir haben arbeitslose Jugendliche, denen wir momentan keine Hoffnung auf eine gute Zukunft machen können, die momentan noch nicht einmal eine Lehrstelle finden.

In einigen Stadtteilen haben wir sogar eine Verdichtung von Armut und Integrationsproblemen, dass selbst die Experten keine Lösung für diese Probleme finden. Jedes siebte Kind bei uns im Ruhrgebiet lebt von der Sozialhilfe. In einer solchen Zeit muss Politik vor allen Dingen dafür sorgen, dass die Kräfte freigesetzt werden, dass Menschen, die etwas bewegen wollen, auch die Chance dazu haben, dass Städte und Regionen kooperieren können und dass das Ruhrgebiet wieder an seine ursprünglichen Stärken anknüpfen kann.

Meine Damen und Herren, die CDU hat dazu Vorschläge gemacht. Verweigern Sie sich nicht länger. Das Ruhrgebiet und das Land Nordrhein-Westfalen dürfen nicht länger abgedrängt werden, nur weil Sie reformunfähig sind.

(Beifall bei der CDU)

Die Vorschläge zu Veränderungen von Herrn Horstmann, die heute in der Zeitung zu lesen waren, können wirklich nur ein erster Schritt sein. Wir wollen nicht das Klein-Klein, wir wollen den großen Wurf. Das steht auch nicht erst heute in unserem Antrag, sondern das haben wir hier schon vor

längerer Zeit eingebracht und diskutiert. Sie haben sich nicht bewegt!

(Beifall bei der CDU)

Die CDU hat über die Entbürokratisierung hinaus auch noch andere Vorschläge gemacht, denn wir sind sicher: Nur durch große Reformschritte erhalten wir Gestaltungsspielräume. Hier bleibe ich wieder einmal beim Ruhrgebiet: Ohne eine große Kommunalreform bleiben wir das Armenhaus des Landes. Sie dürfen die Städte nicht weiter gängeln mit immer neuen Belastungen und Kürzungen bei den Zuweisungen. Der Bund soll sich da bitte auch heraushalten.

Wir brauchen dringender als andere Reformen z. B. beim Wohnungsbau. Viele Probleme sind doch erst entstanden, weil hier in der Vergangenheit die falsche Politik gemacht worden ist. Warum entvölkern denn unsere Städte? - Weil sich Familien dort ihren Wunsch nach den eigenen vier Wänden einfach nicht erfüllen können, weil hohe Fehlbelegerabgaben dafür sorgen, dass sich Familien der Mittelschichten für ihr Geld lieber etwas Besseres auf dem Land suchen. Sie wollen die Menschen lieber gängeln und in Abhängigkeit halten, als sie in Eigenverantwortung bei der Zukunftsvorsorge zu unterstützen und Eigentumsbildung zuzulassen.

Meine Damen und Herren, unser Antrag richtet sich ganz sicher nicht gegen die Mieter. Diese wollen wir mit einem wesentlich verbesserten Wohngeld natürlich fördern. Er richtet sich dagegen, dass wir eine viel zu niedrige Eigentumsquote haben. Das muss verändert werden, damit die Stadtfucht im Ruhrgebiet aufgehoben wird.

(Beifall bei der CDU)

Dafür, dass Sie die Menschen weiter in Abhängigkeit halten wollen, sind z. B. die Kürzungen bei der Eigenheimzulage, aber auch der Riester-Moloch wirklich schöne Beispiele.

Wir können gleich weitermachen mit der Einmischung des Bundes bei der Einrichtung der Ganztagschulen. Meine Damen und Herren, wer die PISA-Studie ernst nimmt, der weiß doch: Bevor wir hier in Nordrhein-Westfalen zwei Drittel aller Grundschulen in Ganztagschulen umwandeln, benötigen wir doch zunächst einmal eine Unterrichtsgarantie für alle Schulen. Der Unterricht, der auf dem Plan steht, muss erst einmal stattfinden. So weit sind wir doch wohl noch lange nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Bei der Einrichtung von Ganztagschulen müssen wir berücksichtigen: Wo Ganztagschule dran

steht, muss auch Ganztagschule drin sein. Wir wollen Ganztagschulen zunächst dort vorrangig einrichten, wo z. B. die sozialen Brennpunkte sind. Dann müssen aber nicht nur Grundschulen, sondern auch Hauptschulen im Ganztagschulsystem laufen, und zwar mit kleineren Klassen,

(Beifall bei der CDU)

mit geregelter Unterricht, mit Förderunterricht für die Schwachen, und das vor allem - ich sagte es bereits - in sozialen Brennpunkten. Wenn wir diese Zukunftsaufgaben nicht meistern, meine Damen und Herren, verweigern wir den Kindern, die in diesen Wohngebieten leben, weiterhin die Bildung und die Zukunftschancen. Da hat uns PISA doch einen deutlichen Weg aufgezeigt. Wir sind dort schlechter als andere Länder.

Erst wenn das als vorrangige Zukunftsaufgabe erledigt ist, brauchen wir unserer Meinung nach Ganztagschulen im restlichen Land. Dann werden wir auch zur selbstständigen Schule nicht weiter nein sagen. Warum sagen unsere Kommunen denn nein? - Weil Sie Ihnen das Geld dafür verweigern, die Schulen tatsächlich in selbstständige Schule umzuwandeln!

(Beifall bei CDU und FDP)

In unserem CDU-Antrag, den wir vor langer Zeit schon eingebracht haben, ist das Element "Selbstständige Schule" enthalten. Das ist sicherlich der richtige Weg. Aber: Ohne Moos nichts los. Das gilt ganz besonders im Schulbereich.

(Brigitte Speth [SPD]: Ah, ja?)

Meine Damen und Herren, was Sie ansonsten mit Ihrer offenen Ganztagschule planen, ist nichts anderes als die Erweiterung der Kinderbetreuung in den Nachmittagsbereich hinein.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das stimmt nicht!)

Das soll vor allen Dingen auf dem Rücken der Kommunen und der Eltern laufen, unter Bereitstellung der Küchen durch die Finanzierung des Bundes. Das ist uns einfach zu wenig. Wir sind sehr gespannt: Sie haben angedeutet, dass es eine offene Anhörung dazu geben soll, dass die Verbände jetzt beteiligt werden. Gestern habe ich mit Verbänden darüber gesprochen, die sich überhaupt nicht beteiligt fühlen. Sie sagen nämlich: Wo bleibt die Jugendhilfe in der Beteiligung? Wo bleiben die Eltern in der Beteiligung? Sie haben noch nichts davon gehört, dass sie da beteiligt werden.

Meine Damen und Herren, jetzt zum Thema "Ganztagschule". Angesichts von 300 Stellen, die Sie umwandeln wollen, sind 100 Stellen eine Frechheit. Wie können Sie diesem Parlament und den Bürgerinnen und Bürgern so etwas anbieten wollen? Das ist Etikettenschwindel in feinsten Fassung.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir freuen uns natürlich, dass die Hartz-Pläne im Bundesrat durchgesetzt werden konnten, und zwar durch uns..

(Lachen bei der SPD)

Ich habe letzte Woche hier gegessen und Herrn Minister Schartau zugehört: Übrigens waren da die Reihen der SPD recht leer. An unsere Adresse gerichtet hat er die Hartz-Reform gepriesen. Uns braucht er das doch nicht zu erzählen. Wir wissen, dass Mini-Jobs und die kleinen Beschäftigungsverhältnisse Jobmotor sein können. Übrigens geht es bei Hartz nicht darum, dass wir die Kosten besser in den Griff bekommen. Es geht nicht darum, dass wir - wie es gerade der Herr Ministerpräsident gesagt hat - Kosten sparen, sondern es geht darum, dass Energien freigesetzt werden, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Meine Damen und Herren, wir sollten viel Vertrauen in die Menschen setzen. Dadurch, dass jetzt das Scheinselbstständigkeitsgesetz durch unsere Mithilfe wegreformiert worden ist, gibt es gute Ansätze. Wir wissen ganz genau, dass neue Arbeitsplätze in den letzten Jahren nur in ganz kleinen Einheiten neu geschaffen worden sind. Natürlich werden sich Strukturen ändern. Ich kann verstehen, dass Gewerkschaften darüber wütend sind, weil deren Einfluss in den Kleinbetrieben zurückgeht. Das gilt im Übrigen aber auch für den Einfluss von Arbeitgeberverbänden. Es gibt, so glaube ich, in den Betrieben einen unheimlichen Schub, weil der Kontakt der Beschäftigten zu den Arbeitgebern in Zukunft viel enger sein wird. Es wird viel flachere Hierarchien geben. Das wird auch für die Menschen im Land gut sein.

Meine Damen und Herren, wir haben hier in der zweiten Lesung ausführlich über die Kürzungen im Sozialbereich gesprochen. Eins müssen wir den Menschen im Lande deutlich machen, wobei ich noch ein Wort an Frau Löhrmann richten möchte: Wir haben Ihnen aufmerksam zugehört, und ich kann mir schon vorstellen, dass wir gemeinsam mit Ihnen durchaus einige Reformen ausgehandelt bekämen. Wir müssen das aber wirklich wollen, wissen wir doch, dass wir im nächsten Jahre wieder hier stehen werden, um

Kürzungen bei den sozialen Leistungen zu debattieren, wenn uns der große Wurf nicht gelingt.

Meine Damen und Herren, von diesem großen Wurf war weder in der Rede von Herrn Moron noch in der Rede des Herrn Ministerpräsidenten etwas zu spüren. Deshalb bitte ich Sie herzlich: Berücksichtigen Sie unsere Vorschläge. Wir brauchen Mut zum Handeln. Diesen Mut hat die CDU in den letzten Wochen bewiesen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU - Britta Altenkamp [SPD]: In der Rede von Herr Rüttgers war davon aber auch nichts zu hören!)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Meine Damen und Herren, gemeldet hat sich jetzt Herr Dr. Wolf. Sie haben das Wort.

**Dr. Ingo Wolf (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Steinbrück?

(Ministerpräsident Peer Steinbrück [von seinem Abgeordnetenplatz aus]: Hier! Hier! )

- Es ist immer gut, wenn Sie da sind. Dann kann man Sie wenigstens ansprechen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist der erste wahre Satz heute!)

- Ich freue mich, dass Sie sich darüber freuen.

Leider Gottes haben Sie einen großen Teil Ihrer Rede wieder nur darauf verwandt, die Opposition mit herablassenden Tiraden zu bedenken. Ich finde es unglaublich, dass Sie sich nicht auch einmal substantiell mit den Dingen auseinander setzen und dabei

(Unruhe - Glocke)

- Herr Steinbrück, ich wollte gerade zu Ihnen sprechen - auf das Thema eingehen, das Sie angeblich umtreibt: Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Dazu hatte sich auch Frau Löhrmann geäußert.

Seit 1995 sind die Schulden des Landes von 61 Milliarden auf 90 Milliarden gestiegen. Was ist daran, bitte schön, nachhaltige Politik? Sie können es drehen und wenden, dass da ein böser Dritter am Werk war. Aber an der Stelle tragen Sie von SPD und Grünen die Verantwortung. Bei Ihrem Versuch, uns vor dem Hintergrund erzählen zu wollen, dass das Haushaltsmanagement in diesem Jahr bzw. für 2003 gelungen sei, werden Sie nicht müde, die Gegenseite zu zeihen, wir hätten nur Luftbuchungen vorgenommen.

Ich frage Sie: Wie verhält es sich denn bei Ihnen? Sie setzen auf Besoldungskürzungen, die Sie auf Bundesebene noch gar nicht umgesetzt haben. Sie haben an dieser Stelle einfach kein Konzept, ganz abgesehen davon, dass Sie eine zusätzliche Nettokreditaufnahme in Ansatz bringen, obwohl Sie uns seit vielen Jahren versprechen, diese Nettokreditaufnahme auf Null zu fahren. Was ist, bitte schön, an Ihrer Politik substantiell und nachhaltig? Sie arbeiten mit Deckungslücken noch und nöcher.

Wenn wir Ihnen an verschiedenen Stellen aufzeigen, wie man im Landeshaushalt finanziell etwas verbessern könnte, tun Sie das einfach immer nur ab. Es nutzt doch nichts, juristische Seminare abzuhalten, wenn es um den Unterschied zwischen "Vertragsverletzungs-" und "Hauptsacheverfahren" gegen die Europäische Kommission geht. Faktum ist doch, dass Sie mit Ihrer Verhaltensweise, eine unzulässige Beihilfe zu gewähren, auf die Nase gefallen sind.

(Peer Steinbrück [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

- Natürlich, Sie werden es im Hauptsacheverfahren noch erleben. Das prophezeie ich Ihnen.

Genauso ist es beim Zuwanderungsgesetz gewesen, mit dem Sie auf die Nase gefallen sind. Auch das wollen Sie bis heute nicht wahrhaben.

Ihr Problem besteht darin, dass Sie das nicht wahrhaben wollen, während wir Ihnen sagen, dass dem Land unzulässigerweise vorenthaltenes Geld zum Land zurückfließen muss.

Es gibt noch ein anderes Thema, bei dem Sie immer nur die halbe Wahrheit sagen: Wenn wir über den Strukturfonds bei der Kohlesubventionssenkung sprechen, habe ich bereits mehrfach vorgetragen, dass es sich hierbei nicht um die Aufkündigung eines Vertrages handelt, sondern eine gemeinsame Absprache aller Beteiligten, um den Subventionsbetrag insgesamt abzusenken und Strukturhilfe zu leisten. An dieser Stelle streben wir eine Konsenslösung an, keine Kündigung eines Vertrages. Auch die Ruhrkohle muss mitwirken und ein Interesse daran haben, dass Investitionen nicht mehr in den Sand gesetzt werden.

Der Verweis darauf, dass nach Abschluss des Bergbaus noch Kosten zu übernehmen sind, dürfte im Übrigen wohl immer tragen. Denn: Egal, wann man Schluss macht, sind immer Nachsorgekosten zu leisten. Es kann wohl nicht sein, dass Sie das auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben wollen.

Da Sie wieder einmal so engagiert zur Vermögensteuer vorgetragen haben, möchte ich Ihnen an dieser Stelle sehr deutlich sagen, dass mir ein Interview vorliegt, in dem nachzulesen ist: "... denn wir brauchen zweckgebundenes Geld für die Bildung". - Das stammt aus der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung".

Nun können Sie sich natürlich darauf berufen, dass der Journalist Sie missverstanden hat, aber es ist eben kein Missverständnis. Sie versuchen, die ganze Diskussion - Vermögensteuer und jetzt hilfswise die Zinsabgeltungsteuer - bewusst unter dem Deckmantel der Bildungsfinanzierung zu fahren, weil Sie es über Jahre hinweg nicht geschafft haben, die notwendigen Ausgaben zu tätigen, und zwar aus den Einnahmen, die Ihnen in den vergangenen Jahren in großem Maße zur Verfügung standen.

(Beifall bei der FDP)

Da sind nicht 2,9 Milliarden weggebrochen, sondern erst dieses Mal. Auch in der Zeit haben Sie die Bildungsausgaben nicht erhöht, nicht die entsprechenden Ganztagsangebote gemacht. Daran zeigt sich, dass es ein herbeigeredetes Instrument, ein herbeigeredetes Argument ist. Wir lassen Ihnen das so nicht durchgehen. Wir werden Ihnen auch nicht durchgehen lassen, dass Sie immer wider besseres Wissen behaupten, wir plädierten schlicht für Steuersenkungen. Wir sind für Steuertarifsenkungen, die im Ergebnis mehr Einnahmen bewirken können.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Das ist in anderen Ländern sehr wohl geschehen, und das können wir gerne an anderer Stelle noch einmal debattieren.

(Zurufe von der SPD)

Das Thema Gemeindefinanzierung möchte ich hier noch aufgreifen. Die Behauptung von Frau Löhrmann, dass den Kommunen hinreichend Geld für die Arbeit zur Verfügung gestellt wird, ist schlichtweg unglaublich.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das habe ich nicht gesagt!)

Eine Verringerung von 1 Milliarde € können die Kommunen nicht ohne weiteres verdrücken. Das wissen Sie.

(Beifall bei der FDP)

Stattdessen haben Sie ihnen dieses wunderbare Instrument der Steuererhöhung an die Hand gegeben, um aus Ihrer Sicht aus der Not eine Tu-

gend zu machen. Wir haben gesagt, hier muss eine Reform her.

Herr Steinbrück, ich wundere mich ein wenig, dass Sie versuchen, eine Differenzierung in die Positionen hineinzubringen. Wir haben schon in mehreren gemeinsamen Sitzungen auf den Bund der Steuerzahler verwiesen. Es gibt auch ein Konzept der FDP-Bundestagsfraktion, das ich Ihnen gerne zur Verfügung stellen will.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE] - Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist schon schlecht!)

Darin ist ganz klar ersichtlich, dass es statt einer nicht stetigen Steuer, einer für die Kommunen nicht planbaren Steuer einen Ersatz durch einen in der Tat dann stetigen, festen Einnahmefluss geben wird, natürlich nach Verhandlungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Herr Steinbrück, für mich sind alle Abgeordneten dieser Republik - sowohl im Bund als auch im Land - in irgendeiner Weise auch immer der Kommune verpflichtet. Wenn Sie sehen, welches dramatische Einnahmeloch sich an der Basis ergibt, dann bin ich dafür, in den höheren Ebenen - Land und Bund - gemeinsam dafür zu streiten, dass die Verteilung der Gelder auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene so gerecht ist, dass die notwendigen Aufgaben an der Basis erledigt werden können.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dafür muss man notfalls kämpfen und nicht sagen: Wir nehmen ein paar Freiberufler mit in die Steuer hinein, wohl wissend, dass das die Steuer nicht retten wird. Hier hilft nur eine Generalremedur, das ist die Abschaffung der Gewerbesteuer. Das hat überhaupt nichts mit Unternehmensbegünstigung zu tun. Die Unternehmen werden nach wie vor über die anderen Steuern herangezogen werden. Soweit sie bislang nicht herangezogen werden, ist das alleine Ausfluss Ihrer rot-grünen Steuerreform, die von uns - der schwarz-gelben Koalition - bis 1998 so nie gewollt war und so auch nie beschlossen worden wäre. Sie können uns nicht für Dinge in Haftung nehmen, die Sie gemacht haben, Sie müssen dafür die Verantwortung übernehmen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Dr. Wolf.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar über das **Gemeindefinanzierungsgesetz 2003**. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Es gibt einen **Änderungsantrag** der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/3395**. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dieser Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen** worden.

Ich lasse jetzt abstimmen über das Gemeindefinanzierungsgesetz 2003 entsprechend der **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 13/3402**. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung anzunehmen. Wer ist für diese Empfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen** worden und das Gemeindefinanzierungsgesetz 2003 in dritter Lesung verabschiedet worden.

Wir stimmen nun ab über das **Haushaltsgesetz 2003**, und zwar zunächst über den **Änderungsantrag** aller vier Fraktionen **Drucksache 13/3389**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen aller vier Fraktionen **angenommen** worden.

Ich lasse nun abstimmen über den **Änderungsantrag** der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/3396**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Änderungsantrag **Drucksache 13/3396** mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen** worden.

Ich lasse jetzt abstimmen über das Haushaltsgesetz 2003. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung** **Drucksache 13/3400**, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung einschließlich der vom Ausschuss zur dritten Lesung beschlossenen Änderungen anzunehmen. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der

Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen** und das Haushaltsgesetz in dritter Lesung verabschiedet worden.

Meine Damen und Herren, wir stimmen nunmehr ab über die Entschließungsanträge in der Reihenfolge der Drucksachennummern.

Zunächst lasse ich abstimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/3383**. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dieser Entschließungsantrag **Drucksache 13/3383** mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen** worden.

Ich lasse jetzt abstimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/3386**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen** worden.

Ich lasse abstimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/3387**. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt** worden.

Ich lasse abstimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/3388**. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen** worden.

Ich lasse abstimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/3391**. Wer ist für den Entschließungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt** worden.

Ich lasse abstimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/3394 (Neudruck)**. Wer ist für diesen Ent-

schließungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt** worden.

Meine Damen und Herren, zum Schluss rufe ich die **mittelfristige Finanzplanung** für die Jahre 2002 bis 2006 auf. Entsprechend der Empfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 13/3401 bitte ich um Kenntnisnahme. - Ich stelle diese **Kenntnisnahme** fest.

Damit sind die Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2003 erledigt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich rufe auf:

### 3 Nachwahl von Mitgliedern des Ältestenrates

Wahlvorschlag der  
Fraktion der FDP  
Drucksache 13/3346

Wahlvorschlag der  
Fraktion der SPD  
Drucksache 13/3347

Eine Debatte ist nicht vorgesehen. Mit Ihrem Einverständnis lasse ich über beide Wahlvorschläge gemeinsam abstimmen. Wer stimmt den beiden Wahlvorschlägen zu? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit sind die **Wahlvorschläge Drucksachen 13/3346** und **13/3347** einstimmig **angenommen** worden.

Ich rufe auf:

### 4 Internationale Konferenz zu Erneuerbaren Energien in Bonn als Chance für NRW nutzen

Antrag  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der FDP und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/3340 (Neudruck)

Ich weise darauf hin, dass es sich ursprünglich um einen Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, inzwischen aber um einen Antrag aller vier Fraktionen handelt, der als Neudruck vorliegt.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der SPD Frau Gießelmann das Wort.

**Helga Gießelmann** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich außerordentlich, dass es uns in diesem Hause auch gelungen ist, hier einen interfraktionellen Antrag hinzubekommen. Nach der Debatte heute Morgen

(Unruhe - Glocke)

erscheint so etwas ja nicht selbstverständlich. Das macht aber deutlich: Auch das ist in diesem Haus noch möglich. Ich bin froh darüber.

Ziel des Antrags ist es, die internationale Konferenz zu erneuerbaren Energien nach Nordrhein-Westfalen nach Bonn zu holen. Bundeskanzler Schröder hat in seiner Rede auf dem Weltgipfel in Johannesburg angekündigt, zu einer internationalen Konferenz über erneuerbare Energien nach Deutschland einzuladen. Eine derartige Konferenz kann eine große Chance für Nordrhein-Westfalen - sowohl für den Konferenzort Bonn als auch für die in unserem Land beheimateten einschlägigen Branchen - sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine solche Konferenz gibt der heimischen Industrie die einmalige Gelegenheit, ihr Leistungsspektrum zu präsentieren. Ich sehe darin durchaus die Chance für die nordrhein-westfälische Industrie, die Exportmöglichkeiten ihrer entwickelten und hergestellten Produkte wie auch die zur Verfügung stehenden Dienstleistungen zu erhöhen.

Wir bitten daher um Zustimmung zu diesem gemeinsamen Antrag und hoffen auf ein gutes Gelingen hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen**: Vielen Dank, Frau Kollegin Gießelmann. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Priggen.

**Reiner Priggen** (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die Klimaschutzpolitik ist ja national in weiten Teilen Konsens und zunehmend auch international. In der Vergangenheit gab es dazu eine Reihe von Debattenbeiträgen. Angefangen hat das mit den Diskussionen, die der Club of Rome angestoßen hat. Es hat internationale Konferenzen gegeben. Ich nenne beispielhaft die Konferenz von Rio, an deren Schluss ja die Verpflichtung der Bundesrepublik gestanden hat, 25 % Co<sub>2</sub>-Reduktion bis 2010 zu erreichen. Das war noch eine andere Bundesregierung als die jetzige. Das heißt, es handelt sich um eine Verpflichtung, die wir als Bundesrepublik schon lange übernommen haben. Sie ist durch die jetzige Regierung in Berlin bestätigt worden. Wir